2021

Sicherheitsbericht

POLIZEIDIREKTION
GÖTTINGEN

POLIZEI
NIEDERSACHSEN
HÜTCHENSPIEL BEENDET,
EINBRUCH VERHINDERT.
unddeintag?
BEWIRB DICH JETZT
bei der Polizei Niedersachsen.
polizei-studium.de
POLIZEI.NIEDERSACHSEN.KARRIERE

Editorial

**Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,**

das Vertrauen der Bevölkerung in ihre Polizei ist, das zeigen Umfragen jedes Jahr aufs Neue, ungebrochen hoch. Dieses Vertrauen ist für uns Grundlage unserer Arbeit und ein entscheidender Faktor: Wir sind angewiesen auf die generelle Bereitschaft der Bevölkerung, unsere Entscheidungen und Maßnahmen zu akzeptieren. Und Grundlage dafür ist Vertrauen. Es entsteht aus der Überzeugung, dass die Polizei zum Wohl und im Sinne der Bürgerinnen und Bürger handelt und einen fairen und respektvollen Umgang mit ihnen pflegt.

Dass wir uns diesem Vertrauen und unserer besonderen Rolle bewusst sind, möchten wir Ihnen auch in diesem Jahr wieder mit dem Sicherheitsbericht 2021 verdeutlichen und Ihnen auf den folgenden Seiten tiefe Einblicke in die polizeiliche Arbeit des vergangenen Jahres gewähren. Neben der allgemeinen, objektiven Sicherheitslage im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Göttingen betrachten wir erneut die Verkehrssicherheitsarbeit, den Bereich der Prävention, aber auch unsere Technik und Ausstattung. Darüber hinaus stellen wir unsere Sicherheitspartnerschaften und deren Arbeit zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger vor.

Mit dem Sicherheitsbericht 2021 wollen wir polizeiliches Handeln nicht nur in Statistiken und Zahlen darstellen, sondern dieses transparent, verständlich und anschaulich machen. Wir werfen einen intensiven Blick auf die Bekämpfung von Gewalt im sozialen Nahraum, die sich insbesondere im vergangenen Jahr im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Göttingen weiterentwickelt hat und inzwischen von vielfältigen Partnerschaften und Kooperationen lebt. Im Verkehrsbereich betrachten wir – vor dem Hintergrund der Klimakrise – neue Mobilitätsformen und deren Auswirkungen auf die Verkehrssicherheitsarbeit der Polizei. Zunehmender Radverkehr, aber auch die vermehrte Nutzung von E-Scootern und Pedelecs erfordern ein Umdenken und neue Konzepte, um die Sicherheit dieser immer größer werdenden Gruppe der Verkehrsteilnehmenden zu gewährleisten und sie für die Gefahren im Straßenverkehr zu sensibilisieren.

Weiterhin widmen wir uns dem „Superwahljahr 2021“: Unser besonderes Augenmerk galt dem Schutz und der Stärkung der Menschen, die sich – zu einem großen Teil ehrenamtlich – für unsere Demokratie engagieren. Wir gehen auf die Entwicklung der Straftaten in diesem Bereich ein und zeigen auf, wie sich Politikerinnen und Politiker vor Anfeindungen oder gar Angriffen – insbesondere vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie – schützen können. Die Pandemie, die uns nun schon im zweiten Jahr begleitet und insbesondere zum Jahresende zu einer Welle des Protests gegen die Schutzmaßnahmen geführt hat, bleibt in diesem Druckwerk ebenfalls nicht unerwähnt.

Der Sicherheitsbericht 2021 soll unsere Arbeit nicht nur transparent machen, sondern erneut auch den gegenseitigen Austausch zwischen Kommunen, Medien und Polizei fördern. Deswegen thematisieren wir auch in diesem Jahr wieder die Arbeit der Polizei in Ihrer Region und stellen die Besonderheiten der jeweiligen Inspektionen vor – seien es besondere Einsätze, bemerkenswerte Aktionen oder unsere Technik.

Abschließend bleibt uns nur, Ihnen eine spannende Lektüre und interessante Einblicke in unsere Arbeit zu wünschen, deren Ziel es immer war und ist, für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu sorgen – darauf können Sie sich verlassen.

**Gwendolin von der Osten,
Präsidentin der Polizeidirektion
Göttingen**

Inhaltsverzeichnis

Der Behördenstab
Fachaufsicht und Partner

Polizeiarbeit – so vielfältig wie die Gesellschaft	6
Personal in Zahlen	7
Der Behördenstab	8
Ein Jahr im Amt	9
Die Abteilung 1: Einsatz, Logistik, Kriminalitätsbekämpfung	10
Die Abteilung 2: Recht, Wirtschaft und Liegenschaften	11
Nachwuchs für einen vielfältigen Beruf	12
Nach drei Jahren fit für den Job	13
Die Polizei in der digitalen Arbeitswelt	14

Einsatzmanagement
Wir sind da und helfen

Modernes Notruf- und Einsatzmanagement	16
Social Media	17
Community Policing	18-21
Die Verfügungseinheiten der Polizeidirektion Göttingen	22-23
Hunde im Dienst der Polizei	24-25

Kriminalitätsbekämpfung
Wir ermitteln und klären auf

Kriminalitätsentwicklung in der Polizeidirektion Göttingen	28-31
Hasskriminalität	32-33
Polizei im Wahljahr 2021 & Corona-Protest	34-35
Häusliche Gewalt	36-37
Bekämpfung von Kinderpornografie	38
Cybercrime	39
Zentrale Kriminalinspektion	40-42

Verkehrssicherheitsarbeit
Sicher auf der Straße unterwegs

Verkehrslagebild	44-45
Neue Mobilität und Radverkehr	46-47
Schwertransporte: 500 Tonnen, neun Kilometer, vier Stunden	48

Im Portrait
Die Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg im Überblick

Vorwort	50
Die Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg im Überblick	51
Nachwuchsgewinnung in der Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg	52
Interview: Vom Rettungswagen in den Streifenwagen	53
Social Media in der Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg	54
Die Verfügungseinheit der Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg	55
Kriminalitätsentwicklung in der Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg	56-57
Cybercrime	58
Verkehrslagebild der Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg	59-60
Mobilität der Zukunft – Rad	61
Unsere Arbeit 2021	62-66
Prävention in der Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg	67
Sicherheitspartnerschaften	68

Prävention in der PD
Wir klären auf und beraten

Prävention: Häusliche Gewalt	70-71
Präventionspuppenbühne: Lena und Lilly möchten wieder in die Schule	72

Technik & Ausstattung
Auf alle Lagen vorbereitet

Klimafreundlicher Fuhrpark und moderne Einsatzmittel	74-75
Schlusswort der Polizeipräsidentin	77
Impressionen	78
Impressum	79

Der Behördenstab

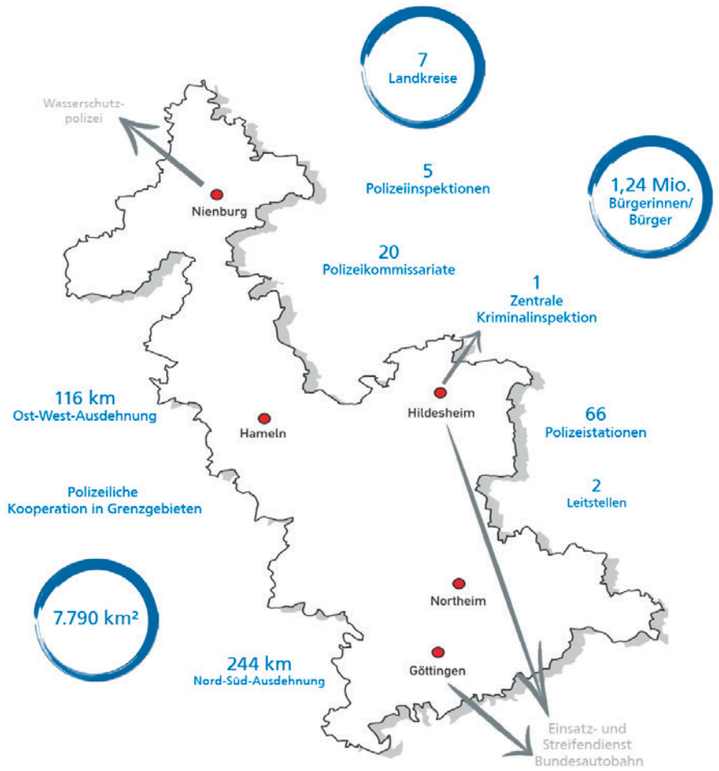
Fachaufsicht und Partner

Polizeiarbeit – so vielfältig wie die Gesellschaft

Die Mitarbeitenden der Polizeidirektion Göttingen sind täglich für mehr als 1,2 Millionen Menschen im Einsatz

Hann. Münden im Süden, Hoya im Norden, Uchte im Westen und Walkenried im Osten – die Mitarbeitenden der Polizeidirektion Göttingen sorgen auf einer Fläche von fast 7.800 Quadratkilometern für die Sicherheit von mehr als 1,2 Millionen Menschen.

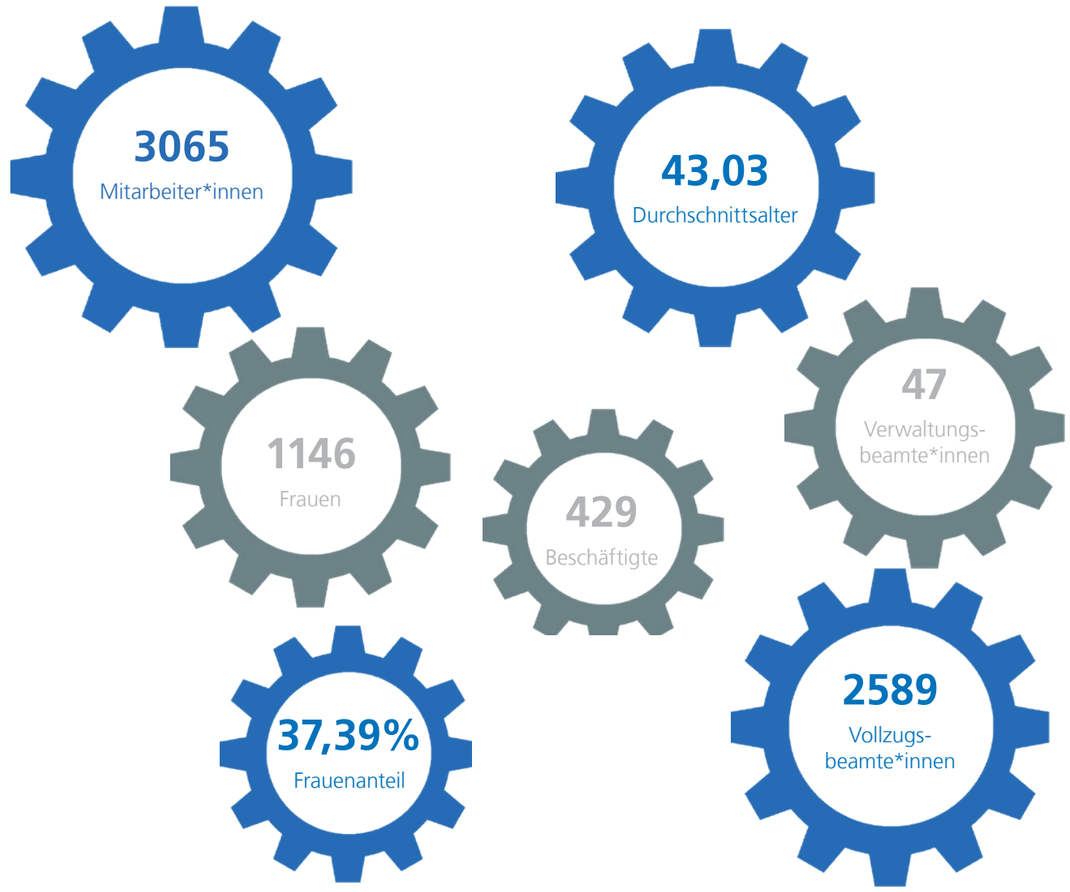
Der Zuständigkeitsbereich umfasst dabei sieben Landkreise sowie eine kreisfreie Stadt, auf die sich fünf Polizeiinspektionen, eine zentrale Kriminalinspektion, 20 Polizeikommissariate und 66 Polizeistationen verteilen. Sitz der Direktion ist Göttingen im Süden Niedersachsens.
Zur Polizeidirektion Göttingen gehört auch die Wasserschutzpolizeistation in Nienburg. Sie ist für die Sicherheit auf der Weser, der Aller, der Hamme und dem Dümmer See verantwortlich und betreut etwa 380 Kilometer Wasserstrecke. Für die Bundesautobahnen, die durch den Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Göttingen verlaufen – die A7 und die A38 –, sind die Beamtinnen und Beamten der Autobahnpolizei verantwortlich. Sie sind mit Hildesheim und Göttingen mit gleich zwei Standorten vertreten.
In der Zentralen Kriminalinspektion werden schwere Kriminalitätsphänomene unter anderem Organisierte Kriminalität, Bandenkriminalität und Korruption, bearbeitet.



Die Aufgaben der Mitarbeitenden der Polizeidirektion Göttingen sind so vielfältig wie die Bürgerinnen und Bürger, für die sie tätig sind: Neben der Gefahrenabwehr, der Aufklärung von Straftaten sowie der Verkehrssicherheitsarbeit bildet die Prävention einen wichtigen Schwerpunkt polizeilicher Arbeit. Aufgrund der flächendeckenden Verteilung der Dienststellen und dem „Rund-um-die-Uhr"-Dienst an 27 Standorten ist diese Aufgabenbewältigung möglich. Rechnersich betreut eine Polizeivollzugsbeamtin/ein Polizeivollzugsbeamter 511 Bürgerinnen und Bürger. Die nächste Dienststelle ist nicht weiter als 20 Kilometer entfernt, ein Einsatzort wird in maximal 20 Minuten erreicht.

Aufgaben in Zahlen 2021

2.375	ausgelöste Alarme
2.917	Hilfeleistungen für hilflose Personen und bei Suizidversuchen
6.907	Streits und Ruhestörungen
1.411	erkennungsdienstliche Behandlungen
1.482	Such- und Fahndungsmaßnahmen bei Vermissten und Verschwundenen
2.481	Beseitigungen von Gefahrenstellen im öffentlichen Bereich
80.156	erfasste Straftaten
3.937	Fundsachen
616	Brandermittlungen
687	Haftbefehle
7.475	Ordnungswidrigkeiten
2.341	Todesursachenermittlungen
29.821	bearbeitete Verkehrsunfälle
46.829	Verkehrsordnungswidrigkeiten/Geschwindigkeit



Personal in Zahlen

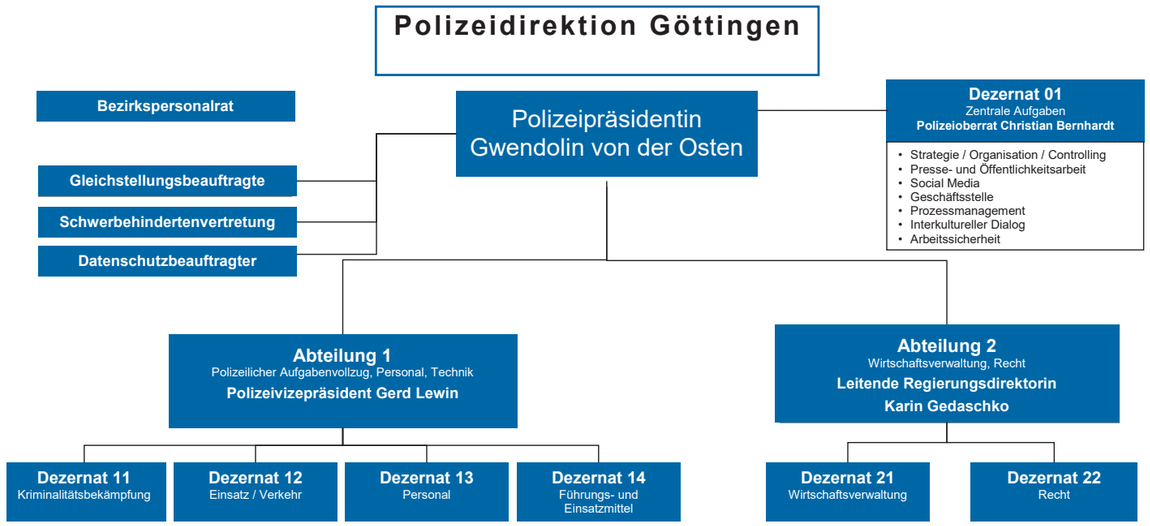
Externe Fachleute bringen ihr Wissen in die Arbeit der Polizei ein

Nicht erst seit Beginn der Corona-Pandemie hat die Gesellschaft angefangen, sich zu verändern. Eine rasant fortschreitende Digitalisierung, neue Lebens- und Arbeitsmodelle, multikulturelles Zusammenleben und eine intensive Vernetzung in allen Lebensbereichen haben mitunter direkte Auswirkungen auf die Polizei und ihre Arbeit.

Um auf diese Herausforderungen angemessen reagieren zu können, setzt die Polizei schon seit vielen Jahren nicht nur auf die eigene Expertise, sondern auch auf das Wissen und die Erfahrung von externen Fachleuten.

In der Polizeidirektion Göttingen sind neben den 2589 Vollzugsbeamtinnen und -beamten sowie 47 Verwaltungsbeamtinnen und -beamten 429 Tarifbeschäftigte tätig. Letztere kommen unter anderem aus den Bereichen der Rechtswissenschaften, der Medien- und Kommunikationswissenschaften, der Sozial- und Kulturpädagogik, dem Gesundheitsmanagement, der Informatik, der interkulturellen Kompetenz, dem Prozessmanagement und der Sozialwissenschaften in die Behörde und sind nicht nur im Stab der Polizeidirektion, sondern auch in den Inspektionen mit den unterschiedlichsten Aufgaben betraut – von der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit bis hin zur Bekämpfung von Cyberkriminalität.

Von den 3065 Mitarbeitenden in der Polizeidirektion Göttingen sind 1146 Frauen – also 37,39 Prozent – tätig. Im Vergleich: Im Jahr 2020 waren es noch 35,5 Prozent Frauen.



Der Behördenstab

Der Stab der Polizeidirektion Göttingen ist das Bindeglied zwischen dem Niedersächsischen Innenministerium und den Polizeiinspektionen

Bindeglied, Fachaufsicht, Partner – der Behördenstab der Polizeidirektion Göttingen, die im Jahr 2004 im Zuge der Neuorganisation der Niedersächsischen Polizei gegründet wurde, ist verantwortlich für einen reibungslosen Ablauf der Polizeiarbeit in den nachgeordneten Dienststellen. Darüber hinaus erfüllt er jedoch noch weitere wesentliche Funktionen.

Welche Aufgaben hat der Behördenstab?
Der Behördenstab der Polizeidirektion Göttingen unterstützt die nachgeordneten Inspektionen und wirkt an der Aufgabenwahrnehmung mit. Zentrale Aufgabe ist die Bearbeitung von Themenfeldern, die alle nachgeordneten Dienststellen betreffen oder von behördenübergreifender Bedeutung sind. Weiterhin stellt er das Bindeglied zwischen seinen nachgeordneten Organisationseinheiten und dem Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport dar: Ministerielle Erlasse etwa werden auf die Inspektionen übertragen und als Verfügungen umgesetzt. Weiterhin berät der Stab die Kommunen in seinem Zuständigkeitsbereich bei der Wahrnehmung ihrer gesetzlich übertragenen Aufgaben. In einigen Bereichen, etwa im Waffenrecht, hat er sogar die Fachaufsicht.

Wer arbeitet im Behördenstab?
An der Spitze der Polizeidirektion Göttingen steht seit Februar 2021 Polizeipräsidentin Gwendolin von der Osten – die erste Frau in diesem Amt in der Behörde. Ihr zur Seite stehen Polizeivizepräsident Gerd Lewin als Leiter der Abteilung 1 und die Leitende Regierungsdirektorin Karin Gedaschko als Leiterin der Abteilung 2. Die beiden Abteilungen sind in sechs Dezernate aufgeteilt, in denen 282 Mitarbeitende tätig sind. Ein weiteres Dezernat ist der Polizeipräsidentin direkt angegliedert: Das Dezernat 01 – Zentrale Aufgaben – befasst sich mit der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Strategie, Controlling und Organisation, dem Interkulturellen Dialog, der Arbeitssicherheit sowie den Sozialen Medien. Direkt angegliedert sind der Präsidentin zudem die Gleichstellungsbeauftragten, die Schwerbehindertenvertretung und der Datenschutzbeauftragte. Im engen Austausch steht sie zudem mit dem Bezirkspersonalrat.

Personal im Behördenstab

282 Mitarbeitende (davon 149 Mitarbeitende mit Stabsaufgaben)

171 Vollzugsbeamtinnen und -beamte

26 Verwaltungsbeamtinnen und -beamte

85 Beschäftigte

Ein Jahr im Amt

Gwendolin von der Osten ist seit Februar 2021 Präsidentin der Polizeidirektion Göttingen. Im Interview blickt sie auf ihr erstes Jahr zurück

Sie sind aus dem Niedersächsischen Innenministerium in eine Flächenbehörde gekommen. Was war für Sie die größte Umstellung?
Der größte Unterschied ist, dass ich hier eine ganz andere Rolle innehabe. War ich im Ministerium mehr beratend tätig, so ist es in meiner jetzigen Funktion vielmehr so, dass ich auf gute Beratung angewiesen bin. Ich bin sehr zufrieden damit, dass ich hier eine hohe Fachkompetenz und ein vertrauensvolles Miteinander angetroffen habe.

Sie sind die erste Frau an der Spitze der Polizeidirektion Göttingen. Führen Frauen anders als Männer?
Nein, jede Führungskraft hat ihren eigenen Führungsstil. Frauen werden bestimmte Eigenschaften zugeschrieben, die nicht immer stimmen. Problematisch wird es, wenn durchsetzungsstarke Frauen als „anstrengend“, durchsetzungsstarke Männer jedoch als starke Persönlichkeiten wahrgenommen werden. Viel wichtiger ist eine gesunde vielfältige Mischung und dass wir wegkommen von stereotypen Zuschreibungen. In Führungspositionen müssen sich alle wiederfinden. Daher ist es wichtig, dass wir mehr Frauen in herausgehobenen Positionen haben, die als Vorbilder dienen und ihre Erfahrungen und Sichtweisen einbringen.

Die Polizeipräsidentin

Gwendolin von der Osten ist seit Februar 2021 Präsidentin der Polizeidirektion Göttingen. Zuvor war sie Leiterin des Referats für Einsatz und Verkehr im Niedersächsischen Innenministerium. Die Volljuristin ist Jahrgang 1971 und seit 2003 bei der Polizei. Sie ist verheiratet, hat drei Kinder und lebt in Hannover.

Häusliche Gewalt und neue Mobilitätsformen gehören zu Ihren Schwerpunkten. Was konnten Sie hier bereits anschieben?
Das sind längst nicht alle Schwerpunktthemen, die wir in der Polizeidirektion identifiziert haben. Dennoch habe ich zusätzlich diese beiden Themen mehr in den polizeilichen Fokus bringen können. Das Thema „Häusliche Gewalt“ – besser finde ich den Begriff der „Gewalt im sozialen Nahraum“ – wurde nach meiner Ansicht zu lange als „Familientragödie“ oder „Ehedrama“ eingeordnet. Die Folgen dieser oft massiv gewalttätigen Straftaten sind schwerwiegend. Wir haben in der Polizeidirektion erstens für die Thematik sensibilisiert und zweitens einen Schwerpunkt auf eine bessere Vernetzung aller Akteure gesetzt. Dabei geht es vor allem um ein strukturiertes Gefährdungsmanagement, an dem alle thematisch befassten Stellen beteiligt sind. Wir müssen uns bei jeder schweren Straftat fragen: Haben wir alles getan, um das zu verhindern? Die Mobilität hat sich verändert und sie wird sich weiter verändern. Gerade im urbanen Raum nimmt die Fahrraddichte zu – dies ist natürlich erfreulich, bringt aber auch besondere Risiken mit sich. Besonders die E-Motorisierung bringt Geschwindigkeiten auf die Straße, die mit hohen Verkehrsunfallrisiken einhergehen. Dem treten wir mit gesteigerten Kontrollmaßnahmen, aber auch mit Präventionskampagnen entgegen.

Was hat Sie in Ihrem ersten Jahr überrascht?
Ich habe nicht damit gerechnet, dass mir die Umstellung so leicht fällt. Tatsächlich bin ich überrascht, wie reibungslos diese große Behörde zusammenarbeitet.

Wie fällt Ihr Gesamtfazit aus?
Mein Fazit ist: Ich bin begeistert von der motivierten und engagierten Leistung der Kolleginnen und Kollegen. Die Pandemie hat unsere Arbeitswelt verändert, aber sie nicht nachhaltig beeinträchtigt. Zusammenfassend kann ich schlicht sagen: Hier wird gute Arbeit geleistet.

Welche Herausforderungen sehen Sie – auch vor dem Hintergrund der Corona-Krise – für Ihr zweites Jahr?
Die Kriminalität hat sich zunehmend in den digitalen Raum verschoben, Corona hat wie ein Katalysator gewirkt. Die größte Herausforderung für die Polizei ist nun, diese neuen Kriminalitätsformen nachhaltig zu bekämpfen. Dafür braucht es nicht nur ein hohes Maß an Know-How, sondern auch die entsprechende technische Ausstattung. Daneben stellen wir eine zunehmende Polarisierung innerhalb der Gesellschaft fest, die sich häufig in der Wut Einzelner bis hin zu einer Radikalisierung ganzer Gruppen äußert. Die Polizei muss sich als friedensstiftend und als demokratisch legitimiertes Gewaltmonopol zeigen.

Abteilung 1

Von Einsatz und Verkehr bis hin zu Führungs- und Einsatzmitteln

In der Abteilung 1 der Polizeidirektion Göttingen werden neben dem polizeilichen Aufgabenvollzug auch Personal und Technik organisiert und verwaltet. Sie wird geleitet von Polizeivizepräsident Gerd Lewin, der seit dem Jahr 2019 in Göttingen im Amt und ständiger Vertreter von Polizeipräsidentin Gwendolin von der Osten ist. Ein Großteil der Mitarbeitenden im Stab der Polizeidirektion Göttingen ist in der Abteilung 1 tätig, der vier Dezernate unterstellt sind.

Kriminalitätsbekämpfung
Das Dezernat 11 bewegt alle Themenfelder der Kriminalitätsbekämpfung und übt die zentrale Dienst- und Fachaufsicht des Zentralen Kriminaldienstes aus. Zum Dezernat 11 gehört auch Niedersachsens dienstälteste Präventionspuppenbühne: Sie ist seit 1978 fester Bestandteil der polizeilichen Kriminal- und Verkehrsprävention und gleich an zwei Standorten – in Göttingen und Hildesheim – vertreten.

Einsatz und Verkehr
Im Dezernat 12 werden die Themen Einsatz und Verkehr bearbeitet. Das Dezernat hat zudem eine Sonderstellung: Neben der originären Stabsarbeit werden hier operative Aufgaben wahrgenommen. So sind die Mitarbeitenden bei Großereignissen, wie Terror, Geiselnahmen oder Katastrophen aller Art gefordert. Dem Dezernat 12 sind zudem die Lage- und Führungszentralen „Weser“ in Göttingen und „Süntel“ in der Kooperativen Regionalleitstelle Weserbergland in Hameln sowie das Diensthundführerwesen zugeordnet.

Personal, Aus- und Fortbildung
Im Dezernat 13 geht es neben den klassischen Personalangelegenheiten auch um die Aus- und Fortbildung sowie die Nachwuchsgewinnung. Darüber hinaus befindet sich hier die Beschwerdestelle der Polizeidirektion Göttingen, an die sich auch die Bürgerinnen und Bürger wenden können.

Führungs- und Einsatzmittel
Moderne Technik und aktuelle Einsatzmittel – darum kümmern sich die Mitarbeitenden im Dezernat 14. Die IT-Sicherheit, die Kriminaltechnik sowie Informations- und Kommunikationstechnik sind weitere Themen des Dezernats.

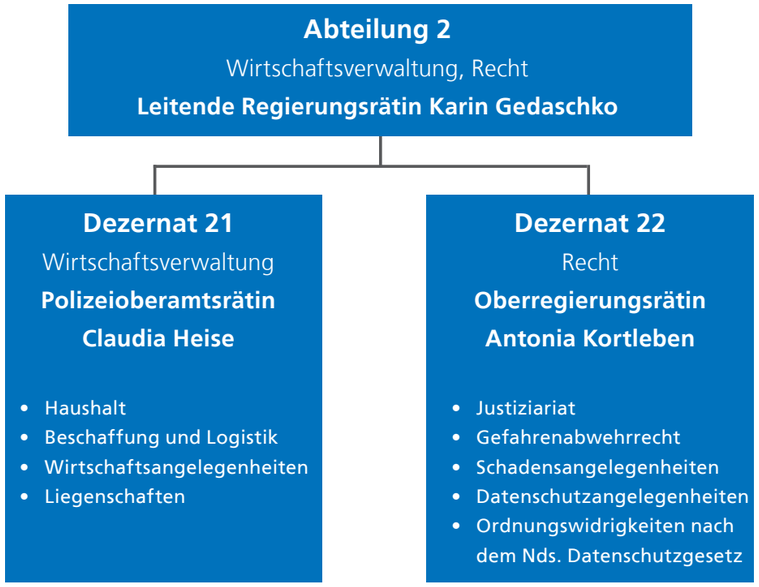
Der Vizepräsident

Gerd Lewin, Jahrgang 1960, ist seit 2019 Vizepräsident der Polizeidirektion Göttingen. Zuvor war er in verschiedenen leitenden Funktionen, unter anderem in der Polizeidirektion Hannover und dem Niedersächsischen Innenministerium tätig. Gerd Lewin ist verheiratet, hat ein Kind und lebt in Hann. Münden.

Abteilung 2

Rechtsanlegenheiten und Bewirtschaftung von 110 Liegenschaften

Die Abteilung 2 gliedert sich in zwei Dezernate und wird von der Leitenden Regierungsdirektorin Karin Gedaschko geführt. Die Juristin, die seit vielen Jahren für die Polizei Niedersachsen tätig ist, ist seit 2019 in der Polizeidirektion Göttingen.



Rechtsstreitigkeiten und Beratung
Im Dezernat 22 werden alle rechtlichen Angelegenheiten der Polizeidirektion Göttingen bearbeitet. Aufgaben sind unter anderem das Führen und Betreuen von Rechtsstreitigkeiten vor den Verwaltungsgerichten und den ordentlichen Gerichten sowie die Beratung der Dezernate in allen Rechtsfragen des Aufgabenvollzugs. Auch die Bürgerinnen und Bürger können die Dienste des Rechtsdezernats in Anspruch nehmen: Auf Anfrage werden Apostillen und Beglaubigungen ausgestellt – im Jahr 2021 waren es ca. 1500.

Vereinsverbot gegen die Bandidos
Das Vereinsverbot gegen den Bandidos MC Federation West Central hat die Mitarbeitenden des Dezernats 22 im vergangenen Jahr über einen längeren Zeitraum hinweg beschäftigt. Das Bundesinnenministerium hatte aufgrund des Anfangsverdachts, dass Zweck und Tätigkeit des Vereins den Strafgesetzen zuwiderliefen, ein Ermittlungsersuchen an die Bundesländer Hessen, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz gestellt. Das Ministerium bat um Unterstützung mit Durchsuchungen, bei richterlichen Vernehmungen sowie Sicherstellungen und Beschlagnahmen von Beweismitteln.

Im Juli fanden dann im Zuständigkeitsbereich der Polizeiinspektion Hameln-Holzminden/Pyrmont Durchsuchungen statt. Mit Erfolg: Die Maßnahmen erbrachten hinreichende Beweise, um den Verein am 12. Juli 2021 verbieten zu können.

Aktuell laufen noch Gerichtsverhandlungen hinsichtlich der Rechtmäßigkeit des Vereinsverbots. Nichtsdestotrotz war es ein wichtiger Schlag im Kampf gegen die organisierte Rockerkriminalität.

Leiterin Abteilung 2

Karin Gedaschko, Jahrgang 1961, ist seit dem Jahr 2019 Abteilungsleiterin 2 der Polizeidirektion Göttingen. Sie ist seit 1998 im Bereich der Polizei tätig, zuletzt als Leiterin des Rechtsdezernats der Polizeidirektion Hannover. Sie ist verheiratet, hat zwei Kinder und lebt in Göttingen, Buchholz und Wien.

Liegenschaften und Budget
30 landeseigene und 80 angemietete Gebäude und Dienststellen werden von den Mitarbeitenden des Dezernats 21 verwaltet und betreut. Darüber hinaus obliegt dem Team die Hausverwaltung der Gebäude in der Groner Landstraße und der Robert-Bosch-Breite in Göttingen. Die Wirtschaftsverwaltung verantwortete 2021 ein Budget in Höhe von 11,74 Millionen Euro, das unter anderem für die Bewirtschaftung der Liegenschaften, die Unterhaltung des Fuhrparks und die Ausstattung der Operativkräfte eingesetzt wird.

Ein größeres Projekt, dass die Mitarbeitenden des Dezernats 21 im abgelaufenen Jahr beschäftigt hat, war der An- bzw. Umbau der Liegenschaft in der Robert-Bosch-Breite in Göttingen. Nach langer Planung und viel Vorlauf haben die Arbeiten im Frühjahr 2021 begonnen und werden bis zum Herbst 2022 dauern.

Nachwuchs für einen vielfältigen Beruf

2021 sind 450 junge Menschen in den Polizeiberuf gestartet

Dass die Polizei nach wie vor ein attraktiver Arbeitgeber ist, hat sich auch 2021 wieder gezeigt: Landesweit haben sich 4.600 Interessierte für ein Studium an der Polizeiakademie Niedersachsen beworben. 450 von ihnen wurden zugelassen. Auf die Polizeidirektion Göttingen entfielen 598 Bewerbungen, von denen nun 56 auf den Polizeiberuf vorbereitet werden. Erstmals gab es 2021 einen Überhang an Frauen an der Polizeiakademie: Von den 450 Studierenden sind 232 weiblich.
In der Polizeidirektion Göttingen kümmert sich das Team „regionale Einstellung" um die Nachwuchsgewinnung. Zentrale Aufgabe ist es, junge Menschen für den Staatsdienst zu gewinnen, sie zu beraten und zu betreuen. Neben der Nachwuchsgewinnung auf Behördenebene gibt es auch in allen Polizeiinspektionen der Polizeidirektion Göttingen Mitarbeitende, die diese Aufgaben übernehmen. So können sich auch Jugendliche, die die Fachhochschulreife über die Fachoberschule anstreben, mit Fragen an die Teams in den Inspektionen und der Behörde wenden.

Interesse geweckt?
Weitere Informationen erhalten Interessierte bei Carmen Kauschke und Daniela Peters unter Telefon 0551/491-1314 oder per E-Mail an nachwuchswerbung@pd-goe.polizei.niedersachsen.de.

Erstmals mehr Frauen

450 Bewerberinnen und Bewerber wurden im Jahr 2021 an der Polizeiakademie Niederschsen angenommen. Erstmals gab es damit einen Überhang an Frauen: 218 Studenten (48,44 Prozent) stehen 232 Studentinnen (51,56 Prozent) gegenüber.

Landesweit sind 4.600 Bewerbungen eingegangen, davon entfielen 598 auf die Polizeidirektion Göttingen.

Von den 450 Studierenden haben sich 56 für die Polizeidirektion Göttingen beworben: 23 Frauen, 33 Männer.

Für das Praktikum im Rahmen der Ausbildung an einer Fachoberschule haben sich für die Polizeidirektion Göttingen 107 Jugendliche beworben, mit 13 von ihnen wurden entsprechende Verträge abgeschlossen – fünf Mädchen, acht Jungen.

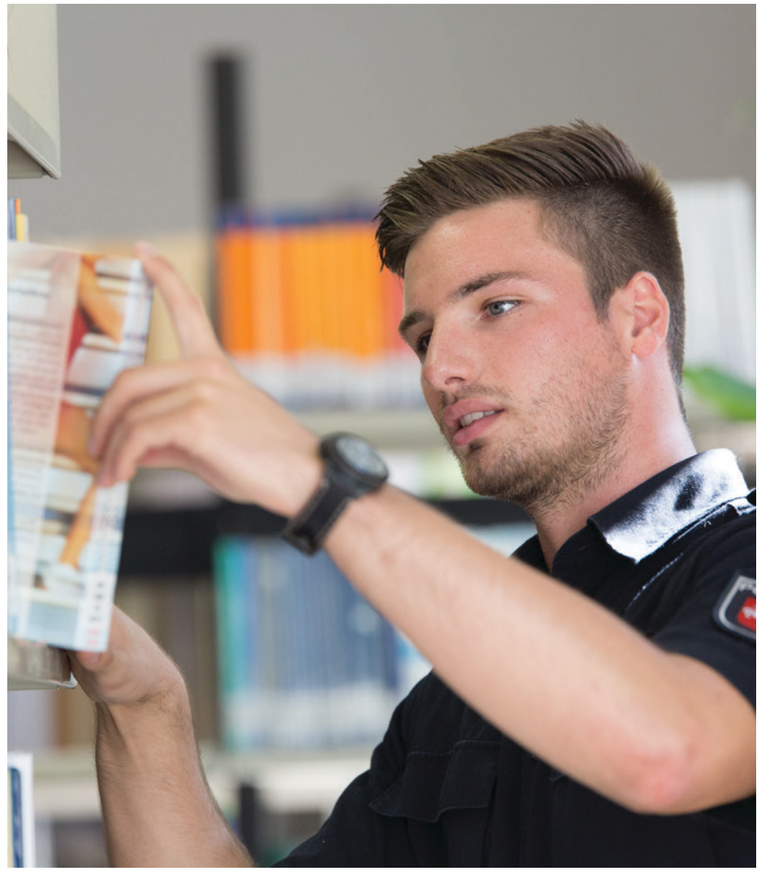
Nach drei Jahren fit für den Job

An drei Standorten wird der Polizeinachwuchs ausgebildet

Die Karriere bei der Polizei Niedersachsen beginnt mit dem dreijährigen Bachelorstudium an der Polizeiakademie Niedersachsen, die an drei Standorten vertreten ist: Nienburg an der Weser, Hann. Münden im Süden und Oldenburg im Norden. Das Studium gliedert sich in drei Studienabschnitte: ein zwölfmonatiges Grundlagenstudium, ein sechsmonatiges Fachstudium sowie zwei dreimonatige berufspraktische Studienzeiten und ein zwölfmonatiges Ergänzungs-, Vertiefungs- und Schwerpunktstudium mit Bachelorarbeit.

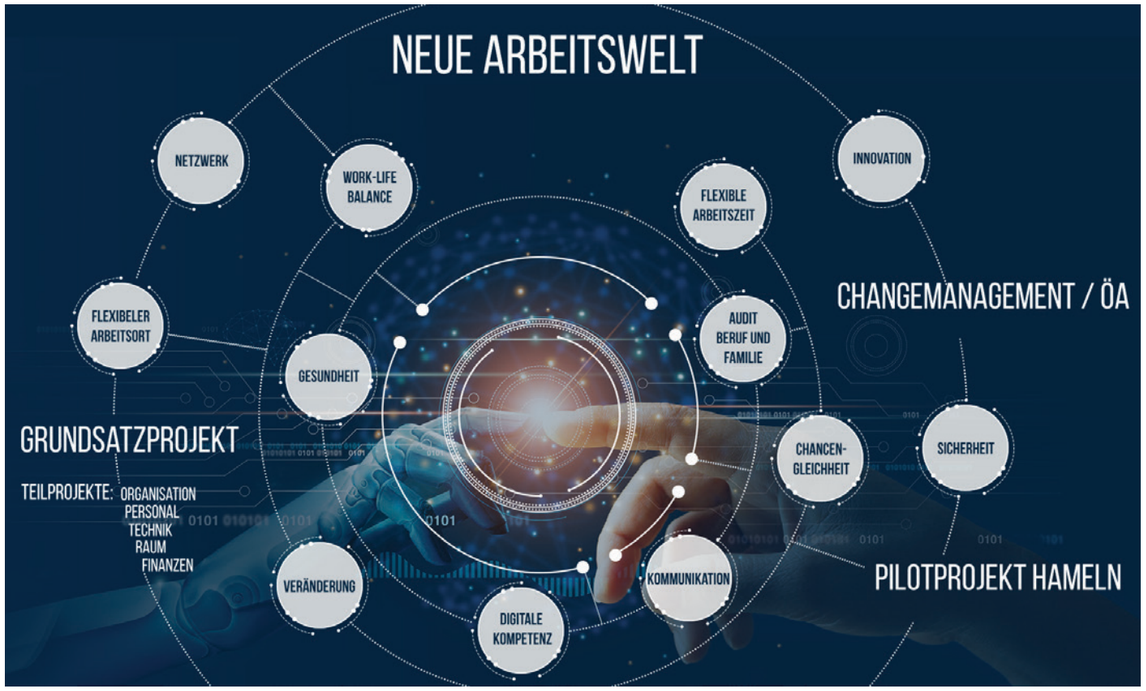
Grundlagen, Praktika, Bachelorarbeit
Im ersten Studienabschnitt geht es um Grundlagen der Kriminalitätskontrolle, Einsatz und Verkehr, rechtliche Grundlagen, Kompetenzen für Studium und Beruf sowie praktische Grundlagen und allgemeine Fitness.
Im zweiten Studienabschnitt werden die erworbenen Kenntnisse vertieft und ein erstes Praktikum im Einsatz- und im ermitteltenden Bereich absolviert. Auch die körperliche Fitness spielt in diesem Abschnitt eine Rolle: Sie wird weiterentwickelt, zudem werden sportartspezifische Schwerpunkte gesetzt.
Im dritten Studienjahr liegt ein Schwerpunkt auch auf gesellschaftlichen Themen und Problemstellungen. Am Ende steht schließlich die Bachelorarbeit.

Das Studium an der Polizeiakademie ist damit sehr vielfältig und aufgrund des hohen Praxisanteils mit einem dualen Studium vergleichbar. Es beinhaltet auf der theoretischen Seite Inhalte aus den Rechts- und Sozialwissenschaften, Kriminalistik, der Kriminologie, dem Verkehrsrecht sowie der Einsatz- und Organisationslehre. Auf der anderen Seite stehen die zwei dreimonatigen Praktika sowie die praktischen Inhalte an der Polizeiakademie.



Förderung von Spitzensport
Weil die körperliche Fitness im Polizeiberuf unerlässlich ist, werden im Studium Kraft und Ausdauer trainert, aber auch Abwehr- und Zugriffstechniken sowie der Umgang mit polizeilichen Einsatzmitteln gelehrt. Den Studierenden stehen an den Standorten der Polizeiakademie Niedersachsen darüber hinaus vielfältige Sport- und Freizeiteinrichtungen zur Verfügung. Für Leistungssportlerinnen und -sportler hält die Akademie zudem ein besonderes Angebot vor: Ihr Studium kann auf fünf Jahre verlängert werden, damit genügend Zeit für den Leistungssport bleibt. Überhaupt wird versucht, die Studierenden so gut wie möglich in ihren jeweiligen Lebenslagen zu unterstützen und eine hohe Flexibilität für jede Situation zu schaffen. Studierende mit Kindern können bei der Kinderbetreuung unterstützt werden, verlässliche Studienzeiten sollen eine gute Planbarkeit und Vereinbarkeit ermöglichen.

Im Anschluss an das Studium werden die Studierenden garantiert in das Beamtenverhältnis auf Probe übernommen und starten ihren Dienst in den allermeisten Fällen in der Bereitschaftspolizei oder dem Einsatz- und Streifendienst. Anschließend können sie ihren Berufsweg je nach Interesse weiter einschlagen – bei der Wasserschutzpolizei, bei der Reiterstaffel, dem LKA oder den vielen anderen Möglichkeiten, die die Polizei Niedersachsen bietet.



Die Polizei in der digitalen Arbeitswelt

Die Corona-Pandemie hat das Arbeiten flexibilisiert – auch in der Polizei, die diese Entwicklung künftig vorantreiben will

Neue Arbeitswelt – so lautet der Titel eines Projekts der Polizeidirektion Göttingen, das im Jahr 2021 begonnen wurde und die Digitalisierung und Flexibilisierung der Arbeitswelt auch in der Polizei über die Corona-Pandemie hinaus ermöglichen und einleiten soll.

Das Thema stand zwar schon länger auf der Agenda der Polizeidirektion Göttingen, hat aber mit Beginn der Pandemie nicht nur mehr Bedeutung, sondern auch mehr Tempo erhalten. Eine rasche Veränderung der Arbeitsabläufe wurde im Frühjahr 2020 nötig, um die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter so gut es geht zu schützen.
So wurde innerhalb kürzester Zeit die tägliche Arbeit in Präsenz in den Bereichen, wo es möglich ist, ganz oder teilweise in mobiles Arbeiten verlagert. Präsenzveranstaltungen und Fortbildungen wurden online abgehalten.
Diese rasante Entwicklung hält bis heute an, bietet neben Chancen aber auch Risiken: So ist es mit mobiler Arbeit zwar besser möglich, Beruf und Familie zu vereinbaren, auf der anderen Seite besteht die Gefahr, dass Beruf und Privatleben zunehmend vermischt werden und die Work-Life-Balance in Schieflage gerät.

Voraussetzungen schaffen

Die Polizeidirektion hat sich mit der Einrichtung des Projekts „Neue Arbeitswelt“ dieser Thematik nun intensiv angenommen und will bis Dezember 2022 die organisatorischen, technischen, finanziellen, räumlichen und persönlichen Voraussetzungen für eine attraktive, innovative und zukunftsorientierte Form der Zusammenarbeit schaffen. Zudem will sie Einführungs- und Anpassungsprozesse planen und begleiten. Ziel ist es unter anderem Akzeptanz für diese attraktive und zukunftsorientierte Zusammenarbeit zu schaffen.

Recherche und Ideenfindung

Ein großer Teil der Vorarbeit für die Projektbeteiligten besteht derzeit in der Recherche: Welche Ideen und Ansätze gibt es in anderen öffentlichen Verwaltungen, Unternehmen und in den Medien, die auch in der Polizeidirektion Göttingen eine neue Arbeitswelt ermöglichen? Welche Arbeiten fallen in den einzelnen Bereichen der Organisation an und können diese flexibilisiert werden?

Der nächste Schritt wird sein, die Voraussetzungen zu erheben, die geschaffen werden müssen, um die Ideen konkret umzusetzen.

Einsatzmanagement

Wir sind da und helfen

Modernes Notruf- und Einsatzmanagement

Alle zwei bis drei Minuten geht ein Notruf in den Leitstellen ein

Durchschnittlich alle zwei bis drei Minuten in 24 Stunden und 365 Tagen im Jahr gehen über die Notrufnummer 110 in den beiden Leitstellen der Polizeidirektion Göttingen Notrufe ein. Sie werden von 87 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die im Schichtdienst tätig sind, professionell bearbeitet.

Das gesamte Notruf- und Einsatzmanagement der Polizeidirektion Göttingen wird in den zwei Lage- und Führungszentralen koordiniert. Die Leitstelle „Weser" ist dabei für den südlichen und östlichen Teil des Direktionsbereichs zuständig, die Leitstelle „Süntel" in der Kooperativen Regionalleitstelle Weserbergland für den nördlichen und westlichen Teil.
Die Leitstelle „Weser" koordiniert alle Notrufe und Einsätze, die aus den Bereichen der Polizeiinspektionen Göttingen und Northeim kommen. Darüber hinaus stellt sie als Behördenleitstelle eine Kontaktstelle zu anderen Behörden dar, etwa bei größeren oder behördenübergreifenden Einsätzen. 44 Mitarbeitende sind hier tätig. Die Leitstelle „Süntel" ist für Notrufe aus dem Bereich der Polizeiinspektionen Hameln-Pyrmont/Holzminden, Hildesheim und Nienburg/Schaumburg verantwortlich, die von 43 Mitarbeitenden bearbeitet werden.

154.000 Notrufe
Insgesamt erreichten die Leitstellen der Polizeidirektion Göttingen im vergangenen Jahr 154.000 Notrufe – 68.000 über die Leitstelle „Weser" und 86.000 über die Leitstelle „Süntel".
Die Beamtinnen und Beamten der Polizeidirektion Göttingen haben im vergangenen Jahr 248.000 Einsätze bearbeitet. Nicht jeder Einsatz geht dabei auf einen Notruf über die Leitstelle zurück, sondern auch auf Meldungen auf einer Polizeiwache oder auf eigeninitiative Feststellungen der Polizistinnen und Polizisten.

182.000 Stunden in Einsätzen
Letztere leisteteten im vergangenen Jahr 182.800 Einsatzstunden im Rahmen besonderer Einsätze außerhalb der Alltagsarbeit. Das waren Versammlungen im Zusammenhang mit den Protesten gegen die Corona-Schutzmaßnahmen (33.500 Einsatzstunden), die Bombenentschärfung im Januar 2021 in Göttingen (9.000 Einsatzstunden) sowie Demonstrationen der rechten und linken Szene in Northeim (2.500 Einsatzstunden).

Social Media

Die Polizei in den sozialen Netzwerken

Social Media hat sich in den vergangenen Jahren zu einem wichtigen Pfeiler der Unternehmens-, Alltags- und Krisenkommunikation auch in der Polizei entwickelt. Klassische Medienkanäle erreichen in Zeiten zunehmender Digitalisierung längst nicht mehr alle Menschen. Die Grundintention für die Nutzung der sozialen Medien ist insbesondere, Bürgerinnen und Bürger mit den eigenen Kanälen jederzeit möglichst umfassend zu erreichen und informieren zu können. Die Polizeidirektion Göttingen geht auf die geänderten Bedürfnisse der Bevölkerung ein und reagiert auf die sich weiterentwickelnden Rahmenbedingungen. Medienkanäle werden gesamtheitlich betrachtet, damit im besten Fall eine themen- und zeitgemäße Verknüpfung von klassischen und digitalen Medien erreicht werden kann.

Kontakt & Infos

Wir freuen uns, mit Ihnen via Facebook, Twitter und Instagram in Kontakt zu treten und ins Gespräch zu kommen.

Ihre Ansprechpartnerin für weitere Fragen und Informationen rund um das Thema Soziale Medien in der Polizeidirektion Göttingen

Nicole Kappei
Social Media Managerin

0551 491 1032
pressestelle@pd-goe.polizei.niedersachsen.de

Auf allen Seiten der Polizeidirektion Göttingen werden aktuelle und allgemeine Informationen sowie Einblicke in den vielfältigen und oftmals spannenden Arbeitsalltag gegeben:

- Pressemitteilungen
- Berichte über aktuelle Einsätze
- Wichtige allgemeine Informationen
- Infos zu Schwerpunkten der Arbeit
- Präventionstipps
- Kriminalitätsphänomene
- Aktuelle Stellenangebote
- Nachwuchswerbung
- Veranstaltungen

Facebook Seiten in der Übersicht:

Polizei Göttingen
www.facebook.com/polizeidirektion.goettingen

Polizei Weserbergland
www.facebook.com/Polizei.hameln

Polizei Northeim
www.facebook.com/polizei.northeim

Polizei Hildesheim
www.facebook.com/polizei.hildesheim

Polizei Nienburg/Schaumburg
www.facebook.com/polizei.nienburg.schaumburg

Twitter Seiten in der Übersicht:

Polizeiinspektion Göttingen
https://twitter.com/Polizei_GOE
https://twitter.com/Polizei_OHA

Polizeiinspektion Northeim
https://twitter.com/Polizei_NOM

Polizeiinspektion Hildesheim
https://twitter.com/Polizei_HI

Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden
https://twitter.com/Polizei_HM
https://twitter.com/Polizei_HOL

Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg
https://twitter.com/Polizei_NBG
https://twitter.com/Polizei_BadN
https://twitter.com/Polizei_RI
https://twitter.com/Polizei_STH
https://twitter.com/Polizei_BBG

Instagram Seiten in der Übersicht:

Darüber hinaus gibt es in der Polizeidirektion aktuell sechs Kolleginnen und Kollegen, die als Community Policer für die Polizeidirektion auf **Instagram** über ihre tägliche Arbeit berichten. Die Infos zu den Kanälen folgen auf den Seiten 18-21.

Community Policing

Digital auf Streife mit unseren Kolleginnen & Kollegen

Durch meine Arbeit als Community Policerin möchte ich den Bürgerinnen und Bürgern einen umfassenden Einblick in den beruflichen Alltag als Polizistin geben. Ich übe meinen Job aus Leidenschaft und Überzeugung aus und möchte besonders verdeutlichen, dass hinter der Uniform auch immer ein Mensch steckt.

Nachrichten wie: *„Vielen Dank, dass du das hier machst. Tolle Einblicke! Und hast mir Mut gemacht mich auch endlich zu bewerben!“* sind unter anderem der Grund für meine Aktivität auf Instagram. Ich freue mich auf diesem Wege evtl. sogar zukünftige Kolleginnen und Kollegen gewinnen zu können.

Ich bin davon überzeugt, dass in der heutigen Zeit die mediale Darstellung des Polizeiberufes essentiell für den Rückhalt und das Verständnis in der Bevölkerung ist und wir uns eben nicht mehr nur auf die üblichen Medienkanäle beschränken können.

Community Policing

Digital auf Streife mit unseren Kolleginnen & Kollegen

> Ich freue mich, über die sozialen Medien Einblicke in meine Arbeit als Diensthundführer geben zu können. Übrigens haben mein Diensthund Cash und ich seit Ende 2021 noch eine weitere Aufgabe. Wir begleiten Chief auf dem Weg, Diensthund zu werden. Es bleibt also auch in Zukunft spannend und abwechslungsreich.

> Das größtenteils positive Feedback, dass ich aus meiner kleinen Instacommunity bekomme, bestätigt mich darin, dass es wichtig ist, transparente Einblicke in meine Arbeit zu geben. Negative Aspekte wie #hatespeech beschäftigen mich natürlich immer mehr, aber auch dem stelle ich mich als Polizeibeamter.

> Nachwuchsgewinnung, Prävention und Interaktion: Mit einer hohen Reichweite habe ich die Möglichkeit, mit vielen Menschen in Kontakt und Austausch zu treten. Für mich stellen die sozialen Medien einen wichtigen Bestandteil der modernen Polizei dar.

Die Verfügungseinheiten der Polizeidirektion Göttingen

Mehr Präsenz und Entlastung für den Einsatz- und Streifendienst

Insbesondere zur Erhöhung der Präsenz und der Interventionsfähigkeit der Polizei Niedersachsen wurde im Rahmen der Strategischen Organisationsanpassung die standardisierte, landesweit harmonisierte Stärkung der Verfügungseinheiten beschlossen. Hierbei wurde das Ziel festgelegt, dass die regionalen Polizeidirektionen die Verfügungseinheiten in den Polizeiinspektionen sukzessive mit einer Mindeststärke von 1/15 (15 Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten und eine Führungskraft) bis zum 1. April 2021 ausstatten.

Diese Vorgabe wurde in der Polizeidirektion Göttingen entsprechend umgesetzt. Die Polizeiinspektionen haben die Verfügungseinheiten personell verstärkt.
Die Aufgabenschwerpunkte der Verfügungseinheiten wurden dabei zum Teil erweitert und werden aktuell wie folgt definiert:

- Präsenzdienst
- Bewältigung besonderer inspektionsinterner und -übergreifender Einsatzlagen
- Durchführung operativer Maßnahmen zur Kriminalitätsbekämpfung
- Wahrnehmung von Aufgaben der spezialisierten Verkehrssicherheitsarbeit, insbesondere im Bereich der Hauptunfallursachen
- Bewältigung sonstiger Schwerpunktaufgaben nach Lagebeurteilung der Polizeiinspektionen.

Unter anderem durch Unterstützungsleistungen im Zusammenhang mit Verkehrssicherheitswochen, Streifen zur Bekämpfung des Tageswohnungseinbruchs und Wohnungseinbruchsdiebstahls, der Bewältigung von Versammlungen, Wahrnehmung von Sondereinsätzen, wie Corona-Kontrollmaßnahmen, sowie regelmäßigen und verlässlichen Präsenzstreifen der Verfügungseinheiten, wird die Sichtbarkeit im öffentlichen Raum erhöht, das Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung gestärkt und nicht zuletzt eine spürbare Entlastung der Ermittlungs- sowie Einsatz- und Streifendienste erzielt.

Ergänzend können die Kräfte der Verfügungseinheiten, zur Erhöhung der Interventionsfähigkeit, anlassbezogen zu Eingreifkomponenten zusammengezogen und beispielsweise bei unvorhersehbaren Einsätzen mit eskalierender Lageentwicklung, bei lebensbedrohlichen Einsatzlagen sowie bei kurzfristigen Kontroll-, Durchsuchungs- und/oder Fahndungsmaßnahmen mit erhöhtem Gefährdungspotential, als Notzugriffs- und Erstinterventionsteams eingesetzt werden.

Ausstattung

Zur Gewährleistung einer sichtbaren Präsenz auch durch den Einsatz und das Vorhalten von Eingriffskräften mit einem robusten Erscheinungsbild, sind die Verfügungseinheiten, insbesondere auch für Sondereinsätze, etwa bei Versammlungen wie folgt ausgestattet:

- Einsatzanzug, Einsatzhelm, Stiefel, Körperschutzausstattung (KSA), Teleskopierbarer Einsatzstock (TES) einschließlich Holster, Flammschutzhaube, Einmal-Handfessel (Kunststoff)
- zweifarbige Außentragehülle (Taktische Weste) für den ballistischen Schutz. Zur besseren Erkenn- und Sichtbarkeit während der Präsenzmaßnahmen stehen die Warnjacken/-westen oder Wetterschutzjacken in signalgelb zur Verfügung.

Für den Einsatz bei lebensbedrohlichen Einsatzlagen ist die folgenden Zusatzausstattung vorhanden:

- MP 5 (Maschinenpistole)
- SK-4 Plattenträger mit Tourniquet (eine besondere Schutzweste vor Munition mit großem Kaliber, wie Kalaschnikow)
- ballistischer Schutzhelm

Weiterhin stehen den Verfügungseinheiten Nachtsichtgeräte, Ferngläser, Wärmebildgeräte sowie Equipment zur Öffnung von Türen und Fenstern zur Verfügung. Zur Wahrnehmung der Aufgaben der spezialisierten Verkehrssicherheitsarbeit sind die Einsatzkräfte mit TeleCash-Geräten, mobilen Alkoholvortestgeräten, Technik für die spezialisierte Verkehrsüberwachung oder Geschwindigkeitsmessgeräte (Handlasermessgeräte, stationäres Geschwindigkeitsmessgerät, GoPro-Kamera mit Zubehör zur Feststellung von Ablenkungsverstößen und Auslesetechnik zur Auswertung des digitalen Kontrollgerätes) sowie Geräte zur Absicherung von eingerichteten Kontrollstellen ausgestattet.

Darüber hinaus sind auf die Standorte der Verfügungseinheiten der Polizeidirektion Göttingen für die spezialisierte und technische Verkehrsüberwachung weitere verschiedene Geräte verteilt und können im Bedarfsfall, etwa bei größeren Kontrollen, eingesetzt werden. Dazu gehören Strommesszangen zur Feststellung von Manipulationen am digitalen Kontrollgerät, Achslastwaagen, Rollenprüfstände, Schallpegelmessgeräte, automatisierte-Kennzeichen-Lese-Systeme, eine Grundausstattung zur Dokumentenüberprüfung sowie Beleuchtungsmittel für Kontrollstellen.

Hunde im Dienst der Polizei

Spezialhunde helfen auf vielfältige Weise, Einsätze zu meistern.

Der Hund als Hilfsmittel in polizeilichen Einsatzlagen hat sich längst etabliert. Die Kenntnis über die Vielfältigkeit der Einsatzmöglichkeiten ist den meisten Polizeibeamtinnen und -beamten bekannt und den Mitarbeitenden in den Fachkommissariaten eine große Hilfe im Einsatz.

RSH, RSH/BNSH und RSH-SaP – diese Abkürzungen beschreiben den Rauschgiftspürhund, die Zusatzausbildung Banknotenspürhund und den Rauschgiftspürhund zur Suche an Personen. SSH und SSH/BL stehen für den Sprengstoffspürhund und den Zusatz für „besondere Lagen“. LSH und LSH/W sind die Leichenspürhunde und die Qualifikation für die Wassersuche. BSH ist der Brandmittelspürhund, FH und FHI stehen für Fährtenhund und Fährtenhund mit Individualgeruch (aktuell nicht in der PD Gö), PSH ist der Personenspürhund (zentral in der PD Lüneburg).

Einsätze 2021

2825 Einsätze für die Schutzhunde
452 Einsätze für die Rauschgiftspürhunde
55 Einsätze für die Banknotenspürhunde (1 Einsatz mit Suche an Personen)
120 Einsätze für die Sprengstoffhunde (1 Einsatz in besonderer Lage)
36 Einsätze für die Leichenspürhunde (4 Einsätze im Wasser)
31 Einsätze für die Brandmittelspürhunde

523 geschlossene Einsätze
11 Festnahmen
238 Mal wurden Hund und Diensthundführer/in aus der Freizeit alarmiert

Herausragend war ein Einsatz eines Banknotenspürhunds, bei dem 600.000 Euro sichergestellt werden konnten. Aber auch bei allen anderen Einsätzen waren die Spezialhunde eine große Hilfe und führten zum Auffinden der betreffenden Substanzen oder Gegenstände. In den Aufzählungen wird der Schutzhund (SH) oft nicht genannt. Dabei sind alle Diensthunde, mit Ausnahme der RSH-SaP und der PSH, ausgebildete Schutzhunde. Sie helfen nicht nur bei der Bewältigung von Einsätzen, sondern schützen auch die eingesetzten Polizeibeamtinnen und -beamten.

Auch in anderen Bundesländern waren Schutzhunde der PD Göttingen eingesetzt. Am 28. und 29. August 2021 unterstützten Diensthundführer der Polizeidirektion Göttingen zusammen mit weiteren Diensthundführern aus Niedersachsen das Land Berlin anlässlich mehrerer angemeldeter Groß-Versammlungen und Aufzüge der sogenannten „Querdenker“ und Kritiker der Corona-Maßnahmen. Die Diensthundführer hatten mit ihren Schutzhunden den Auftrag das Reichstagsgebäude zu schützen. An diesem Wochenende jährte sich zudem die versuchte Besetzung der Treppen vor dem Reichstagsgebäude durch „Querdenker“, Kritiker der Corona-Maßnahmen und auch Angehörigen der sogenannten „Reichsbürger“-Szene im Jahr 2020. Eine erneute öffentlichkeitswirksame Besetzung galt es hier durch starke Präsenz und Absperrmaßnahmen zu verhindern. Auch an der ursprünglich geplanten Aufzugs-Strecke an der Straße des 17. Juni nahmen die Diensthundführer starke Posten- und Streifentätigkeit an neuralgischen Sperrpunkten und Örtlichkeiten wie dem Sowjetischen Ehrenmal wahr. Bereits vier Wochen später, am 26. September 2021 wurde erneut einem Unterstützungsersuchen des Landes Berlin anlässlich der Wahl zum Deutschen Bundestag entsprochen. Zusammen mit Diensthundführern aus anderen Bundesländern waren Objektschutzmaßnahmen im Regierungsviertel durchzuführen. Die Diensthundführer der Polizeidirektion Göttingen waren hier zum Schutz des Bundeskanzleramtes eingesetzt und hatten unter anderem eine ungehinderte und störungsfreie An- und Abfahrt der ehemaligen Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel zu gewährleisten.

Die Spezialhunde haben im vergangenen Jahr 90,8 Kilogramm Marihuana, 1,8 Kilogramm Heroin, 3,2 Kilogramm Kokain, Haschisch, Ecstacy und mehr als fünf Kilogramm Amphetamine gefunden. Daneben stellten sie 1,2 Millionen Euro Bargeld, 14 Waffen und diverse chemische Substanzen sicher. Die Leichenspürhunde schlugen sieben Mal an, die Brandmittelspürhunde 29 Mal.

Der Einsatz von Diensthunden ist und bleibt eine große und unverzichtbare Unterstützung des polizeilichen Alltagsgeschehen.

Ein Erfahrungsbericht

Dass ein Schutzhund nicht nur bei der Bewältigung von Einsätzen hilft, sondern auch die EInsatzkräfte schützt, zeigt der nachfolgende Erfahrungsbericht exemplarisch:

„Ich drohte mehrmals laut und deutlich den Einsatz meines Diensthundes an. In Folge nahm ich Bewegung in der Küche wahr. Dort befand sich gegenüber der Tür zu dem Raum ein offenstehender Kühlschrank. Hinter den geöffneten Türen erhob sich eine männliche Person mit erhobenen Händen. In einer seiner Hände hielt die Person eine Taschenlampe, die er anschließend auf dem Kühlschrank abstellte. Ich forderte die Person auf, sich langsam mit erhobenen Händen in unsere Richtung zu begeben. Dieser Aufforderung kam die Person nach. In dem Raum angekommen, wies ich die Person an, sich auf den Bauch zu legen und die Arme hinter dem Rücken zu verschränken und dass mein Kollege ihm nun Handfesseln anlegt und er festgenommen ist. Die Person äußerte „…Ich mache nichts…“ und ließ sich widerstandslos festnehmen.

Nachdem die Person fixiert und gesichert auf dem Boden lag, suchte ich mit meinem Diensthund die Küche und ein angrenzendes Badezimmer ab. Im Anschluss suchten wir im Objekt nach weiteren möglichen Tätern. Im Obergeschoss drohte ich meinen Diensthund erneut an und setzte ihr zur weiteren Absuche ein. Aufgrund der Unübersichtlichkeit und der verschachtelten Räume des Gebäudes leinte ich meinen Hund an, der vom Flur aus geradeaus durch einen kleinen Vorraum in ein Badezimmer ein. Dort stoppte er abrupt und unmittelbar nach Betreten des Badezimmers ab, orientierte sich nach links und begann zu bellen. Links hinter der geöffneten Tür eines kleinen Schranks hockte eine weitere Person. Sie wurde ebenfalls widerstandslos festgenommen.“

Durch den Einsatz der Diensthunde konnten Personen aufgespürt und festgenommen werden. Die Beamten waren vom kritischen Erstkontakt nicht betroffen und konnten die Personen abgesichert und kontrolliert festnehmen. Auch ist zu vermuten, dass durch Diensthunde Fluchtversuche oder aggressive Handlungen unterblieben.

POLIZEI
NIEDERSACHSEN

DEALER HOCHGENOMMEN, ENTENFAMILIE GERETTET.

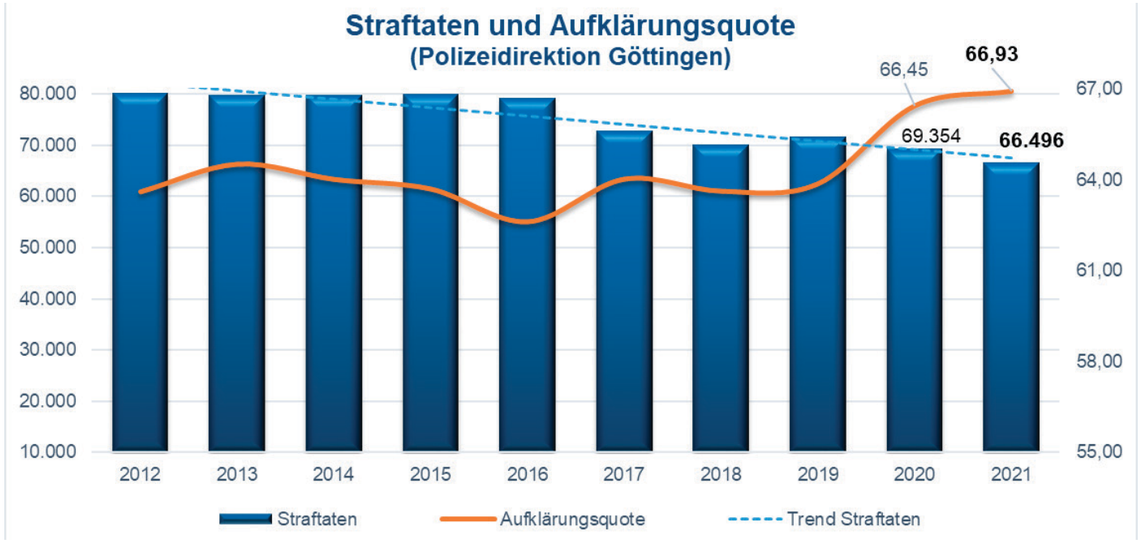
und**dein**tag?

BEWIRB DICH JETZT
bei der Polizei Niedersachsen.

polizei-studium.de
POLIZEI.NIEDERSACHSEN.KARRIERE

Kriminalitätsbekämpfung

Wir ermitteln und klären auf



Kriminalitätsentwicklung

Zahl der Straftaten sinkt, Aufklärungsquote steigt auf Allzeithoch

Die Betrachtung der Entwicklung von Straftaten insgesamt oder besonderen Phänomenen kann als eine Säule der zukünftigen strategischen Aufstellung und Schwerpunktbildung der Polizei dienen. Es ermöglicht unter anderem, personelle und materielle Ressourcen gerade in Zeiten der Pandemie gezielt und effektiv einzusetzen, um für die Bürgerinnen und Bürger im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Göttingen weiterhin ein hohes Niveau an Sicherheit bieten zu können.

Im Vergleich zum Berichtsjahr 2020 ist die **Anzahl der Straftaten** im Zuständigkeitsbereich der PD Göttingen im Jahr 2021 nochmals leicht um 4,12 Prozent (-2.858 auf 66.496 Taten) auf den niedrigsten Wert der vergangenen zehn Jahre gesunken. Es wurde dabei gegen 30.608 **Tatverdächtige** ermittelt, rund 75 Prozent davon waren Männer.

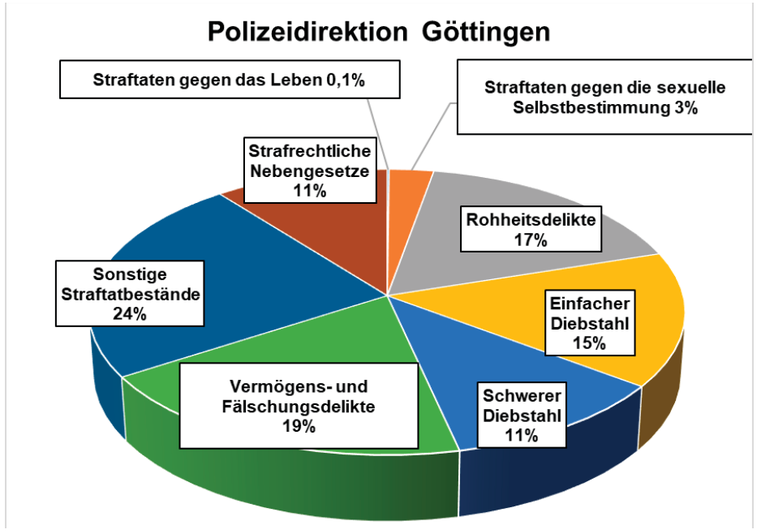
Die **Gesamtaufklärungsquote** konnte auf bereits hohem Niveau nochmals leicht auf 66,93 Prozent gesteigert werden. Dies ist gleichbedeutend mit der höchsten Auklärungsquote seit Bestehen der Polizeidirektion Göttingen. Das erzielte Ergebnis liegt rund 3 Prozentpunkte über dem Landesdurchschnitt.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizeidirektion Göttingen haben damit erneut maßgeblich zum guten Ergebnis des Landes Niedersachsen beigetragen. Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass sich die Beschränkungen der Corona-Pandemie auch im Jahr 2021 erheblich auf die Entwicklung der Straftaten ausgewirkt haben.

Tötungsdelikte

Straftaten gegen das Leben sind im Jahr 2021 überraschend deutlich um +10,0 Prozent (+7 auf 77 Delikte) angestiegen. Gleichzeitig konnte die Aufklärungsquote auf 92,21 Prozent (+2,21 Prozentpunkte) gesteigert werden.

Dabei sind Taten, die als **Mord** klassifiziert wurden, um fast ein Drittel (-30,8 Prozent, -4 Taten) auf noch 9 Delikte zurückgegangen, von denen 8 Taten glücklicherweise im Versuchsstadium verblieben. Alle Morddelikte, inklusive der Versuche, wurden aufgeklärt.

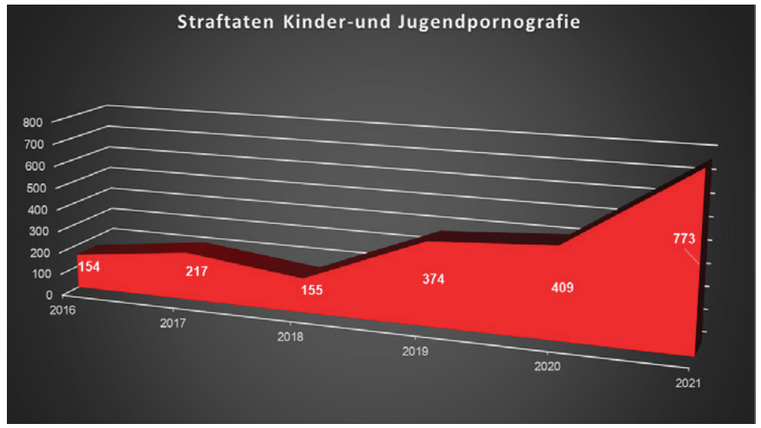


Die Anzahl der **Totschlagsdelikte** ist hingegen um +83,33 Prozent (+25 auf 55 Taten) deutlich angestiegen. Diese Entwicklung ist im Wesentlichen auf die Ermittlungen gegen die Betreiber zweier Seniorenresidenzen im Raum Hildesheim zurückzuführen. Dort sollen Beschränkungen und Hygienevorschriften im Kontext der Corona-Pandemie mit der Folge missachtet worden sein, dass mindestens 43 Bewohnerinnen und Bewohner an oder mit Corona verstorben sind. Von den 55 Totschlagsdelikten konnten 54 Taten aufgeklärt werden. Das entspricht einer Aufklärungsquote von 98,2 Prozent (+4,9 Prozentpunkte).

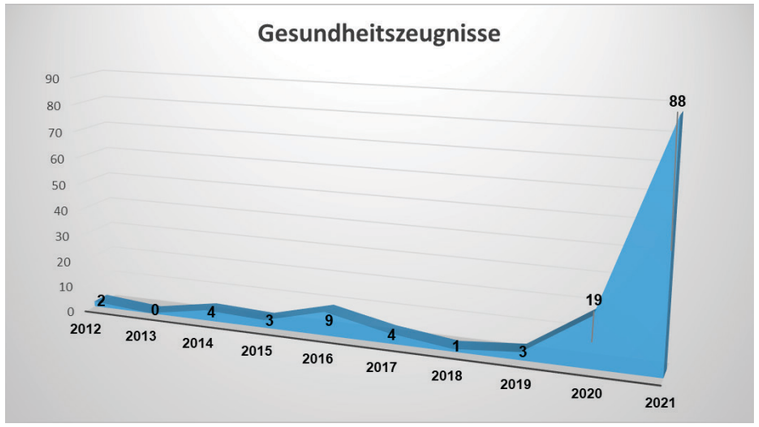
Sexualstraftaten

Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung sind im vergangenen Jahr deutlich um +35,71 Prozent (+471 Taten) auf 1.790 Delikte angestiegen. Gleichzeitig konnte auch die Aufklärungsquote dieser Deliktsgruppe auf 92,1 Prozent gesteigert werden.

Geprägt ist die Entwicklung der Sexualstraftaten insbesondere durch den anhaltenden Anstieg der belastenden und ermittlungsintensiven Verfahren im Kontext der Bekämpfung von **Kinder- und Jugendpornografie**. Die Fallzahlen haben sich im vergangenen Jahr mit einem Zuwachs von +89 Prozent (+364 Taten) nahezu verdoppelt. 81 Prozent der Fälle (626 Taten) wurden unter Nutzung des Internets begangen. Nach einer händischen Recherche wurden über



300 dieser Verfahren durch Hinweise des NCMEC (National Centre for missing and exployted children) generiert, richteten sich also gegen Nutzerinnen und Nutzer aus unserem Zuständigkeitsbereich, die sich auf nordamerikanischen Servern kinderpornografisches Bild- und Videomaterial heruntergeladen oder dort angeboten haben. Nach Einschätzung des LKA Niedersachsen wird sich die Anzahl der vom NCMEC gemeldeten Taten weiter erhöhen. Ein Grund für diese Entwicklung könnte auch in den Beschränkungen der Corona-Pandemie zu suchen sein, weil offenbar dadurch die „Nachfrage" gestiegen ist, sich über den heimischen Rechner kinderpornografisches Material zu beschaffen. Die Kriminellen, die schutzlose Kinder auf abscheulichste Art und Weise missbrauchen, um damit Geld zu verdienen, nutzen die gestiegene „Nachfrage" entsprechend aus. Die aufwendige und zeitintensive Auswertung von Daten, Bildern und Videos führt häufig dazu, dass zusätzlich weitere Kriminelle aus der Anonymität des Internets gerissen werden, was perspektivisch zu einem weiteren Anstieg der Straftaten führen dürfte.



Rohheitsdelikte

Die sogenannten Rohheitsdelikte sind 2021 deutlich um +275 auf 11.452 (+2,5%) angestiegen. Das ist nahezu ausschließlich auf den Anstieg der **Bedrohungssachverhalte** um +596 (+32,9%) auf 2.409 Taten zurückzuführen. 198 Delikte wurden dabei unter Nutzung des Internets begangen. Die Vermutung liegt nahe, dass sich auch an dieser Stelle die (Langzeit-)Folgen der Corona-Pandemie ausgewirkt haben könnten. Ein weiterer Aspekt könnte eine gestiegene Bereitschaft der Geschädigten sein, solche Sachverhalte zur Anzeige zu bringen.

Gleichzeitig sind die **Körperverletzungsdelikte**, also die mögliche physische Eskalation nach einer verbalen Bedrohung, um -321 Taten (-4,3%) auf noch 7.190 Delikte erfreulich deutlich zurückgegangen.

Diebstahlsdelikte

Unter anderem aufgrund der anhaltenden Beschränkungen der Pandemie, hielt auch die rückläufige Entwicklung

der Diebstahlsdelikte an. Im Berichtszeitraum wurden 17.612 Diebstähle begangen, und damit fast 2.000 weniger (-10,0 Prozent), als noch im Jahr 2020. Dabei sind sogenannte **„einfache Diebstähle“** um -4,4 Prozent (-465 auf 10.118 Taten) zurückgegangen. Die Aufklärungsquote dieser Delikte ist um -3,72 Prozentpunkte auf 43,96 Prozent zurückgegangen. Auffälliger ist der erfreulich deutliche Rückgang der **Diebstahlsdelikte unter erschwerenden Umständen**. Einbruchdiebstähle sind um -1.500 auf 7.494 Straftaten und damit auf den niedrigsten Stand seit Bestehen der Polizeidirektion Göttingen zurückgegangen. Gleichzeitig konnte die Aufklärungsquote auf 26,14 Prozent (+1,45 Prozentpunkte) auf den höchsten Wert seit Bestehen der PD Göttingen gesteigert werden. Ein Teil dieses Deliktsfeldes beinhaltet auch die Straftaten des **Wohnungseinbruchs und Tageswohnungseinbruchs**, die bei einem erneuten Rückgang um -36,96 Prozent (-431 Taten) erstmals im „nur“ dreistelligen Bereich begangen worden sind. Die Aufklärungsquote konnte um +5,62 Prozentpunkte auf 26,80 Prozent gesteigert werden.

Geldautomatensprengung

Ein weiteres Phänomen, das die Polizeidirektion Göttingen 2021 vermehrt beschäftigt hat, ist das Sprengen von Geldautomaten. Insbesondere der Süden des Zuständigkeitsbereiches war stark betroffen. Die Geldautomaten werden mit brachialer Gewalt angegangen, die Täter nehmen dabei keine Rücksicht darauf, ob Menschen durch die Explosionen oder umherfliegende Splitter verletzt werden. Insgesamt dürfte allein bei den Taten im Bereich der Polizeidirektion Göttingen im vergangen Jahr ein Gesamtschaden von mehreren Millionen Euro entstanden sein.

Vermögens- und Fälschungsdelikte

Vermögensdelikte insgesamt sind im Berichtszeitraum leicht um -3,04 Prozent bzw. -403 auf noch 12.875 Taten zurückgegangen. Die Aufklärungsquote erreichte mit 75,22 Prozent nahezu exakt das Niveau des Vorjahres.

Insbesondere Taten des **Waren- und Warenkreditbetrugs** (Verkauf von Waren, über die der Verkäufer nicht verfügt bzw. Ankauf von Waren, ohne das Geld zu bezahlen) sind um 9,9 Prozent (-424 auf 3.848 Taten) rückläufig. Von diesen Taten wurden immerhin 59 Prozent (2.266 Delikte) unter Nutzung des Internets begangen.

Tatmittel Internet

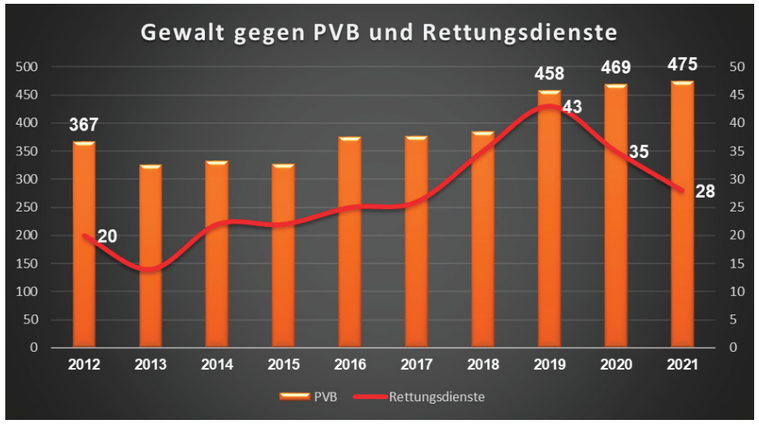
Delikte, die unter Nutzung des Internets begangen wurden, sind im Jahr 2021 deutlich um 10,4 Prozent angestiegen. Im Wesentlichen ist der Anstieg auf die Entwicklung der Delikte im Kontext der Bekämpfung der Kinder- und Jugendpornografie zurückzuführen. Die Aufklärungsquote konnte zeitgleich auf 86,5 Prozent (+0,5 Prozentpunkte) gesteigert werden. Diese Entwicklung zeigt, dass die vermeintliche Anonymität des Internets keine Sicherheit vor strafrechtlicher Verfolgung bietet. Mit einem Anstieg der Fallzahlen ist leider auch der entstandene Vermögensschaden um ein Drittel angestiegen.

Falsche Gesundheitszeugnisse

Ein weiterer Fallzahlenanstieg lässt sich ebenfalls auf die Auswirkungen der Corona-Pandemie zurückführen: Aufgrund der Einschränkungen zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger ist die Nachfrage nach Gesundheitszeugnissen gestiegen, die zum Beispiel vom Tragen der Mund-Nasen-Bedeckung oder vermeintlich von der Impfung befreien. Das Ausstellen falscher Atteste ist genauso strafbar, wie das (Ver-) Fälschen und der Gebrauch gegenüber Behörden und Versicherungen. Insbesondere auf Demonstrationen von Gegnerinnen und Gegnern der Corona-Maßnahmen wurden diese ge- oder verfälschten Atteste verwendet und bei entsprechenden Kontrollen aufgefunden. Straftaten rund um das Verfälschen von Impfnachweisen sind im vergangenen Jahr ebenfalls in den Fokus der polizeilichen Ermittlungen, aber auch der medialen Berichterstattung getreten. Aufgrund der bislang noch uneinheitlichen Erfassung ist hierzu für das vergangene Jahr keine valide Aussage möglich. Nach einer händischen Auswertung ist aktuell von einer Anzahl von Strafverfahren im niedrigen dreistelligen Bereich im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Göttingen auszugehen.

Subventionsbetrug

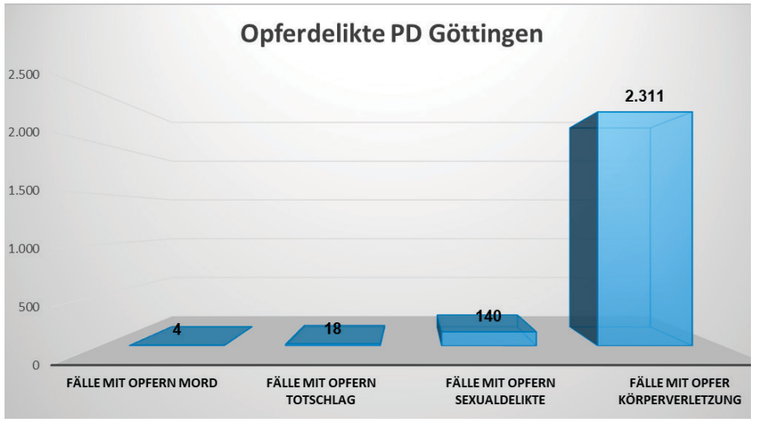
Während Straftaten des Subventionsbetrugs im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Göttingen in den vergangenen Jahren keine signifikante Rolle gespielt haben, ist die Anzahl dieser Delikte im Kontext der Corona-Pandemie signifikant um rund 70 Prozent angestiegen. Es ist davon auszugehen, dass der ganz überwiegende Anteil der Taten auf betrügerisches Erlangen von Corona-Überbrückungshilfen zurückzuführen ist. Der entstandene Schaden belief sich im Jahr 2021 auf über 1,4 Millionen Euro aus öffentlichen Mitteln.



Gewalt gegen Polizei und Rettungskräfte

Der Schutz von Leib und Leben bleibt – insbesondere in der weiter andauernden Corona-Pandemie – die wichtigste Aufgabe der Polizei. Hierzu zählt vor dem Hintergrund einer sich in den letzten Jahren abzeichnenden steigenden Gewaltgeneigtheit der von polizeilichen Maßnahmen betroffenen Bürgerinnen und Bürgern auch der Schutz von Leib und Leben der Kolleginnen und Kollegen, die ihren täglichen Dienst zum Schutz ihrer Mitmenschen versehen. Trotzdem werden Vollzugsbeamtinnen und -beamte nach wie vor Opfer von Gewaltdelikten. Diese Taten sind trotz eines nur leichten Anstiegs um 6 Fälle oder 1,3% erneut auf dem höchsten Niveau im Langzeitvergleich.

Von den Delikten wurde in 246 Fällen Widerstand gegen Maßnahmen geleistet, in 175 Fällen wurden Beamtinnen und Beamte tätlich angegriffen. Aufgrund der Gewalteinwirkung Dritter wurden im Jahr 2021 insgesamt 97 Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte verletzt und konnten an insgesamt 170 Tagen ihren Dienst nicht versehen. Sie standen damit den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Zuständigkeitsbereich nicht zur Verfügung. Gewaltausbrüche gegen die Polizei, wie sie bei den sogenannten „Spaziergängen“ von Corona-Leugnerinnen und -Leugnern in anderen Bundesländern zu beobachten waren, sind im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Göttingen nicht berichtet worden. Bemerkenswert ist dabei, dass bei den Maßnahmen, die zu einem Gewaltdelikt geführt haben, nicht etwa die Festnahme (81 Fällen) der Auslöser war, sondern die „schlichte“ Sachverhaltsklärung bzw. Identitätsfeststellung mit 105 Fällen. Bedeutet: Einige Bürgerinnen und Bürger sind immer weniger gewillt, auch rechtmäßige polizeiliche Maßnahmen zu dulden, sondern vielmehr diese Anlässe zu nutzen, um Gewalt eskalieren zu lassen. Rettungskräfte hingegen sind im Vergleich zum Vorjahr glücklicherweise wieder etwas seltener als Opfer einer Straftat erfasst worden.



Häusliche Gewalt

Erstmalig im Berichtsjahr 2021 werden Fälle im Kontext Häuslicher Gewalt in Niedersachsen auf der Grundlage einer neuen bundeseinheitlichen Definition betrachtet. Für das Berichtsjahr 2021 wurden im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Göttingen 3.857 Delikte im Kontext „Häuslicher Gewalt“ erhoben. Dabei wurden 87 Prozent der Fälle (3.354 Taten) als sogenannte **Opferdelikte** klassifiziert. Von 4 als „Mord“ eingestuften Sachverhalten wurde eine Tat vollendet. Von 18 Sachverhalten, in denen wegen „Totschlags“ ermittelt wurde, wurden 6 Taten vollendet. Die Straftaten wurden gegen insgesamt 3.565 Opfer begangen. Der ganz überwiegende Anteil der Opfer war weiblich. Weitergehende Betrachtungen, Zahlen zu Tatverdächtigen und Vergleiche zu zurückliegenden Jahren sind derzeit aufgrund der geänderten Datengrundlage nicht möglich.

Fazit

Den Herausforderungen im Kontext der Corona-Pandemie haben sich die Mitarbeitenden der Polizeidirektion Göttingen auch im Jahr 2021 gestellt, damit Straftäterinnen und Straftäter entdeckt und der Justiz zugeführt werden und die Bürgerinnen und Bürger im Zuständigkeitsbereich weiter sicher und gesund leben können.

Hasskriminalität

Wegen steigender Fallzahlen: Staat sorgt für mehr Schutz von Politikern im Netz

Nicht nur Politikerinnen und Politiker, sondern auch ehrenamtlich Engagierte sowie Staatsbedienstete werden in zunehmendem Maße belästigt, bedroht und sogar körperlich angegriffen. Oftmals haben diese Taten einen politischen Hintergrund. Die Entwicklung der politisch motivierten Straftaten in Niedersachsen unterstreicht diesen Trend: Die Anzahl ist in diesem Bereich von 189 (2019) auf 218 (220) gestiegen, für 2021 wird von einem weiteren Anstieg ausgegangen. Es besteht Grund zu der Annahme, dass diese Taten nur einen kleinen Teil der tatsächlichen Delikte darstellen und viele nicht angezeigt werden.

Kurz gesagt: Gewalt und Aggressionen gegen Amts- und Mandatsträgerinnen und -träger nehmen zu. Die Straftaten reichen von Beleidigungen, Hasspostings und Bedrohungen bis hin zu schwerwiegenden physischen Eingriffen wie Körperverletzungen oder (versuchten) Tötungsdelikten. Im Ergebnis kann das zu Rücktritten führen, oder aber auch dazu, dass Ämter gar nicht erst angetreten werden. Einschüchterungen und Hassbotschaften dringen häufig aus der Anonymität der sozialen Medien ins Privatleben von Ehren- und Hauptamtlichen. Die Sozialen Medien sind deswegen inzwischen auch kritisch zu sehen.

Um gerade Amts- und Mandatsträgerinnen und -träger zu schützen, wurden unterschiedliche Maßnahmen auf den Weg gebracht. So sind bei der Staatsanwaltschaft Göttingen und dem Landeskriminalamt Niedersachsen Zentralstellen zur Bekämpfung von Hasskriminalität im Internet eingerichtet worden. Von hier sollen Personen, die Hass und Hetze im Netz verbreiten und andere Menschen bedrohen, effektiv verfolgt werden.

Das BKA richtet zudem eine neue „Zentrale Meldestelle für strafbare Inhalte im Internet“ ein, die seit Februar 2022 auch Hinweise auf Hass und Hetze im Internet gebündelt entgegennimmt und mit den Polizeien und der Justiz der Länder sicherstellt, dass die Täter strafrechtlich verfolgt werden. Hintergrund ist eine Gesetzesänderung: Telemediendienste müssen strafbare Inhalte nicht nur löschen, sondern seit dem 1. Februar 2022 dem BKA melden. Diese Maßnahme basiert auf dem Gesetz zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität, das im April 2021 in Kraft trat. Täterinnen und Tätern soll so der Schutz der Anonymität genommen werden.

Seit September 2021 sind auch die sogenannten Feindeslisten strafbar. Weiterhin verbessert der neue Straftatbestand „Verhetzende Beleidigung“ (§192a StGB) den Schutz vor Herabwürdigung aufgrund nationaler, rassischer, religiöser oder ethnischer Herkunft, der Weltanschauung, Behinderung oder sexuellen Orientierung. Mit dem Aktionstag zur Bekämpfung von Hasspostings ging die Polizei am 1. Dezember 2021 gegen strafbare Posts vor. Insgesamt wurden bundesweit 90 polizeiliche Maßnahmen – etwa Wohnungsdurchsuchungen und Vernehmungen – umgesetzt.

Anlaufstellen & Infos

- **Meldestelle** für Hetze im Netz „respect!“ auf der Homepage des Bundeskriminalamtes
- **Polizeiliche Kriminalprävention** der Länder und des Bundes (ProPK)
- **„Zivile Helden“:** Mit interaktiven Szenarien und anderen Elementen zur Wissensvermittlung und Wissensverfestigung wird auf der Website „www.zivile-helden.de“ spielerisch und informativ das Bewusstsein für Zivilcourage, insbesondere bei der jugendlichen Zielgruppe, geschärft.

Raum für Erfahrungen: Veranstaltungsreihe soll Menschen des öffentlichen Lebens stärken und Austausch ermöglichen

Steigende Fallzahlen im Bereich der Straftaten gegen Amts- und Mandatsträgerinnen und -träger sowie die anhaltende Pandemie und die daraus resultierenden Veränderungen im gesellschaftlichen Klima waren im Superwahljahr 2021 Anlass für die Polizeidirektion Göttingen, Politikerinnen und Politiker, kommunale Verwaltungsspitzen sowie Vertreterinnen und Vertreter der Justiz im Rahmen einer Online-Veranstaltung zu sensibilisieren und zu signalisieren: Wir stehen Ihnen zur Seite.

Ziel war es, die Teilnehmenden auf potenzielle Gefahren aufmerksam zu machen, ihnen Handlungsempfehlungen zu geben, wie sie sich schützen können und ihnen aufzuzeigen, was sie unternehmen können, sollten sie Opfer einer Straftat geworden sein.

Darüber hinaus wurde auch direkt Betroffenen Raum gegeben, zu schildern, mit welchen Anfeindungen sie es im beruflichen Alltag als Vertreter/-in des Staates zu tun haben und was es mit dem Menschen hinter dem Amt macht, wenn man angefeindet, beleidigt oder gar mit dem Tod bedroht wird.

Die Online-Veranstaltung fand im Mai und Juni in allen fünf Polizeiinspektionen im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Göttingen statt. Im Mittelpunkt stand dabei ein umfangreicher Lagevortrag des jeweiligen Staatsschutzkommissariates, der die Teilnehmenden über aktuelle Entwicklungen informierte und dafür sensibilisierte, mit welchen Phänomenen in der jeweiligen Region zu rechnen ist. Weiteres Thema waren die Zentralstellen zur Bekämpfung der Hasskriminalität beim Landeskriminalamt Niedersachsen und der Hasskriminalität im Internet bei der Staatsanwaltschaft Göttingen.

Abschließend wurden den Teilnehmenden Präventionstipps an die Hand gegeben, wie sie sich grundsätzlich schützen können und wie sie vorgehen sollten, wenn sie Opfer geworden sind.

Die Botschaft lautete: Beleidigungen, Nötigungen und Bedrohungen sind nicht „Teil des Jobs“.

„Werden Taten nicht hinnehmen“

Gwendolin von der Osten, Präsidentin der Polizeidirektion Göttingen, freute sich, dass viele Personen des öffentlichen Lebens der Einladung gefolgt sind. Das zeige, wie aktuell das Thema ist und welche Bedeutung es für die Betroffenen auf allen politischen Ebenen hat. Die Polizei nehme das Thema nicht nur deshalb sehr ernst: „Wir als Polizei verurteilen Straftaten gegen Menschen, die sich für unser Gemeinwohl engagieren, auf Schärfste und werden diese Taten nicht hinnehmen. Denn sie führen dazu, dass sich für die Demokratie engagierte Menschen aus dem öffentlichen Diskurs zurückziehen und ein wichtiger Pfeiler unserer Demokratie darunter leidet – die Meinungsfreiheit, und damit auch die Demokratie selbst“, ist Gwendolin von der Osten überzeugt.

Polizei im Wahljahr 2021 & Corona-Protest

„Spaziergänge“gegen Pandemie-Maßnahmen beschäftigen die Einsatzkräfte im gesamten Zuständigkeitsbereich zunehmend

Bereits im Sommer 2020 bildeten sich parallel zu den Maßnahmen der Bundesregierung und den Landesregierungen zur Eindämmung der Pandemie bundesweite Protestformen, deren Teilnehmerinnen und Teilnehmer sich aus einer äußerst heterogenen Mischung zusammensetzen. Das Bundesamt für Verfassungsschutz bewertet das Teilnehmerfeld an Corona-Protesten in seinem Kern jedoch als demokratisch.

Neben dem überwiegend bürgerlichen Protest, der sich insbesondere zum Ende des Jahres 2021 hin gesteigert hat, weisen insbesondere Corona-Leugnerinnen und -Leugner sowie Querdenkerinnen und Querdenker zum Teil Züge verfassungsfeindlichen Denkens auf. Sie sind darüber hinaus besonders anschlussfähig für das Gedankengut von Rechtsextremen und Reichsbürgerinnen und -bürgern und vermischen sich sowohl inhaltlich als auch personell zunehmend mit diesen.
Allgemein ist festzustellen, dass von bestimmten Gruppierungen und Einzelpersonen innerhalb der Anti-Corona-Bewegung sowohl in entsprechenden Chats als auch bei den daraus organisierten Demonstrationen wiederholt Aussagen getätigt werden, die dazu geeignet sind, den Staat zu delegitimieren.

Anfang 2021 hat BKA-Chef Holger Münch vor zunehmenden Anfeindungen durch Corona-Leugnerinnen und -Leugner unter anderem gegen Politikerinnen und Politiker gewarnt, die während der Pandemie in den Medien besonders präsent sind.

Im Wahljahr 2021, als die Kommunalparlamente und der Bundestag neu gewählt wurden – stellte die potentielle Bedrohung von und die damit einhergehende mögliche Einflussnahme auf Amts- und Mandatsträgerinnen und -trägern die Sicherheitsbehörden vor große Herausforderungen. Zur Stärkung des Sicherheitsverhaltens und des Sicherheitsgefühls fanden im Mai und Juni 2021 im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Göttingen Veranstaltungen unter dem Motto: „Stark für die Demokratie – Sicherheit von Amts- und Mandatsträgerinnen und -trägern sowie Personen des öffentlichen Lebens“ statt.

Sachbeschädigung und Diebstahl
Im Vorfeld der Wahlen kam es im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Göttingen zu Sachbeschädigungen an Wahlplakaten verschiedener Parteien und Einzelpersonen. Auch mit dem Diebstahl von Wahlplakaten versuchten die Täterinnen und Täter, Einfluss auf die Wahlen auszuüben. Die genannten Delikte verdeutlichen beispielhaft die Möglichkeiten eines subtilen Einwirkens auf demokratische Entscheidungsprozesse.
Die seit Beginn der Pandemie auftretenden Einschüchterungsversuche gegen Amts- und Mandatsträgerinnen und -träger sowie Personen, die im Zusammenhang mit der Coronapandemie öffentlich Stellung nehmen oder allgemein medial im Fokus stehen, gestalten sich ganz unterschiedlich. Die Einschüchterungen erfolgen teils im Internet sowie in Form von Drohbriefen, teils aber auch durch Demonstrationen vor privaten Wohnhäusern von Politikerinnen und Politikern. Die bevorstehende Landtagswahl in Niedersachsen in diesem Jahr erfordert staatliche Anstrengungen auch durch die Polizei, um die Sicherheit dieses Personenkreises und den Schutz unserer Demokratie zu gewährleisten.

Radikalisierung im Netz
Eine zentrale Rolle nicht nur bei der Organisation von Corona-Protesten, sondern auch bei der Radikalisierung der Szene spielen soziale Netzwerke und Messengerdienste, insbesondere Telegram. Zum Teil wird in den Chats zur Bekämpfung der demokratischen Grundordnung und zur Anwendung von Gewalt aufgerufen.
Diese Aussagen verdeutlichen, dass es vielen Versammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmern nicht um die Corona-Maßnahmen an sich geht, sondern um die Verunglimpfung des Staates und der Demokratie. Die Bundesinnenministerin, Nancy Faeser, sieht in der Abschaltung des Messengerdienstes Telegram die Ultima Ratio zur Unterbindung solch eines Verhaltens.

Corona-„Spaziergänge“
Die zum Ende des Jahres 2021 und zu Beginn des Jahres 2022 zunehmend kleinteilige Durchführung von als Versammlungen einzuordnende Spaziergängen durch Corona-Kritikerinnen und -Kritiker erschwert die Arbeit der Sicherheitsbehörden. In der Regel werden die Zusammenkünfte bei den zuständigen Ämtern nicht als Versammlungen angezeigt. Daher sind die Örtlichkeiten und Zeiten der Corona-Demos im Vorfeld schwer feststellbar.

Bei der Verwendung des Begriffs „Spaziergang“ handelt es sich um eine kommunikative Strategie: Es soll der Eindruck erweckt werden, dass es sich noch nicht einmal um einen politischen Protest handelt, sondern um eine spontane, friedvolle, eher unpolitische und im Grunde bürgerliche Freizeitaktivität. Das ist eine strategische Verharmlosung, insbesondere von radikalen Kräften, mit der man einen bürgerlichen Anschein erwecken will, um in der Mitte der Gesellschaft Anschluss zu finden.

Häusliche Gewalt

Steigende Fallzahlen: Besonderer Fokus liegt auf Prävention

Die Zahl der Straftaten im Bereich der häuslichen Gewalt steigt im Bereich der Polizeidirektion Göttingen seit Jahren kontinuierlich an und hatte im Jahr 2020 mit mehr als 3.300 Fällen den höchsten Wert im Zehn-Jahres-Vergleich erreicht. Da sich diese Tendenz auch für das Jahr 2021 abzeichnete, nahm Polizeipräsidentin Gwendolin von der Osten die Entwicklung zum Anlass, die konsequente Bekämpfung der Gewalt im sozialen Nahraum zum Schwerpunktthema auf allen Ebenen ihres Zuständigkeitsbereichs zu erklären.

Ihre Beweggründe und die Notwendigkeit, Opfern häuslicher Gewalt mit allen polizeilichen Mitteln zur Seite zu stehen, hat Gwendolin von der Osten in einer Videobotschaft an die Mitarbeitenden ihrer Behörde übermittelt und auch die Öffentlichkeit in einem persönlichen Facebook-Beitrag zur Haltung der Polizeidirektion Göttingen angesprochen.

Die Polizei nimmt traditionell eine besondere Rolle in der Bekämpfung häuslicher Gewalt ein. Sie ist oftmals die erste Instanz zur Beendigung der Gewalt, wenn in einem Konflikt keine andere Lösung als der Notruf möglich erscheint. Leider müssen die Einsatzkräfte feststellen, dass es häufig bereits vorangegangene Konflikte gegeben hat, auch mit Gewalt, die nicht angezeigt wurden. Dieses Dunkelfeld zu erhellen und alle – Opfer und Unbeteiligte – auf die ständige Erreichbarkeit der Polizei und vieler anderer Hilfsorganisationen hinzuweisen, bleibt ein wichtiges Anliegen. Der polizeiliche Anteil zur Verhütung und Bekämpfung häuslicher Gewalt ist keine bloße Strafverfolgung, sondern vielmehr die Aufgabe des Rechtsstaates, Opfern zu einem selbstbestimmten Leben ohne Gewalt und ohne Ängste zu verhelfen. Dies braucht professionelles, opferorientiertes und konsequentes Handeln der Polizei und begleitende Unterstützung durch Beratungs- und Interventionsstellen. Damit stellt sich die Polizeidirektion Göttingen der Aufgabe zur Kooperation und Vernetzung.

Häusliche Gewalt hat viele Formen und passiert überwiegend zwischen Menschen, die familiär, in einer Ehe, einer Lebenspartnerschaft oder in anderen intimen Beziehungen zueinanderstehen oder standen. Sie umfasst alle Formen physischer, sexueller und psychischer Gewalt und kommt in allen Bildungs- und Einkommensschichten, in allen Altersgruppen, Nationalitäten und Kulturen vor.

Gewalt als Lösungsmuster

Gewalt im sozialen Nahraum betrifft dabei nicht nur die direkt Betroffenen – auch Kinder erleben und erleiden diese familiäre Gewaltform als Muster zur Konfliktlösung in Partnerschaften und werden als Erwachsene nicht selten selbst Opfer oder gar Täter/-in. Vor diesem Hintergrund macht Gwendolin von der Osten ganz deutlich: „Häusliche Gewalt ist keine Privatsache, die Eskalationsspiralen sind keine Ehedramen und kein ‚Frauenthema'. Häusliche Gewalt ist eine schwere Kriminalitätsform, die es mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu bekämpfen gilt."

Bedeutung digitaler Angebote

Ein wichtiges Angebot, das zudem die Bedeutung digitaler Angebote der Polizei zeigt, ist die Online-Wache. Sie wurde im Zuge der Corona-Pandemie mit weit mehr als 100 Anzeigen intensiv genutzt. Diese Art, sich als Opfer unbemerkt von den Gewaltausübenden an die Polizei zu wenden, hilft auch, dass große Dunkelfeld der Gewalt aufzudecken.

In der Polizeidirektion Göttingen sind daneben weitere Schritte in Planung, um Opfer vor eskalierender Gewalt zu schützen. Ziel ist es, weitere Schutzkonzepte zu entwickeln. Die dazu erforderlichen Instrumente stehen bereit und werden zukünftig als Hochrisikomanagement angewendet werden.

Häusliche Gewalt erkennen, einschätzen und verhindern

In Erinnerung an zwei Frauen, die durch tragische Umstände brutal durch ihre Ex-Partner getötet wurden und stellvertretend für alle weiteren Opfer häuslicher Gewalt sowie vor dem Hintergrund der Ratifizierung der sogenannten Instanbul-Konvention, hat sich die Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden des Themas Häusliche Gewalt angenommen und ein Hochrisikomanagement in Kooperation mit den Landkreisen Hameln-Pyrmont und Holzminden erarbeitet.

Ein Querschnitt aus verschiedenen Organisationseinheiten Einsatz und Ermittlungen, angegliedert an das Fachkommissariat 1 im Zentralen Kriminalermittlungsdienst, wird die Umsetzung in den Dienststellen verantwortlich begleiten und die Kooperation mit den Partnerinstitutionen im Netzwerk zur Bekämpfung und Verhinderung der häuslichen Gewalt als Koordinierungsstelle unterstützen.

Die konzeptionellen Vorbereitungen wurden bereits im Herbst 2019 aufgenommen und sollten im März 2020 mit einer öffentlichkeitswirksamen Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung in die Umsetzungsphase münden. Durch die Corona-Pandemie musste die Veranstaltung ausfallen und konnte erst am 6. Oktober 2021 nachgeholt werden. Das dies trotz Einschränkungen möglich wurde, ist insbesondere der Leiterin der Kompetenzgruppe in der Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden, Kriminaloberkommissarin Patrizia Vukobradovic, in Zusammenarbeit mit den Gleichstellungsbeauftragten der Landkreise Hameln-Pyrmont und Holzminden zu verdanken.

Kooperation unterzeichnet

Dem Anlass entsprechend fanden sich Vertretungen der bislang 36 Kooperationspartnerinnen und -partner im Grohnder Fährhaus an der Weser ein.

Hier wurden die Entwicklung und Erarbeitung der Inhalte einer gemeinsamen interdisziplinären Kooperation und die Umsetzung eines Hochrisikomanagements vorgestellt, begleitet durch einleitende Worte des Leiters der Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden, Matthias Kinzel, und des Landrats Hameln-Pyrmont, Dirk Adomat.

Erkennen, einschätzen, entschärfen – mit dieser Kernbotschaft führte der Gastreferent der Polizeidirektion Braunschweig, Polizeihauptkommissar Frank Hellwig, den Ablauf des Hochrisikomanagements auf den Punkt und teilte seine Erfahrungen in der mittlerweile dreijährigen Umsetzung für die Region Braunschweig mit. Sein Appell für ein gemeinsames unermüdliches Eintreten aller Institutionen zum Schutz der Opfer von häuslicher Gewalt erreichte die Anwesenden und ermutigte sie in ihrem Vorhaben.

In ihrem Schlusswort sagte Polizeipräsidentin Gwendolin von der Osten der Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden und den Landkreisen Hameln-Pyrmont und Holzminden ihre volle Unterstützung zu und würdigte das gemeinsame Engagement ausdrücklich. Die Verhinderung eskalierender Gewalt durch frühzeitiges Erkennen von Risikofaktoren und der Schutz von Opfern nach dem Erleben häuslicher Gewalt sei ihr eine Herzensangelegenheit. Gwendolin von der Osten bestätigte ausdrücklich, dass sie den Auftakt in Grohnde zum Anlass nehmen wird, die interdisziplinäre Zusammenarbeit im Hochrisikomanagement in allen Inspektionen ihres Zuständigkeitsbereiches installieren zu wollen.

Der mit der Veranstaltung eingerichteten Koordinierungsstelle Häusliche Gewalt für die Region Hameln-Pyrmont-Holzminden wünschte sie viel Erfolg in der Umsetzung ihrer gesteckten Ziele.

Bekämpfung von Kinderpornografie

Polizei passt Ermittlungsarbeit an neue Voraussetzungen an

Die Zahl von Ermittlungsverfahren im Bereich der Kinderpornografie ist stetig steigend. Damit verbunden ist ein stark aufwachsendes Volumen auszuwertender digitaler Asservate. Maßgeblich verantwortlich für diesen Trend sind die Meldungen des US-amerikanischen Zentrums für vermisste und ausgebeutete Kinder (NCMEC) an das BKA. Das NCMEC scannt die Datenbestände amerikanischer Internetanbieter und Serviceprovider auf Dateien mit kinderpornografischen Inhalten. Aufgrund einer Rechtsänderung wird künftig mit einer weiteren Zunahme von Provider-Meldungen zu rechnen sein.

Optimierte Bearbeitung

Eine Expertengruppe unter der Leitung des LKA Niedersachsen hat hierzu umfassend die Bearbeitungsstrukturen in diesem Deliktsbereich in der Landespolizei untersucht, mit dem Ziel Handlungsempfehlungen für eine optimierte Bearbeitung weiterzugegeben. Denn trotz des hohen Anstiegs der Fallzahlen soll es weiterhin möglich bleiben, mittels professioneller Ermittlungsarbeit diesen abscheulichen Delikten wirksam entgegentreten zu können. Im Fokus steht hier insbesondere der Schutz der schwächsten Gruppe, die der minderjährigen Opfer.

Oberste Priorität bei Bekanntwerden von Missbrauchsfällen ist das Unterbinden weiterer Tatbegehungen sowie das Herausholen der Täterinnen und Täter aus ihrer Anonymität.

Die Polizeidirektion Göttingen hat in der Bearbeitung von Delikten in diesem Bereich einen besonderen Schwerpunkt erkannt und entsprechende Anpassungen in der Bearbeitung vorgenommen. In einem ersten Schritt wurde Mitte des Jahres 2021 die vorhandene Fachkompetenz in den Polizeiinspektionen in ständigen Ermittlungsgruppen gebündelt, sodass die hochkomplexen Sachverhalte ausschließlich dort bearbeitet werden. Eine wichtige Rolle spielen hier die Datenverarbeitsgruppen (DVG) der Polizei, die die sichergestellten Daten auswertbar aufbereiten.

Im Rahmen der Auswertung sichergestellter pornografischer Dateien unterstützt die Polizeidirektion Göttingen darüber hinaus aktiv die Erprobung der zur Verfügung stehenden Softwaremodule und die Fortentwicklung dieser IT-Lösungen des Landeskriminalamtes im Rahmen der Pilotierung.

Künstliche Intelligenz

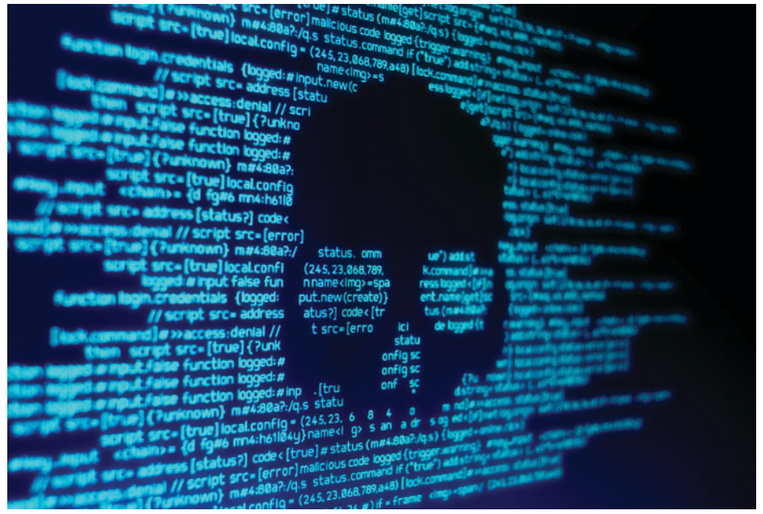
Mit Hilfe eingesetzter künstlicher Intelligenz (KI) soll es künftig möglich sein, schneller pornografische Dateien unter den sichergestellten Speichermedien sichtbar zu machen und zeitnah auf reale Missbrauchsfälle reagieren zu können.

Die Expertengruppe des LKA stellte in ihrer Untersuchung weiterhin fest, dass neben einer guten Ermittlungsarbeit der Polizei auch die enge Zusammenarbeit mit externen Institutionen eine wesentliche Rolle für den Schutz der minderjährigen Opfer spielt.

Mittels fester Ansprechpersonen aufseiten der Polizeiinspektionen und externer Institutionen sowie der Einrichtung sogenannter sicherer „Meldeketten" wurden weitergehende Regelungen und Möglichkeiten geschaffen, Hinweise an die verantwortlichen Stellen weiterzugeben. Hiermit wird es möglich sein, Informationen zu bündeln, in einer Gefahrenbewertung zusammenfließen zu lassen und Sofortmaßnahmen, wie die vorsorgliche Herausnahme des Kindes aus dem gefährlichen Umfeld, umzusetzen.

Cybercrime

Cyber-Resilienz ist eine große Aufgabe von Unternehmen



Die Digitalisierung und der damit einhergehende Anstieg an Cyber-Kriminalität stellen hohe Anforderungen an die IT-Sicherheit in der Wirtschaft. Die Gefahren für Verfügbarkeit, Vertraulichkeit und Integrität betrieblicher IT-Infrastruktur, Unternehmensdaten und Geschäftsprozesse steigen zunehmend. Damit wächst das Risiko, hohe materielle Schäden bis hin zur Existenzbedrohung zu erleiden.

Die vom Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen e.V. (KfN) und dem L3S-Forschungszentrum der Leibniz Universität Hannover im Forschungsprojekt „Cyberangriffe gegen Unternehmen" festgestellten Befunde sind alarmierend; so zum Beispiel, dass etwa zwei Fünftel der befragten Unternehmen in den letzten zwölf Monaten auf mindestens einen Cyberangriff reagieren mussten. Auch wenn Cyber-Kriminelle vorwiegend dort angreifen, wo es sich aus ihrer Sicht finanziell lohnt, und damit zielgerichtet wirtschaftlich starke Unternehmen, kritische Infrastruktur und öffentliche Einrichtungen in den Fokus nehmen, ist auch der Mittelstand erheblich betroffen.

Insbesondere Kleinstunternehmen, kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sowie Freiberufler/-innen verfügen nicht durchgängig über ein hinreichend ausgeprägtes Risikobewusstsein, die erforderliche Umsetzungskraft und IT-Fähigkeiten, um sich effektiv gegen Cyber-Angriffe zu schützen.

Datenverschlüsselungen mittels Ransomware und DDoS-Attacken stellen derzeit die größten Cyber-Bedrohungen für Unternehmen dar. Im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Göttingen waren im Jahr 2021 von der Arztpraxis über Handwerksbetriebe, mittelständische Produktionsunternehmen bis hin zu weltweit agierende Konzernen von Cyber-Attacken betroffen.

Ein zur Abwehr notwendiges, ganzheitliches IT-Sicherheits- und Risikomanagement, das die Wahrscheinlichkeit eines erfolgreichen Angriffs minimiert, ist eine komplexe und andauernde Aufgabe. Sie erfordert neben Fachexpertise auch technische und organisatorische Ressourcen und verursacht damit Kosten. Selbst wenn individuell angepasste Schutzmaßnahmen keine 100-prozentige Sicherheit bieten und auch Unternehmen mit einer ausgeprägten Cyber-Resilienz schadensträchtige Cyber-Attacken erleiden, ist ein bedarfsgerechtes IT-Sicherheitsmanagement Selbstverpflichtung und „Chefsache". Die polizeiliche Aufgabe – auf Ebene einer Flächenpolizeibehörde – besteht neben der Repression durch strafrechtliche Ermittlungen bei Cyber-Kriminalität in der Prävention und damit Vorbeugung vor Cyber-Angriffen durch vorrangig (verhaltensorientierte) Information und Vermittlung allgemeiner Cyber-Sicherheitsempfehlungen im Bedarfsfall.

Weitere Infos

Allianz für Cybersicherheit:
www.allianz-fuer-cybersicherheit.de/

Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI):
www.bsi.bund.de

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie - Mittelstand – Digital:
www.mittelstand-digital.de

Deutschland sicher im Netz (DsiN) (Schirmherrschaft Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat):
www.sicher-im-netz.de

Digitalagentur Niedersachsen:
www.digitalagentur-niedersachsen.de

Zentrale Ansprechstelle Cybercrime (ZAC) für die niedersächsische Wirtschaft des LKA Niedersachsen:
www.zac-niedersachsen.de

Bundeskriminalamt (BKA):
https://www.bka.de/DE/UnsereAufgaben/Deliktsbereiche/Cybercrime/cybercrime_node.html

POLIZEIDIREKTION
GÖTTINGEN

Zentrale Kriminalinspektion

Chat-Auswertung bringt Ermittler auf die Spur von Drogenhändlern

Die Zentrale Kriminalinspektion (ZKI) der Polizeidirektion Göttingen hat im Zuge eines umfangreichen Ermittlungsverfahrens im Spätsommer 2021 im Landkreis Hameln-Pyrmont zwei Indoor-Plantagen entdeckt. Auf die Spur sind die Ermittlerinnen und Ermittler bei der Auswertung von Chats gekommen.

Die ZKI führte unter der Sachleitung der Schwerpunkt-Staatsanwaltschaft zur Bekämpfung krimineller Clanstrukturen in Hildesheim seit Anfang des Jahres 2021 ein Verfahren wegen des Verdachts des bandenmäßigen Handels mit Betäubungsmitteln (insbesondere Marihuana) in nicht geringer Menge gegen insgesamt acht aus dem Kosovo und Albanien stammende Beschuldigte.

Der Einstieg in die umfangreichen hiesigen Ermittlungen wurde durch die Auswertung entschlüsselter Kryptohandy-Kommunikation möglich.

Diese Chats begründeten den Verdacht, dass die Beschuldigten im Frühjahr 2020 illegal Betäubungsmittel im Kilobereich von Belgien aus nach Deutschland eingeführt und veräußert haben, und darüber hinaus auch eigene Indoor-Plantagen im Bereich Hameln betrieben haben.

Das Chat-Auswerteergebnis konnte in den darauffolgenden Monaten zunächst einmal durch eine enge Zusammenarbeit mit der belgischen Polizei in Lanaken/Maasmechelen untermauert werden. So ergaben gemeinsame Ermittlungen, dass ein 36-jähriger Beschuldigter mindestens seit Dezember 2019 in Maasmechelen/Belgien ein Haus angemietet hatte, in dem eine Indoor-Plantage zur Aufzucht von Marihuana-Pflanzen untergebracht war – und die im April 2020 zu einer Ernte von mehr als 28 Kilogramm Marihuana geführt hatte.

Intensive operative Maßnahmen führte ndarüber hinaus – passend zu der genannten Chat-Auswertung – zur Ermittlung der beiden Indoor-Plantagen im Landkreis Hameln-Pyrmont.

Auf der Grundlage dieses Ermittlungsergebnisses erließ das Amtsgericht Hildesheim in der letzten Augustwoche 2021 auf Antrag der Staatsanwaltschaft Hildesheim zwölf Durchsuchungsbeschlüsse für Objekte im Bereich Hameln-Pyrmont, die kurz darauf in einer konzertierten Aktion umgesetzt wurden. Ferner ergingen sieben Haftbefehle, von denen drei im Rahmen der Durchsuchungen vollstreckt werden konnten.

Bei den Durchsuchungen wurden dann erwartungsgemäß die beiden Indoor-Plantagen aufgefunden: Eine professionell eingerichtete Indoor-Plantage mit mindestens 500 Pflanzen befand sich dabei in einem leerstehenden Einfamilienhaus in Bad Pyrmont.

Eine weitere abgeerntete, professionell betriebene Indoorplantage wurde in einem ebenfalls leerstehenden Haus in Hessisch Oldendorf gefunden. Die polizeiliche Observation des Objekts scheint den Beschuldigten im Vorfeld aufgefallen zu sein – sie versuchten in einer nächtlichen Aktion mehr als 800 Cannabispflanzen zu entsorgen. Diese konnten durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Zentralen Kriminalinspektion jedoch bereits im Vorfeld aufgefunden und sichergestellt werden.

Bei der Durchsuchung der weiteren Objekte wurden etwa 1,5 Kilogramm Marihuana aufgefunden. Aufgrund erlassener Vermögensarreste wurden darüber hinaus mehr als 75.000 Euro Bargeld sowie drei neuwertige Fahrzeuge im Schätzwert von mehr als 42.000 Euro sichergestellt.

Die damalige Leiterin Ermittlungen der ZKI, Polizeirätin Dilek Baydak-Stadelmann, weist darauf hin, dass dieser Schlag gegen die Clan-Kriminalität letztlich die Folge der engen, vertrauensvollen Zusammenarbeit der Zentralen Kriminalinspektion mit der Schwerpunktstaatsanwaltschaft in Hildesheim sowie mit den Drogenfahnderinnen und -fahndern der Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden gewesen ist.

Zentrale Kriminalinspektion

Ermittler vereiteln weltweite Cyberattacken auf Unternehmen

Ein weltweit operierendes niedersächsisches Unternehmen ist im vergangenen Jahr Opfer eines Hackerangriffs geworden. Von einer Minute auf die andere war die Arbeit lahmgelegt. Kein Computer, kein Telefon, kein Fax, keine Produktion. Nichts funktionierte. Alles war verschlüsselt. Die Ermittlerinnen und Ermittler der Zentralen Kriminalinspektion der Polizeidirektion Göttingen konnten dem Unternehmen jedoch helfen.

Die „Angreifer“ hatten sich in die Firmen-IT geschlichen, das Unternehmen ausgespäht und später alles verschlüsselt. Über einen E-Mail-Anhang hatten sich die Täter Zugriff verschafft und sich über Monate in der Systemwelt „umgeschaut“, die Ransomware platziert und final an weltweiten Standorten hunderte Server verschlüsselt. Sie hinterließen ein Erpresserschreiben, auf das das Unternehmen nicht reagierte.
Einem amerikanischen Cybersecurity-Unternehmen gelang es unter anderem, mithilfe einer Malware-Analyse die Daten des Unternehmens wiederherzustellen. Die Erpressungsversuche der Täter liefen ins Leere, weil das Unternehmen die Nerven behielt, keine Zahlungen leistete und sich mit der Polizei in Verbindung setzte.

Was folgte waren Kryptowährungsermittlungen, Serverbeschlagnahmen, Auswertungen sowie Datenabgleiche mit nationalen und internationalen Behörden, unter anderem mit dem FBI. Die gute bundesweite und internationale Vernetzung hat sich ausgezahlt. Zahlreiche Unternehmen, die aus den beschlagnahmten Serverdaten ermittelt werden konnten, wurden über das Bundeskriminalamt und dessen internationale Kontakte mit einer von den Ermittlerinnen und Ermittlern gesteuerten Warnmeldung erreicht. Diese sind oder waren Ziel dieser Hackergruppierung. Dieses Gefahrensignal brachte präventive Erfolge, so dass Unternehmen finalen Verschlüsselungen entgegenwirken konnten.
Das Verfahren fand einen erfreulichen Abschluss insofern, als dass ein kanadisches Unternehmen sich ausdrücklich für die in Deutschland geführten Ermittlungen bedankte, denn die Täter bewegten sich bereits in der Firmen-IT des Unternehmens und bereiteten ihre Tat vor. Dank der in der ZKI Göttingen geführten Ermittlungen und der Zusammenarbeit mit dem Bundeskriminalamt und weiteren internationalen Polizeibehörden konnte die Verschlüsselung der IT rechtzeitig verhindert und Schaden abgewendet werden.
Der Dank der kanadischen Firma wurde vom BKA direkt an die Ermittler der ZKI Göttingen weitergegeben, was neben der Freude über die Anerkennung des Ermittlungserfolgs auch die Motivation für derartige Ermittlungen aufs Neue beflügelt. Der Fall zeigt nicht zuletzt: Die eigene IT-Sicherheit sollte allen Unternehmen am Herzen liegen.

Verkehrssicherheitsarbeit

Sicher auf der Straße unterwegs

Verkehrslagebild

Polizeidirektion Göttingen reagiert mit vielfältigen Maßnahmen auf eine sich wandelnde Mobilität und neue Trends auf der Straße

Sicherheit im Straßenverkehr ist ein Grundbedürfnis des Menschen und wichtiges Merkmal individueller Lebensqualität. Daher hat die Verkehrssicherheitsarbeit in der Polizeidirektion Göttingen einen hohen Stellenwert.

Die Verkehrssicherheitsarbeit der Polizei orientiert sich unter anderem am Weißbuch der Europäischen Union und der darin postulierten „Vision Zero" – also dem langfristigen Ziel, die Zahl der tödlich Verletzten und Schwerverletzten im Straßenverkehr bis zum Jahr 2050 auf Null zu reduzieren.

Eine Herausforderung hierbei ist unter anderem die äußerst dynamische gesellschaftliche Entwicklung, insbesondere im Bereich der Fortbewegung, die durch neue Mobilitätsformen, wie beispielsweise E-mobility, zunehmende Digitalisierung und gegenseitige Vernetzung (connecting mobility) sowie hohe individuelle Ansprüche beeinflusst wird.

Dieser Entwicklung begegnet die Polizei Niedersachsen mit der Fachstrategie Verkehr. Die Zielsetzung: Mehr Verkehrssicherheit in Niedersachsen. Das Modell der Fachstrategie Verkehr beruht auf zwei Säulen: der operativen Schwerpunktsetzung und der Organisationsanalyse.

Umwelttrends im Blick

In der operativen Schwerpunktsetzung wurden sechs relevante Umwelttrends mit unmittelbaren Auswirkungen auf die Verkehrssicherheit identifiziert. Hierbei handelt es sich um neue Mobilitätsformen, gewerblichen Güter- und Personenverkehr, altersspezifische Risikogruppen, Radverkehr, risikobehaftetes Verhalten und Automotive IT.
Diesen Umwelttrends wurden und werden konkrete strategische Zielsetzungen und operationalisierte Maßnahmen der Verkehrssicherheitsarbeit zugeordnet. Die Organisationsüberprüfung behandelt ergänzend die Themen Verkehrsunfallprävention, Verkehrsüberwachung und die Verkehrsunfallaufnahme und -bearbeitung.

Die polizeiliche Verkehrssicherheitsarbeit ist, analog zur Zielsetzung „Vision Zero", primär darauf fokussiert, Verkehrsunfälle mit Schwerverletzten oder gar Todesopfern zu verhindern. Dabei spielt das Gesamtvolumen des Straßenverkehrs eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Weniger schwere Unfälle

Aufgrund der Corona-Pandemie und den damit verbundenen Einschränkungen kam es auch im Jahr 2021 zu einer Verringerung des Verkehrsaufkommens. Unter anderem diese Abnahme führte letztlich zu einer positiven Entwicklung der Verkehrsunfallzahlen, wobei insbesondere die Verkehrsunfälle mit schweren Folgen (703) und die Anzahl der getöteten Verkehrsteilnehmenden (49) einen Tiefststand im mehrjährigen Vergleich erreicht haben bzw. auf einem niedrigen Niveau stagnieren.

Um diese erfreuliche Entwicklung von polizeilicher Seite auch weiterhin unterstützen zu können, sind die Maßnahmen der Fachstrategie Verkehr darauf ausgerichtet, die Menschen für die Gefahren im Straßenverkehr zu sensibilisieren sowie die Eigenverantwortung und die gegenseitige Rücksichtnahme zu fördern. Vor diesem Hintergrund richtet die Polizei in ihrer Verkehrssicherheitsarbeit insbesondere einen Fokus auf nach Alter und Verkehrsbeteiligungsart ausgewählte Zielgruppen.

Hierbei handelt es sich beispielsweise um Fahrrad- und Motorradfahrende, Seniorinnen und Senioren, „schwächere" Verkehrsteilnehmende, wie Kinder

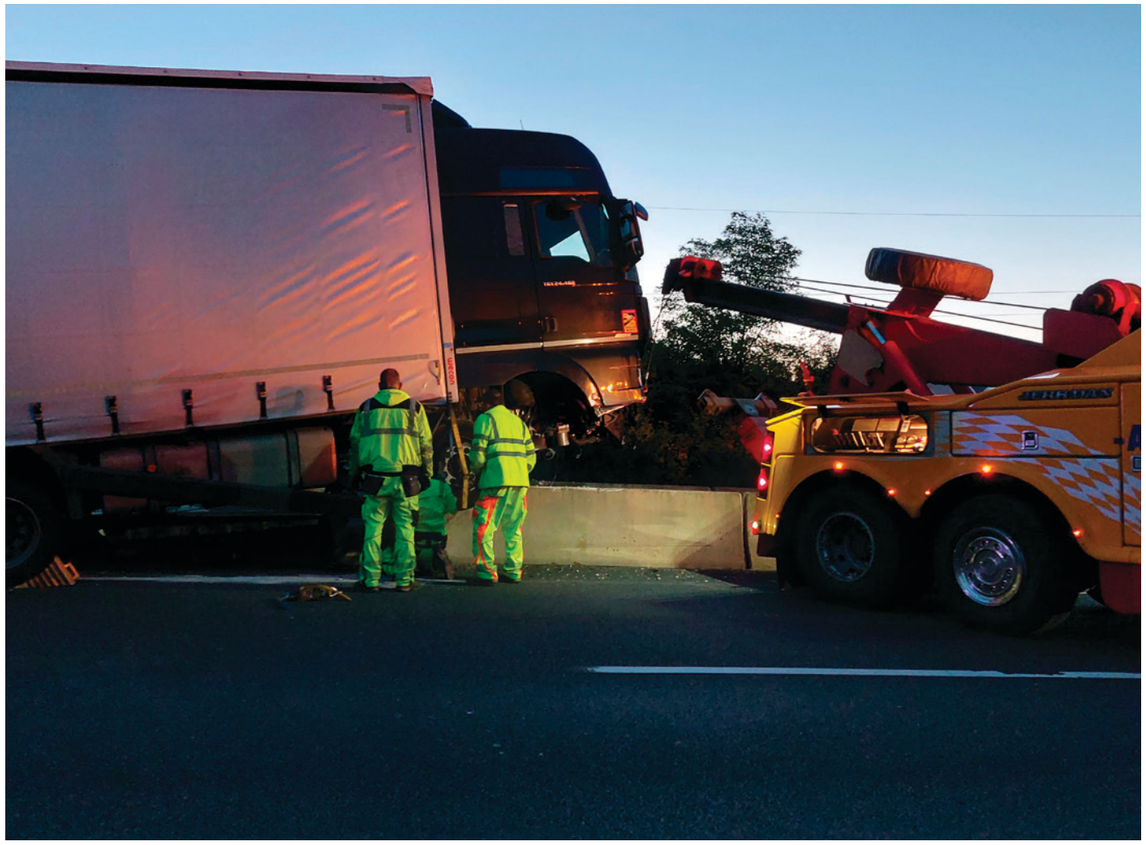
Verkehrsunfallstatistik 2021

29.859 Vekehrsunfälle gesamt
1.109 davon mit Fahrradbeteiligung
77 davon mit Beteiligung Elektrokleinstfahrzeug

702 schwerwiegende Verkehrsunfälle
108 davon mit Fahrradbeteiligung
25 davon mit Pedelecbeteiligung
7 davon mit Beteiligung Elektrokleinstfahrzeug

49 getötete Personen
769 schwerverletzte Personen
944 unfallbeteiligte Kinder und Jugendliche
961 unfallbeteiligte Motorradfahrende
391 Unfälle mit Unfallursache Alkohol
104 Unfälle mit Unfallursache Drogen oder Medikamente

Verkehrsverstöße und Ahndungen
2.719 Verstöße im Zusammenhang mit Alkohol und Drogen
46.829 Geschwindigkeitsüberschreitungen
8.275 Ablenkung durch elektronische Geräte
9.916 Nichtanlegen des Sicherheitsgurtes
26.412 Transaktionen/Telecash



oder Fußgängerinnen und Fußgänger, sowie Fahranfängerinnen und -anfänger. Die Hauptunfallursachen als besonders unfallträchtige Verhaltensweisen werden ergänzend in Vorträgen thematisiert.
Zudem gehören auch sogenannte Elektrokleinstfahrzeuge mittlerweile zum allgemeinen Stadtbild und finden umfassende Beachtung in der polizeilichen Präventionsarbeit. Der Radverkehr mit dem durch einen Elektromotor unterstützten Antrieb (Pedelecs) nimmt dabei als derzeitiger Megatrend mit hohem Wachstumspotential einen immer größer werdenden Stellenwert ein.

Im Bereich des gewerblichen Güterkraft- und Personenverkehrs erfolgt ferner eine spezialisierte Überwachung durch die besonders ausgebildeten Beamtinnen und Beamte der Regionalen Kontrollgruppe (RKG). Zusätzlich steht die spezialisierte Kontrollgruppe Krad (SKG Krad) für die Überwachung des motorisierten Zweiradverkehrs als Aufrufeinheit der Polizeidirektion Göttingen zur Verfügung.

Hauptunfallursachen

Die Hauptunfallursachen waren auch 2021 wieder überhöhte sowie nicht angepasste Geschwindigkeit, falsches Überholen, Alkohol- und Drogenbeeinflussung im Straßenverkehr, Ablenkung durch mobile Endgeräte sowie Vorfahrt, Vorrang und Abstand.
Im Mittelpunkt der Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen stehen neben diesen Verstößen aber auch die Überprüfung der Gurtpflicht. Das Nichtanlegen des Sicherheitsgurtes kann bei einem Verkehrsunfall tödliche Folgen haben. Ein angelegter Sicherheitsgurt und auch der getragene Fahrradhelm retten Leben.

Prävention

Die Polizei greift in ihrer Präventionsarbeit, neben einer Vielzahl bewährter Konzepte auch hochaktuelle Themen wie technische Entwicklungen im Automobil-, Lkw- und Radverkehrsbereich sowie bei anderen Fortbewegungsmitteln der „future mobility" auf und arbeitet dabei regelmäßig mit unterschiedlichen Netzwerkpartnerinnen und -partnern, wie Behörden, Verbänden oder der Landesverkehrswacht, zusammen. Zudem können, auf Grundlage örtlicher Verkehrsunfallanalysen, gezielt Schwerpunkte auf bestimmte besonders belastete Bereiche gesetzt werden. Ein Beispiel dafür ist die landesweite Kampagne „Mein Tempo… Mein Leben!", die im Kontext „überhöhte und nicht angepasste Geschwindigkeit" auf die Gefahr von Baumunfällen, gerade auf Landstraßen außerhalb geschlossener Ortschaften, hinweist.

Neue Mobilität und Radverkehr

Digital, elektrisch und automatisiert auf den Straßen unterwegs

Der Verkehr von morgen ist elektrifiziert, digitalisiert und automatisiert – und begeistert immer mehr Menschen. Auch die Polizei hat die Entwicklungen genauestens im Blick.

Die Mobilität spielt in unserem gesellschaftlichen Zusammenleben in fast allen Lebensbereichen eine entscheidende Rolle. Mobilität bedeutet für uns, überhaupt erst am gesellschaftlichen Leben partizipieren zu können, da bei fast allen Lebensentscheidungen die Erreichbarkeit von Orten eine große Rolle spielt. Der moderne Mensch ist immer unterwegs, ob beruflich oder privat, ob mit Fahrrad, Auto, Zug oder Flugzeug. Mobilität bedeutet dabei aber mehr als nur Verkehr und die Überwindung von Raum und Zeit. Sie wird mit geistiger Freiheit und mit Flexibilität verbunden und erfordert, unter anderem im Hinblick auf alternative Antriebsarten und dem bereits fortgeschrittenen Prozess „weg vom Verbrennungsmotor, hin zu weniger CO_2-Emissionen sowie mehr Sicherheit und Komfort“ auch eine hohe Bereitschaft zur Veränderung.

Die Elektromobilität mit ihren innovativen Technologien eröffnet der Gesellschaft dabei zum Beispiel neue Möglichkeiten, sich effizienter und klimabewusster fortzubewegen. Elektrofahrzeuge verfügen bereits jetzt über diverse Assistenzsysteme wie beispielsweise Antiblockiersysteme (ABS) oder elektronische Spurhalteassistenten (Stabilitätsprogramm-ESP); zudem werden Fahrzeuge auch immer „intelligenter“ und kommunizieren untereinander und auch mit ihrer Umwelt. So können beispielsweise Fahrbahnbegrenzungen sowie auch Rotlichter von Signalanlagen automatisch erkannt und entsprechende Reaktionen des Fahrzeugs automatisch eingeleitet werden. Das mag für manche Verkehrsteilnehmende noch befremdlich klingen, ist aber bereits Realität.

Der Fortschritt birgt aber auch einige Risiken, die sich aus der Vernetzung von Fahrzeugtechnik und Internetschnittstellen ergeben. Cybersicherheit, Datensammlungen von Fahrzeugherstellern, unter anderem zu Standortdaten, aber auch Sicherheitslücken bei Ladekarten für E-Tankstellen sind Probleme, mit denen sich die Sicherheitsbehörden zukünftig auseinandersetzen müssen. Gleichermaßen sind Möglichkeiten der Auswertung und Nutzung von digitalen Fahrzeugdaten für die polizeiliche Unfallrekonstruktion oder für operative Maßnahmen zur Kriminalitätsbekämpfung vorhanden und erleichtern die Ermittlungsarbeit immens.

Neue Mobilitätsformen werden zukünftig, insbesondere in den innerstädtischen Gebieten, die bereits vorhandene Vielfalt bereichern, eine noch nie dagewesene Durchmischung von Verkehrsbeteiligungsarten zur Folge haben und auch zwangsläufig zu einer deutlichen Veränderung der Unfallszenarien beitragen. Auf diese Veränderungen des gesellschaftlichen Mobilitätsverhaltens und die damit verbundenen Folgen muss sich die Polizei intensiv vorbereiten, um auch weiterhin eine effektive und effiziente Verkehrssicherheitsarbeit gewährleisten zu können.
In Niedersachsen wird die beschriebene Entwicklung polizeilich mit der Fachstrategie Verkehr, die auf zwei Säulen basiert, begleitet. Die 1. Säule ist die operative Schwerpunktsetzung mit sechs identifizierten Umwelttrends.
In der 2. Säule beschäftigt sich die Polizei mit der Verkehrsunfallprävention, der Verkehrsüberwachung und der Unfallaufnahme. Sie nutzt dabei ihre vorhandenen Analysemöglichkeiten, um sich frühzeitig auf Entwicklungen einstellen zu können. Dabei liegt der Fokus zudem auch auf einer vorausschauenden Aus- und Fortbildung, um flexibel und qualifiziert auf mögliche Veränderungen reagieren zu können und dadurch insgesamt den berechtigten Anspruch der Bürgerinnen und Bürger auf eine sichere, umweltverträgliche und sozialadäquate Gewährleistung der Mobilitätsbedürfnisse bestmöglich erfüllen zu können. Dieser Anspruch ist Leitgedanke und wesentlicher Maßstab für die Polizeiarbeit und findet umfassende Berücksichtigung in der polizeilichen Verkehrssicherheitsarbeit.

Fahrradmobilität

Der Radverkehr bedeutet für die Menschen mehr Lebensqualität in den Städten und Gemeinden. Darüber hinaus spart Radverkehr Energie, Platz, entlastet von Lärm und Abgasen, fördert die Gesundheit und bietet beste Voraussetzungen für eine nachhaltige städtebauliche und verkehrstechnische Entwicklung.
Mit dem Fahrrad oder Pedelec zur Arbeit, zur Schule oder zur Ausbildungsstätte, für die Freizeit oder den Urlaub: Das Fahrrad ist in Deutschland ein „Megatrend“, der durch die Corona-Pandemie eine weitere Steigerung erfahren hat. Das Fortbewegungsmittel ist für die alltägliche Mobilität unverzichtbar und wird von immer mehr Menschen, vor allem bei Distanzen von bis zu 15 Kilometern, intensiv genutzt. Vor diesem Hintergrund ist es das gesellschaftliche und politische Ziel, den Radverkehr im Fahrradland Niedersachsen noch weiter voranzubringen. Aus diesem Grund wurde im März 2021 das Fahrradmobilitätskonzept „Radverkehr neu denken“ veröffentlicht.
Die Förderung des Radverkehrs wird in diesem Zusammenhang den Anteil der mit dem Fahrrad zurückgelegten Wege vermutlich auf 20 Prozent im Jahr 2025 steigern. Dazu sollen in den kommenden Jahren knapp 50 Maßnahmen in sieben unterschiedlichen Handlungsfeldern umgesetzt werden. Diese sollen die Akzeptanz des Radverkehrs noch weiter verbessern, den bereits hohen Radverkehrsanteil weiter steigern, die Fahrradinfrastruktur optimieren und die Verkehrssicherheit erhöhen.

Der steigende Anteil des Radverkehrs am Verkehrsaufkommen, insbesondere die verstärkte Nutzung von Pedelecs, und die damit einhergehende Möglichkeit, höhere Geschwindigkeiten zu fahren, steigert jedoch auch das Risiko an einer Unfallbeteiligung mit schwerwiegenden Folgen. Der Radverkehr war aus diesem Grund in den Jahren 2020 und 2021 bereits Leitthema in der polizeilichen Verkehrssicherheitsarbeit. Wie auch beim klassischen Kraftfahrzeugverkehr entwickelt die Polizei, auf Grundlage der polizeilichen Verkehrsunfallanalyse und gemeinsam mit anderen Trägern der Verkehrssicherheitsarbeit sowie begleitet durch zielgerichtete Öffentlichkeitsarbeit, Maßnahmen und Methoden, um die Verkehrssicherheit, gerade auch des Radverkehrs, weiter positiv zu beeinflussen.
So wendet sich die Polizei im Rahmen der Präventionsarbeit etwa mit den Programmen, „Fit mit dem Fahrrad“ oder „Fit mit dem Pedelec“ an die Zielgruppe der schwächeren Verkehrsteilnehmenden und somit auch an die Radfahrenden. Besonders betroffen sind Seniorinnen und Senioren, die in der Vergangenheit an schweren Unfällen mit Radbeteiligung besonders beteiligt gewesen sind.
Zudem wird in einer Vielzahl von Vorträgen auch auf das Phänomen „Toter Winkel“ hingewiesen, da es gerade aufgrund dessen immer wieder zu schwerwiegenden Unfällen zwischen abbiegenden Fahrzeugen und Radfahrenden kommt, die leider oftmals tödlich ausgehen.
Regelwidriges Fahrverhalten und Manipulationsmöglichkeiten zur Leistungssteigerung erhöhen zusätzlich das Unfallrisiko. Hier wird die Polizei zur Verhinderung negativer Entwicklungen auch weiterhin zielgerichtete Kontrollen durchführen und Verstößen konsequent begegnen.

500 Tonnen, neun Kilometer, vier Stunden

Schwertransporte werden oftmals von der Polizei begleitet. Sie erfordern zumeist viel Planung und Fingerspitzengefühl

Spediteure, deren Schwertransporte bestimmte Maße überschreiten, sind verpflichtet, die Polizei im Anhörungs- und Genehmigungsverfahren zu beteiligen. Diese Transporte werden entweder von der Polizei selbst oder von sogenannten Hilfspolizeibeamten (HiPo) begleitet. In der Polizeidirektion Göttingen wurden im vergangenen Jahr 1068 dieser Großraum- und Schwertransporte begleitet. 852 der Transporte sind von Hilfspolizeibeamten begleitet worden – also nahezu 80 Prozent. Weiterhin wurden insgesamt 2.201 Anhörungen bearbeitet und in den 1.900 gefertigten Stellungnahmen Auflagen erteilt, um die Transporte sicher ans Ziel zu bringen.

> Punktuell verlegte eine Spezialfirma zum Schutz der Fahrbahn sowie zur Entlastung von Brücken Stahlplatten auf der Straße und montierte unter anderem Straßenschilder ab.

Es gibt allerdings auch Transporte, die von der Vollzugspolizei begleitet werden müssen – wie im Mai 2021, als das Dezernat 12 der Polizeidirektion eine Anmeldung eines Transports mit außergewöhnlichen Maßen erhielt und der am 2. Juni des Jahres von Emmenhausen nach Hardegsen begleitet wurde.
Der Transport – es handelte sich dabei um einen Transformator – hatte eine Länge von 52,5 Metern und ein Gesamtgewicht von 504 Tonnen. Die Umladung des 343 Tonnen schweren Transformators erfolgte bereits am Vortag von der Schiene auf das Straßentransportfahrzeug.
Vier Streifenwagenbesatzungen der Polizeiinspektionen Northeim und Göttingen sowie ein Motorrad der Johanniter-Unfallhilfe brachten den Schwertransport schließlich sicher ans Ziel.
Ein Ingenieur der DEKRA überprüfte den Transport vor Abfahrt auf seine Betriebs- und Verkehrssicherheit und dokumentierte die Ergebnisse in einem Gutachten. Eine Abfahrtkontrolle bestätigte die Werte von ca. 21 Tonnen der jeweils 24 Achsen mit insgesamt 192 Rädern anhand der Achslastverwiegungen.
Am Abend startete der Transport schließlich zum Umspannwerk nach Hardegsen – neun Kilometer entfernt. Punktuell verlegte eine Spezialfirma zum Schutz der Fahrbahn sowie zur Entlastung von Brücken Stahlplatten auf der Straße und montierte unter anderem Straßenschilder ab. Aufgrund der Ausmaße wurde jedes Abbiegemanöver zu Millimeterarbeit.

Die Zusammenarbeit zwischen dem Spediteur, den Behörden und Dienststellen verlief beispielhaft. Zu größeren Verkehrsstörungen kam es auf der vierstündigen Fahrt nicht – der Transport erreichte sein Ziel ohne Zwischenfälle.

Im Portrait

Die Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg

Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,

wenngleich zu Jahresbeginn 2021 in unserer aller Herzen sicherlich noch die große Hoffnung bestand, dass die Pandemie in diesem Jahr bezwungen werden und die Bevölkerung zur Normalität zurückkehren kann, hat sie leider auch das vergangene Jahr durchweg stark geprägt: Welle um Welle, Wechsel von Lockerungen zu Lockdowns, erneute Kontaktbeschränkungen – mit allen Folgen für Familien, medizinische Versorgung, Schulbetrieb und Wirtschaft. Jeder Bereich des Lebens war letztlich betroffen. Wir alle waren gezwungen, uns innerhalb kürzester Zeit und immer wieder darauf einzustellen. Existentielle Ängste verschärften sich. Einige haben Angehörige oder Freunde verloren.

Ermutigend war und ist die gesellschaftliche Akzeptanz der pandemiebedingten Maßnahmen in den Landkreisen Nienburg und Schaumburg. Ungeachtet aller Rückschläge wurden Zusammenhalt und Solidarität in den weit überwiegenden Teilen der Bevölkerung wie im Vorjahr gelebt. Das war nicht immer leicht. Aber die gemeinsame Verantwortung annehmend, haben die Menschen in unserer Region und alle Institutionen – und ich denke, auch die Polizei – mit großer Ausdauer und Augenmaß dazu beigetragen, dass die Pandemie eben nicht zu einer Spaltung der Gesellschaft führt.

Dass aber auch viele Menschen große Sorgen beim Thema Impfen bewegt haben, hat die Entwicklung der Versammlungen zum Jahresende gezeigt, deren friedlichen Verlauf wir dank angemessener Einsatzkonzepte und weit überwiegend kooperativen Verhaltens der Teilnehmenden aber gewährleisten konnten. Und dass diese Sorgen von Wenigen für eigene Interessen missbraucht werden sollten, war auch unübersehbar – die Menschen hier aber haben das erkannt und den demokratiefeindlichen Spaltungsversuchen keinen Raum gegeben!

Auf den folgenden Seiten möchten wir Ihnen einen umfassenden und tieferen Einblick in unsere vielfältige polizeiliche Arbeit sowie die weiteren Herausforderungen des vergangenen Jahres geben, denen wir uns neben der Pandemie auch gestellt haben. Die Digitalisierung hat während der Pandemie noch einmal mehr Fahrt aufgenommen. Über soziale Netzwerke möglichst jede Altersgruppe zu erreichen, ist uns ein großes Anliegen, aber vor allen Dingen auch, in diesen präsent und für Sie ansprechbar zu sein. Sie sollen sich in der Öffentlichkeit, aber genauso im Internet sicher fühlen und wissen, dass wir für Sie da sind.
Darüber hinaus informieren wir Sie auch über die stets aktuellen Themen wie das Verkehrslagebild sowie die Kriminalitätsentwicklung der Landkreise Nienburg und Schaumburg. Ich bin stolz Ihnen mitteilen zu können, dass wir gute Arbeit für Sie geleistet haben und Sie im landesweiten Vergleich weiterhin sehr sicher leben. Seit einigen Jahren zeigt sich aber auch eine traurige Entwicklung in den Bereichen „Häusliche Gewalt“ und „Straftaten zum Nachteil älterer Menschen“, weshalb wir diesen Themen auch hier eine besondere Aufmerksamkeit widmen.
Eine Neuheit sind Berichte unserer Polizeikommissariate und der Wasserschutzpolizei, in denen wir von herausfordernden Einsätzen, aber auch besonderen Präventionsaktionen berichten.

Wir möchten Ihnen zeigen, was uns bewegt und natürlich auch, was wir für Sie bewegen. Jetzt habe ich erstmal genug verraten. Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen! Und bleiben Sie gesund!

Ihr

Mathias Schröder
Leitender Polizeidirektor
Leiter Polizeiinspektion Nienburg/ Schaumburg

Die PI im Überblick

Polizeikommissariat Hoya

Wasserschutzpolizei Nienburg

Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg

Polizeikommissariat Stolzenau

Polizeikommissariat Bad Nenndorf

Polizeikommissariat Bückeburg

Polizeikommissariat Stadthagen

Polizeikommissariat Rinteln

Nachwuchs-gewinnung in der PI Nienburg/ Schaumburg

Polizeinachwuchs aus der Heimat für die Heimat

Um auch weiterhin ihren vielfältigen Aufgaben und Herausforderungen gerecht zu werden, benötigt die Polizei Jahr um Jahr motivierten Nachwuchs. Allerdings war die Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg auch 2021 pandemiebedingt herausgefordert, neue Wege für eine gute Nachwuchswerbung zu finden.

Mit dem Ziel, Bewerberinnen und Bewerber aus der Region anzusprechen und diese für die PI Nienburg/Schaumburg zu gewinnen, wirbt die Inspektion seit 2018 unter dem Motto „Mit Sicherheit von Hier" mit einer eigens konzipierten Kampagne, die bereits damals in die digitale Welt verlegt und auf Youtube veröffentlicht wurde. In mehreren spannenden, selbst gedrehten Videos berichten Kolleginnen und Kollegen aus Nienburg und Schaumburg über die Vorteile, in der PI Nienburg/Schaumburg ihren Wunschberuf auszuüben. Alle vereint die Heimatliebe und der Wunsch einer heimatnahen Dienstverrichtung, der sich für sie erfüllte.

Eine heimatnahe Tätigkeit schafft auch die Möglichkeit, viele andere Aktivitäten aus der Jugend fortzusetzen: Die jungen Polizeibeamtinnen und -beamten engagieren sich unter anderem ehrenamtlich bei der Feuerwehr, sind in Sportvereinen aktiv oder arbeiten nebenher im Rettungsdienst. Diese Idee hat Erfolg: Der Großteil der Neuzugänge in der Inspektion stammt mittlerweile aus den Landkreisen Nienburg und Schaumburg.

Darüber hinaus finden grundsätzlich regelmäßige Veranstaltungen zur Nachwuchsgewinnung an den Schulen, Berufsinformationszentren, Jobbörsen und Gewerbeschauen statt, an denen die Polizei mit jungen Teams teilnimmt, allerdings pandemiebedingt im vergangenen Jahr vieles streichen musste. „Wir haben jedoch neue – digitale – Wege gefunden und mit einigen Kooperationspartnerinnen und -partnern Online-Informationsveranstaltungen umsetzen können", heißt es vonseiten des Teams Nachwuchsgewinnung.
Neben den Online-Informationsveranstaltungen zeigten sich die „Digitalen Lernallianzen" als interessante Alternative. Dieses von der Handwerkskammer Hannover initiierte Azubi-Marketingprojekt richtet sich an die 11. Jahrgänge der örtlichen Gymnasien sowie an regionale Unternehmen. In Online-Workshops haben die potentiellen Arbeitgeberinnen und -geber in Form einer Bildcollage und einer Videosequenz eine Aufgabenstellung für die Schülerinnen und Schüler erarbeitet. „Unsere Aufgabe zielte auf ergänzende und neue Möglichkeiten der Nachwuchsrekrutierung für den Polizeiberuf", berichten die Verantwortlichen. Der Auftrag wurde seitens der Schülerschaft äußerst innovativ gelöst: Mittels erstellter Plakate und einer Präsentation wurde das Ergebnis in der Inspektion und im gesamten Jahrgang 11 der beteiligten Schule vorgestellt. „Die guten Erfahrungen mit dem Projekt veranlassten uns, einen zweiten Durchgang im Landkreis Schaumburg zu starten."
Seit Anfang 2022 verfügt die Inspektion zudem über einen eigenen Facebook-Account – „Polizei Nienburg/Schaumburg". Mit ausführlichen Informationen über den Polizeiberuf sowie ansprechenden Bildern und informativen Videos, Berichten zu aktuellen Einsätzen und interessanten Hintergrundinformationen soll die Nachwuchsgewinnung auch über die Kanäle laufen.

Interview

Vom Rettungswagen in den Streifenwagen

Jannik Sauer, ein junger Kollege im Polizeikommissariat Rinteln, war vor seinem Eintritt in die Polizei Niedersachsen als Rettungssanitäter tätig. Im Interview berichtet der 29-Jährige unter anderem über die Vorteile seiner Zusatzqualifikation für die Polizei.

Jannik, wie bist du zur Polizei gekommen?
Als ich als Kind von einer Verwandten eine alte Polizeimütze geschenkt bekommen habe, war für mich klar, dass ich Polizist werden möchte. Bereits vor dem Abitur 2012 habe ich mich bei der Polizei Niedersachsen beworben, bin aber leider am Einstellungstest gescheitert. Alternativ habe ich mich für ein freiwilliges soziales Jahr im Rettungsdienst des DRK-Kreisverbandes Weserbergland entschieden und dabei die Ausbildung zum Rettungssanitäter absolviert. Ein Jahr später habe ich mich erneut bei der Polizei beworben, dieses Mal erfolgreich.

Wie verlief dann deine Vita?
2013 bis 2016 absolvierte ich mein Studium an der Polizeiakademie Niedersachsen am Standort Hann. Münden. Direkt nach dem Studium wurde ich in den Einsatz- und Streifendienst des Polizeikommissariats Rinteln versetzt. Danach konnte ich weitere Arbeitsbereiche der Polizei kennenlernen. So habe ich kurzzeitig bei der Leitstelle Süntel hospitiert und war neun Monate in den Kriminal- und Ermittlungsdienst des Polizeikommissariats Rinteln abgeordnet, wo ich vorrangig mit der Bearbeitung von Eigentumsdelikten beschäftigt war. Seit April 2020 versehe ich wieder Dienst im Einsatz- und Streifendienst des Polizeikommissariats Rinteln, aber als stellvertretender Dienstabteilungsleiter.

Kannst du weiterhin auch als Rettungssanitäter arbeiten?
Ja. Bereits im Studium habe ich eine Nebentätigkeit bei der Polizeidirektion Göttingen angezeigt. Seitdem nehme ich in meiner polizeidienstfreien Zeit ungefähr zwei Dienste im Monat auf dem Rettungswagen – in der Notfallrettung und im Intensivtransport – an. Ich freue mich, dass ich in meinem Traumberuf arbeiten und dennoch weiterhin Dienste als Rettungssanitäter absolvieren kann. Hierfür bilde ich mich regelmäßig fort, so steht jährlich zum Beispiel eine Notkompetenzprüfung auf dem Plan. Zusätzlich versuche ich auch externe Fortbildungen mit dem Themenschwerpunkt der taktischen Medizin wahrzunehmen, da diese mich im Hinblick auf mögliche Gefährdungslagen in der Polizei besonders interessieren.

Hat dir deine Nebenqualifikation im Beruf schon geholfen?
Ich bin der festen Überzeugung, dass mir meine Nebenqualifikation in vielen Bereichen der täglichen Arbeit hilft. Das Wissen über Arbeitsabläufe erleichtert die Zusammenarbeit mit dem Rettungsdienst, aber auch mit der Feuerwehr. Bei gemeinsamen Einsätzen führt nur eine gute und stetige Kommunikation zwischen den unterschiedlichen Einsatzbereichen zu einem für alle guten Ergebnis. Beim Eintreffen an Unfallorten vor dem Rettungsdienst gibt mir meine zusätzliche Qualifikation zudem Handlungssicherheit für erweiterte Erste-Hilfe-Maßnahmen.
In der derzeit sehr präsenten Corona-Pandemie ist es mir außerdem möglich, meine Zusatzqualifikation in den organisatorischen Alltag einzubringen. Durch den Regionalmedizinischen Dienst in Hannover wurden 2020 einige Rettungssanitäter der Polizei in der Durchführung von SARS-CoV-2 Antigen-Schnelltests beschult. Die Tests wurden primär vor Durchmischungen von Kohorten etwa für Schusswaffeneinsatztrainings vorgenommen. Wir haben aber auch die Polizeiakademie unterstützt und ganze Studiengruppen getestet, um deren Vereidigungsfeier zu ermöglichen.

Social Media in der PI

5.000 Tweets erreichen die Menschen in zwei Landkreisen

Dass die sozialen Medien einen immer größeren Stellenwert in der Gesellschaft einnehmen, ist unumstritten.
Auch innerhalb der Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg spielen sie seit mittlerweile fünf Jahren eine wichtige Rolle.

Ende 2016 starteten die ersten beiden Twitter-Kanäle der Inspektion: @Polizei_NBG, der Kanal der Polizei am Standort Nienburg und @Polizei_STH, der Kanal der Polizei in Stadthagen.
2019 folgte das Polizeikommissariat Bückeburg mit @Polizei_BBG, Anfang März 2020 das PK Bad Nenndorf mit @Polizei_BN und seit Ostern 2021 informiert das PK Rinteln über seine Arbeit auf dem Account @Polizei_RI.
Ebenfalls mit dabei, allerdings noch ohne eigenen Account, sind die Kommissariate Stolzenau und Hoya sowie die Wasserschutzpolizeistation Nienburg. Aufgrund der unmittelbaren Nähe zueinander veröffentlichen die Kolleginnen und Kollegen dieser Dienststellen ihre Beiträge unter dem Profil @Polizei_NBG. Mit Stand Dezember 2021 wurden auf allen Accounts der PI innerhalb dieses halben Jahrzehnts knapp 5.000 Tweets mit etwa 1.800 Bildern und Videos veröffentlicht.

Schnell und unkompliziert

Bereits in der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass eine direkte Verbindung zu den Bürgerinnen und Bürgern für die Polizei unabdingbar ist. Mithilfe der sozialen Medien können wichtige Informationen, wie zum Beispiel Gefahrensituationen, Vermisstenfälle oder Hinweise auf konkret stattfindende Straftaten schnell und unkompliziert veröffentlicht und geteilt werden. Ein entscheidender Vorteil in der mit gut 2.000 Quadratkilometern flächenmäßig größten Polizeiinspektion Niedersachsens, der sich auszahlt: Dank der sozialen Medien gingen im vergangenen Jahr beispielsweise zeitnahe Hinweise zu vermissten Personen bei der Polizei ein, dank derer die Vermissten unversehrt gefunden werden konnten. Darüber hinaus wurden auf den Twitter-Kanälen zahlreiche Präventionshinweise veröffentlicht. So wird zusätzlich ein gänzlich anderen Personenkreis als bei der klassischen Pressearbeit über die Printmedien erreicht.
Da ein Beitrag auf Twitter lediglich 280 Zeichen zulässt, nutzen die Dienststellen vielfach eine Verlinkung zu den Veröffentlichungen im Presseportal, in dem interessierte Leserinnen und Leser dann den Artikel in seiner Gesamtheit lesen können.

Kommunikation in der Krise

In Krisenfällen, in denen die Bevölkerung auf schnelle und aktuelle Informationen angewiesen ist, dient Twitter zudem als Krisenkommunikationstool. Denn der große Vorzug von Twitter ist, dass diese Nachrichten auch ohne eigenen Account für alle einsehbar sind.

Um die sozialen Medien bestmöglich zu nutzen, gründete die PI Nienburg/Schaumburg im vergangenen Jahr ein Social Media Team. Das momentan 18-köpfige Team besteht aus social media affinen Kolleginnen und Kollegen aus unterschiedlichen Dienstzweigen der gesamten Inspektion, die teilweise in Echtzeit über ihre Einsätze berichten oder bei der Betreuung der Kanäle und Vorbereitung von Beiträgen unterstützen.

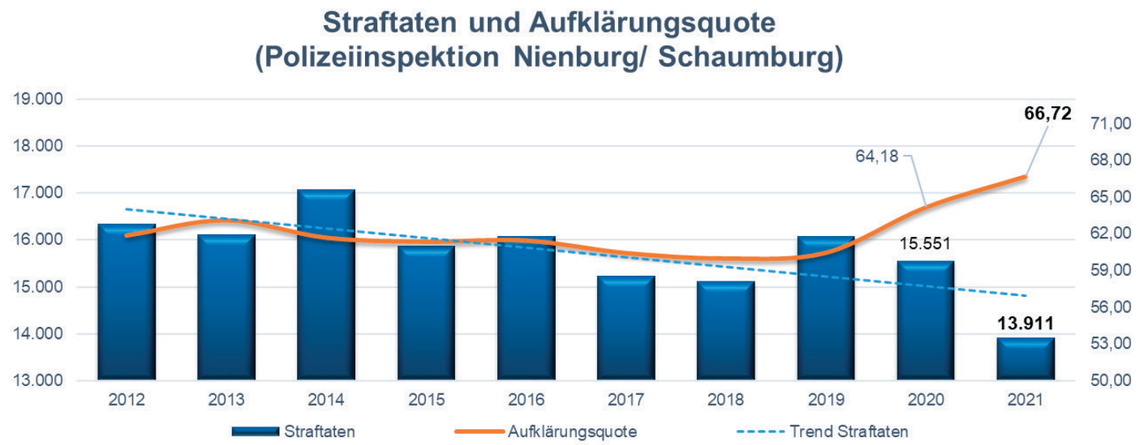
Für viele bereits ein fester Bestandteil des Social Life: Facebook. Seit Beginn des Jahres ist die PI auch auf dieser Plattform vertreten. Unter dem Account Polizei Nienburg/Schaumburg ist die Inspektion für die Bürgerinnen und Bürger noch ein Stück weit präsenter.

Die Verfügungseinheit der PI

Von Verkehrsüberwachung bis hin zum Schutz von Demonstrationen

Organisationen entwickeln sich stetig weiter und müssen sich an aktuelle Gegebenheiten und Veränderungen anpassen – so auch die Polizei Niedersachsen. Im Zuge der Umstrukturierung der Einsatzhundertschaften gab es Veränderungen bei den Verfügungseinheiten der Inspektionen.

Die neue Verfügungseinheit der PI Nienburg/Schaumburg besteht seit dem 1. Oktober 2020. Das bedeutet mehr Personal, aber auch mehr Aufgaben und Einsatzanlässe. Die Einheit besteht mittlerweile aus 19 Kolleginnen und Kollegen. Sie versehen ihren Dienst lageangepasst und bei Bedarf rund um die Uhr. Dabei teilen sie sich aufgrund der großen Fläche der Inspektion auf die Landkreise Nienburg und Schaumburg auf: Sie treten ihre Dienste von Stadthagen sowie von Nienburg aus an. Zum bisherigen Schwerpunkt, der spezialisierten Verkehrsüberwachung, sind jetzt vor allem die Bewältigung von außerordentlichen Sofortlagen, geplanten Einsatzlagen mit erhöhtem Kräftebedarf, wie Großveranstaltungen oder Versammlungen, sowie die Unterstützung ermittlungsführender Dienstzweige bei komplexen Ermittlungseinsätzen in den Mittelpunkt gerückt. Für die Inspektion bedeutet das im Fachjargon: Steigerung der Interventionsfähigkeit. Hierfür legt die Verfügungseinheit viel Wert auf Team-Building und spezialisierte Fortbildungen. So trainierten sie 2021 auf einem externen Gelände der Bundeswehr mehrtägig den Einsatz in geschlossenen Einheiten.
Die Pandemie bestimmte 2021 natürlich auch den Alltag der Verfügungseinheit. Verstärkte Kontrollen von Personen, Geschäften und Dienstleistenden zur Überwachung der Einhaltung der Corona-Verordnungen standen genauso im Fokus wie die Begleitung von Versammlungen zum Thema im gesamten Zuständigkeitsbereich der Inspektion. Als sich die Pandemielage im Sommer eine Zeit lang entspannte, fanden diverse Veranstaltungen mit größeren Menschenmengen statt, die von der Verfügungseinheit begleitet wurden.
Zu guter Letzt unterstützt die Verfügungseinheit natürlich auch bei internen Anforderungen der einzelnen Dienststellen oder bei Gerichtsverfahren. So nahmen sie im Sommer an Verkehrssicherheitswochen der Kommissariate und einer Großkontrolle der Wasserschutzpolizei auf der Weser teil.



Kriminalitätsentwicklung

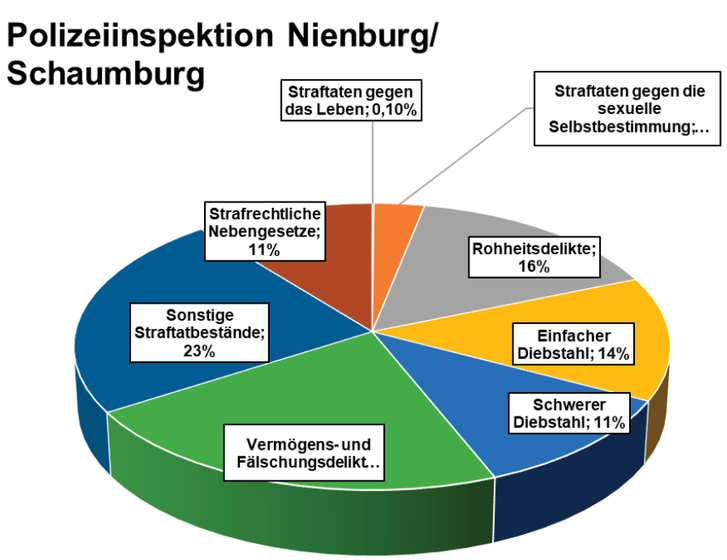
Weniger Straftaten bei höherer Aufklärungsquote

2021 wurden in den Landkreisen Nienburg und Schaumburg 13.941 Straftaten erfasst. Verglichen mit dem Vorjahr (15.551) sind die bekannt gewordenen Straftaten damit um mehr als 10 Prozent zurückgegangen, der Trend der vergangenen 10 Jahre setzt sich fort.
Die Fallzahlen sind in nahezu allen Deliktsbereichen gesunken. Der stärkste Rückgang ist mit knapp 31 Prozent bei schweren Diebstählen, gefolgt von einfachen Diebstählen mit fast 16 Prozent, zu verzeichnen. Eine Entwicklung, die auf eine bessere Sicherung der Bürgerinnen und Bürger infolge der wiederkehrenden Präventionstipps, auf die Präventionsstreifen sowie die verbesserte Aufklärungsquote (Steigerung um 21,9 Prozent bei schweren Diebstählen) zurückzuführen sein könnte.
Die Aufklärungsquote liegt 2021 bei 66,66 Prozent und damit höher als 2020 (64,18 Prozent). Die PI Nienburg/ Schaumburg liegt damit über dem Landesdurchschnitt (64,07 Prozent).

Betrachtet man zudem die Häufigkeitszahl – also wie viele Straftaten auf 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner begangen werden – liegt diese mit 4.978 (2020: 5.570) Straftaten deutlich unter dem Landesergebnis (2021: 5.920; 2020: 6.219) und ist zum Vorjahr sogar noch gesunken. Die Bürgerinnen und Bürger leben sicherer als im statistischen Landesdurchschnitt. Dieses Ergebnis zeigt, dass die Bestrebungen, das Sicherheitsniveau zu halten und noch zu steigern, erfolgreich gewesen sind. Daran soll auch im laufenden Jahr angeknüpft werden.

Verteilung nach Deliktstypen

Die Verteilung der Straftaten nach Deliktstypen hat sich im Vergleich zum Vorjahr erneut kaum verändert.
Vermögens- und Fälschungsdelikte sowie Diebstahlsdelikte haben mit 47 Prozent (2020: 52 Prozent) weiterhin den größten Anteil. Wie 2020 folgen darauf die sonstigen Straftatbestände, dazu zählen Beleidigungen und Sachbeschädigungen mit 23 Prozent (2020: 24 Prozent). Straftaten gegen das Leben, die sexuelle Selbstbestimmung sowie Rohheitsdelikte machen mit knapp 19 Prozent (2020: 17 Prozent) weiterhin einen vergleichsweise kleinen Bereich aus.
An letzter Stelle folgen die Straftaten nach strafrechtlichen Nebengesetzen mit 11 Prozent (2020: 9 Prozent), wie dem Betäubungsmittelgesetz, Straßenverkehrsgesetz sowie Waffengesetz.



Versuchter Totschlag im Rahmen Häuslicher Gewalt

Im vergangenen Jahr erlebten 745 Personen in den Landkreisen Nienburg und Schaumburg Häusliche Gewalt und brachten dies zur Anzeige. Knapp 73 Prozent der Opfer waren weiblich und über 27 Prozent männlich. Der Großteil der Taten ist auf vorsätzliche Körperverletzungsdelikte zurückzuführen (478), darauf folgen gefährliche sowie schwere Körperverletzung (73) und Straftaten gegen das Leben (6). Da in diesem Deliktsfeld generell von einem hohen Dunkelfeld auszugehen ist, kann dieser Umstand auch auf einen Anstieg der Anzeigenerstattung zurückzuführen sein, den die Polizei im vergangenen Jahr forciert hat.
Häusliche Gewalt beinhaltet nach einer neuen bundeseinheitlichen Definition alle Formen körperlicher, sexueller oder psychischer Gewalt und umfasst familiäre sowie partnerschaftliche Gewalt. Häusliche Gewalt liegt vor, wenn sie zwischen Personen stattfindet, die in einer familiären oder partnerschaftlichen Beziehung zusammenwohnen. Sie liegt auch vor, wenn sie unabhängig von einem gemeinsamen Haushalt innerhalb der Familie, in aktuellen oder ehemaligen Partnerschaften geschieht. Dabei werden die Abstände zwischen den Gewalttaten regelmäßig kürzer, die Intensität steigt an. Aus Angst, Scham oder Schuldgefühlen, aufgrund emotionaler oder materieller Abhängigkeiten bleiben Betroffene in Beziehungen, obwohl diese gefährlicher werden.

Schwerer Fall häuslicher Gewalt

Ein Fall aus dem Landkreis Schaumburg hat die Polizei im vergangenen Jahr intensiv beschäftigt. Im April kam es in der Samtgemeinde Lindhorst zu einem versuchten Totschlag. Ein damals 39-Jähriger verletzte seine damals 46-jährige Exfreundin durch Tritte an den Kopf und Würgen derart, dass Lebensgefahr bestand. Glücklicherweise konnte das Opfer die Wohnung verlassen und zu einer Freundin flüchten. Der 39-Jährige war nicht zum ersten Mal handgreiflich geworden. Der drogenabhängige Mann hatte mehrfach unberechenbare Gewaltausbrüche, die seine Freundin als Folge der Sucht interpretierte. Seine Aggressionen richteten sich dabei sowohl gegen die Frau als auch gegen ihr Eigentum. Strafanzeigen lagen bei der Polizei zwar vor, die Frau konnte sich trotz intensiver Beratung jedoch nicht aus der Beziehung lösen. Auch bei der Tat im April eskalierte plötzlich eine nach Schilderung des Opfers eigentlich harmonische Situation und die Frau war der erheblichen Gewalt des Täters über einen längeren Zeitraum schutzlos ausgeliefert. Der Mann setzte ihr mit Tritten und Schlägen massiv zu, würgte sie im sogenannten Schwitzkasten und bedrohte sie mit einer zerbrochenen Glasflasche. Nur durch eine List gelang es ihr, schwer verletzt aus der Wohnung zu fliehen und Hilfe zu suchen. Der Mann wurde von der Polizei festgenommen und kam in Untersuchungshaft.

Im Ermittlungsverlauf wurde dann festgestellt, dass der 39-Jährige unter einer schweren psychischen Erkrankung litt. Er wurde in einer Fachklinik untergebracht.
Betroffene häuslicher Gewalt werden häufig nachhaltig traumatisiert. Aus diesem Grund kommt dem Opferschutz neben der professionellen Strafverfolgung eine hohe Priorität zu. Die Polizei nutzt ihre Möglichkeit, Gewalttätigen für bis zu 14 Tage eine Wohnungswegweisung zu erteilen, Wohnungsschlüssel abzunehmen und das Betreten zu verbieten, auch wenn diese Mieter oder Eigentümer sind. Im Jahr 2021 wurden im Zuständigkeitsbereich der Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg insgesamt 94 solcher Wegweisungen ausgesprochen (Vorjahr: 68).
Bereits zu Beginn der Ermittlungen vermitteln die Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter zudem Kontakte zu Opferschutzeinrichtungen. Betroffene erhalten so die Möglichkeit, sich bei Beratungsstellen zu informieren. Sie werden professionell unterstützt und können in Ruhe die für sie schweren, aber notwendigen Schritte gehen, um sich aus den Gewaltspiralen zu befreien.
Um den Opfern bestmögliche Hilfe anzubieten, hat die Polizeiinspektion die Zusammenarbeit mit dem „Weißen Ring“ in den Kreisen Nienburg und Schaumburg nochmals intensiviert. Darüber hinaus wurden Präventionsaktionen initiiert. Mit den Kooperationspartnerinnen und -partnern wird so ein Zeichen gegen Häusliche Gewalt gesetzt.

Cybercrime

„Broker“ verspricht satte Gewinne – und verschwindet mit dem Investment

Ende 2020 erreichte die Polizei Nienburg ein „mundgerechter Vorgang“ mit einem bereits erlassenen Durchsuchungsbeschluss, der sich gegen einen im Südkreis lebenden – bis dato unbescholtenen – Familienvater richtete. Grundlage des Verfahrens war eine Anzeige einer Frau, die im Internet auf einen „Broker für Kryptowährungen“ aufmerksam geworden war und einen fünfstelligen Betrag investierte. Als es im Rahmen einer geplanten Auszahlung zu Problemen kam, erkannte sie den Betrug und erstattete Anzeige.

Im Rahmen erster Überprüfungen konnten die Ermittlerinnen und Ermittler die IP-Adresse des angeblichen Brokers feststellen. Die gehörte zum Nutzungszeitpunkt zum DSL-Anschluss des genannten Nienburgers.
Als die Ermittlerinnen und Ermittler des hiesigen Fachkommissariats an der Haustür des „Beschuldigten“ klingelten, war dieser völlig überrascht und fassungslos. Nach Eröffnung des Tatvorwurfs trug er beschämt vor, dass er kein Beschuldigter, sondern vielmehr ebenfalls ein Opfer sei. Der vorgeworfene Sachverhalt traf genauso auf ihn zu. Er hatte nachweislich selbst bei dem gleichen angeblichen „Broker“ eine größere Summe investiert. Da er seine Unbedarftheit gegenüber seiner Familie aus Scham noch nicht offengelegt hatte, hatte er sich bislang auch noch nicht selbst an die Polizei gewandt.

Wie war das möglich?
Auf dem Computer des nunmehr weiteren Geschädigten fand sich die Software „Anydesk“. Der Geschädigte erklärte, dass sein „Broker“ ihm während eines Telefonats zur Installation riet, um ihm beim Verwalten seines Accounts zu helfen. Diese Software ermöglicht den Fernzugriff auf den Computer und somit auch auf den DSL-Anschluss des Geschädigten. Auf diesem Weg war es dem Täter möglich, eine Fährte zu legen und den tatsächlichen Kommunikationsweg zu verschleiern.

Scheinbar leicht verdientes Geld
Diese scheinbaren „Broker“ sind ein anhaltendes Kriminalitätsphänomen. Mit gut platzierten Werbeanzeigen – etwa fingierte Werbung mit dem TV-Format „Höhle der Löwen“ – locken sie unbedarfte Investorinnen und Investoren, die sich in der Regel nicht mit sogenannter Kryptowährung auskennen. Die gut gestalteten Websites suggerieren den Geschädigten anfangs große Kursgewinne und einen raschen Zuwachs ihrer Investments. Das soll zu weiteren Einzahlungen animieren. Erst im Rahmen von angestrebten Auszahlungen kommt es zu Problemen. Zu diesem Zeitpunkt sind die Investitionen aber meist schon verloren.
In der Regel erfolgen die Einzahlungen tatsächlich bei Krypto-Börsen, aber nur auf durch die Täterinnen und Täter verwaltete Konten. Von diesen wird das Guthaben weiterversandt und so der Zahlungsstrom im weiteren Verlauf verschleiert und anonymisiert.

Wie kann man sich schützen?
Seien Sie misstrauisch. Traumhafte Gewinne sind häufig ein Warnsignal. Halten Sie mit Freunden oder Verwandten Rücksprache oder kontaktieren Sie Fachleute. Nehmen Sie sich ausreichend Zeit, überprüfen Sie das Impressum und lesen Sie Bewertungen durch. Und vor allen Dingen: Geben Sie Fremden nie Fernzugriff auf Ihre elektronischen Geräte.

Weitere Tipps sind im Internet unter: https://www.polizei-beratung.de/themen-und-tipps/betrug/ zu finden

Verkehrslagebild

Bilanz 2021: Weniger Unfalltote und Schwerverletzte

Nachdem die Unfallzahlen im Zuständigkeitsbereich der Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg im Jahr 2020 infolge des Pandemiebeginns rückläufig waren (6018), stiegen sie im Jahr 2021 wieder leicht auf 6262 an. Erfreulicherweise liegen sie aber weiterhin unter dem Niveau der Vorjahre, in denen auch immer ein Anstieg zu verzeichnen war.

Die Zahl der infolge von Verkehrsunfällen verstorbenen Personen ist hingegen deutlich gesunken. 2021 verloren sieben Menschen bei Verkehrsunfällen ihr Leben, 2020 waren es 16 Getötete. Auch die Zahl schwer verletzter Personen verringerte sich von 179 auf 174. Die Anzahl der Verkehrsunfälle mit schwerem Personenschaden hat sich von 2020 auf 2021 um 22 (173 auf 151) reduziert.
Die Anzahl der Verkehrsunfälle unter Alkohol-, Drogen- oder Medikamenteneinfluss ist nahezu gleichbleibend. Gegenüber dem Vorjahr reduzierten sich die Unfälle unter Alkoholeinfluss von 102 auf 100. Unfälle unter Drogeneinfluss stiegen von 20 auf 23.

Zahlreiche Kontrollen
Im Rahmen der Verkehrsüberwachung wurde weiter ein besonderes Augenmerk auf die Hauptunfallursachen Alkohol- und Betäubungsmittelbeeinflussung, Ablenkung durch technische Geräte sowie unangepasste Geschwindigkeit gelegt. Das heißt: viele Kontrollen, konsequente Ahndung. Das bedeutet gerade bei den letztgenannten Punkten aber immer auch, das Gespräch zu suchen. Die Verkehrsteilnehmenden wurden dabei insbesondere dahingehend sensibilisiert, dass ihr riskantes Verhalten häufig zu Verkehrsunfällen mit schweren Folgen führt.
Bei Polizeikontrollen wurden 261 Fahrzeugführende unter dem Einfluss von Drogen (2020: 182) festgestellt. 251 Fahrzeugführende fuhren unter Alkoholeinfluss (2020: 242).
Darüber hinaus wurden 1847 Ordnungswidrigkeiten aufgrund der unerlaubten Benutzung von Kommunikationsgeräten eingeleitet. Das sind deutlich mehr als im Vorjahr, in dem 1371 Verfahren verfolgt wurden.
Inspektionsweit wurden zudem 5788 Geschwindigkeitsverstöße geahndet, damit ebenfalls deutlich mehr als im Vorjahr (4069).
Abzuwarten bleibt, wie sich künftig die erhöhten Verwarn- und Bußgeldsätze nach der letzten Änderung des Bußgeldkataloges auf das Verhalten des Verkehrsteilnehmenden auswirken.

Risikogruppe Radfahrende
Im Jahr 2021 waren mit 244 Radfahrenden erfreulicherweise deutlich weniger als im Vorjahr (309) an Verkehrsunfällen beteiligt. Darunter befanden sich wie bereits im Vorjahr mit 44 jedoch zahlreiche Pedelec-Nutzende (2020: ebenfalls 44).
Bei Verkehrsunfällen tödlich verletzt wurde ein Radfahrender. 2020 waren es noch fünf Verkehrsopfer, darunter drei Pedlecfahrende, alle älter als 60 Jahre.

Verkehrsunfälle sind meistens die Folge menschlichen Fehlverhaltens. Insbesondere zwischen Radfahrenden und Kraftfahrzeugen kommt es häufig zu gefährlichen Situationen, die auch in Unfällen münden. Radfahrende erleiden dabei als schwächere Verkehrsteilnehmende oft schwere Verletzungen. Dabei erfreut sich das Radfahren immer größerer Beliebtheit, und auch die Zahl verkaufter Pedelecs steigt weiter an, sodass der Radverkehr landesweit und auch in der Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg in einem besonderen Fokus steht.

Rücksichtnahme fördern

Sowohl Radfahrende als auch Kraftfahrzeugführende können gefährliche Situationen gleichermaßen und eigenverantwortlich durch eine rücksichtvolle und vorausschauende Teilnahme am Straßenverkehr reduzieren. Dabei sind das Wissen um die Gefahren des toten Winkels sowie das Überholen von Radfahrenden mit ausreichendem Seitenabstand von ebenso großer Bedeutung, wie helle, auffällige Bekleidung im Straßenverkehr. Auch das Tragen eines Fahrradhelms kann schwere Unfallfolgen mindern. Darüber hinaus sollten Radfahrende genauso wie alle anderen Verkehrsteilnehmenden ihr Verkehrsmittel jederzeit sicher beherrschen können. Im Rahmen von Verkehrssicherheitswochen, Fahrradtrainings und weiteren besonderen Aktionen wurden 2021 zahlreiche Verkehrsteilnehmende sensibilisiert. Weiteres Ziel dabei war neben der Steigerung des Verständnisses der Verkehrsteilnehmenden untereinander auch die Förderung einer besonderen gegenseitigen Rücksichtnahme. Darüber hinaus wurden die 2020 angekündigten Programme „Fit mit dem Pedelec“ umgesetzt und in gemeinsamer Zusammenarbeit mit der Verkehrswacht und dem ADFC Fahrradtrainings für Seniorinnen und Senioren veranstaltet. In Anbetracht der stetig steigenden Zahl an Verkehrsteilnehmenden, können diese Maßnahmen allein jedoch nicht zu einer Abnahme der Verkehrsunfälle in diesem Sektor führen. Insgesamt ist dem Radverkehr – egal ob Fahrrad oder Pedelec – ein sicherer Verkehrsraum zur Verfügung zu stellen. Hier bleibt die Forderung bestehen, durch den bundesweiten Radwegeverkehrsplan 3.0 oder durch das Programm „Bürgerradwege“ sicherere Räume für Fahrradfahrende zu schaffen.

Alle Altersgruppen im Fokus

Bei der Prävention hatte die Polizeiinsoektion Nienburg/Schaumburg auch die anderen Risikogruppen im Blick. Angefangen mit den Kitas, über die Grundschulen und Sekundarstufen, bis zu den jungen Fahrenden und Seniorinnen und Senioren wurden verschiedene Programme, wie „Sicher zur Schule“, Jugendverkehrsschule, „Sicher im Straßenverkehr“, „Fit Ist Schlau“, Busschule sowie nicht zuletzt das „Mobilitätstraining mit mobilen Gehhilfen“ angeboten, so oft es während der Pandemie möglich war.

Wildunfälle und Unfallfluchten

Fast die Hälfte aller Unfälle gehen wie in den Vorjahren auf Wildunfälle und Verkehrsunfallfluchten zurück, wobei die Zahl der Unfallfluchten leicht von 1358 auf 1317 gesunken ist.
Die Zahl der Wildunfälle ist mit 1665 unverändert hoch. Dabei entfallen 556 auf den Landkreis Schaumburg und mit 1109 nahezu doppelt so viele Wildunfälle auf den stark ländlich geprägten Landkreis Nienburg.
Mit präventiven Pressemeldungen, die von Printmedien und Radiosendern aufgegriffen und veröffentlicht werden, als auch mit Hinweisen in den Sozialen Medien soll dem entgegenund auf ein vorausschauendes Fahrverhalten der Verkehrsteilnehmenden hingewirkt werden. Darüber hinaus initiieren Jägerschaft und Forstamt regelmäßig selbst Gegenmaßnahmen, und die gemeinsame Wildunfallaktion mit den roten Dreibeinen soll fortführt werden.

Für Sicherheit im Straßenverkehr

„Durch die Fortführung der Verkehrssicherheitswochen, Präventionskampagnen und Programmen werden wir auch künftig alles daransetzen, die Hauptunfallursachen zu bekämpfen, Verkehrsunfälle mit schweren Personenschäden weiter zu reduzieren und alle Verkehrsteilnehmenden zu schützen“, heißt es vonseiten der Verantwortlichen abschließend.

Mobilität der Zukunft – Rad

Immer mehr Menschen steigen aufs Rad um – die Polizei reagiert mit Prävention

Radfahren erfreut sich seit Jahren auch in der hiesigen Region steigender Beliebtheit, die Deutsche Fahrradindustrie verzeichnet Rekordzahlen. 200 Jahre nach Karl von Drais müssen Radfahrende sogar kaum mehr Muskelkraft aufbringen, um voranzukommen. Jedes dritte verkaufte Fahrrad ist ein Pedelec – Tendenz weiter steigend.

Fahrräder und Pedelecs bieten eine aktive, umweltschonende und günstige Mobilität. Darüber hinaus ermöglichen sie in ländlichen Regionen ein hohes Maß an Flexibilität und Eigenständigkeit und werden als eine infektionssichere Mobilität gesehen.

In Reaktion auf den Anstieg des Radverkehrs hat die Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg im vergangenen Jahr einen Fokus auf Radfahrende im Straßenverkehr gelegt. Bei Radverkehrskontrollen an regionalen Schwerpunkten wie Schulen, Innenstädten, Ausflugszielen und dem Weserradweg stellten die Beamtinnen und Beamten fest, dass nach wie vor Mängel an Beleuchtungen, Ablenkungen durch die Bedienung technischer Geräte und die Radweg-/Gehwegnutzung in verkehrter Richtung deutlich präsent sind. In sämtlichen Altersgruppen wurde zudem beobachtet, dass sie beim Radfahren nicht anzeigen, wenn sie die Fahrtrichtung ändern.

Die Schulen, Verkehrswachten und auch die Polizei verzeichnen außerdem den Trend, dass Kinder im Grundschulalter immer weniger fähig sind, ihr Fahrrad sicher zu beherrschen. Mögliche Ursachen könnte fehlende Übung einer aktiven Teilnahme im Straßenverkehr – nicht nur mit dem Fahrrad, sondern auch zu Fuß – sein. Eltern fahren ihre Kinder vermehrt mit dem Auto zur Schule und zu Freizeitaktivitäten, tägliche Radfahrten bleiben aus. Die Übung ist für die Kinder für eine sichere und vor allem vorrausschauende Teilnahme am Straßenverkehr allerdings essentiell. Sowohl die Verkehrstrainings der Polizei als auch die schulische Verkehrserziehung können an dieser Stelle immer nur ergänzende Mittel zur elterlichen Verkehrserziehung sein.

Dem steigenden Bevölkerungsanteil älterer Menschen, der zudem im Rad-/Pedelecverkehr überproportional mit schweren Folgen bei Verkehrsunfällen belastet ist, fällt es aufgrund des deutlich höheren Pedelec-Gewichts, eines veränderten Schwerpunkts, gepaart mit nachlassenden körperlichen Fähigkeiten, deutlich schwerer, mit Schrittgeschwindigkeit zu fahren. Die vielerorts von der Polizei angebotenen Trainings „Fit mit dem Pedelec“ haben zudem gezeigt, dass auch bei Grundfahrübungen Nachholbedarf besteht.
In vielen Verkehrssicherheitswochen mit deutlichen Präventionsanteilen wurden zahlreiche Radfahrende auf Gefahren und Folgen des eigenen Verhaltens hingewiesen. Zusätzlich hat die Polizei die Bevölkerung über die örtlichen Printmedien und die Social-Media-Accounts sensibilisiert und zu Zeiten niedriger Inzidenzen Verkehrstrainings für Jung und Alt angeboten. In Anbetracht weiter steigender Radnutzungszahlen wird auch künftig ein Fokus auf den Radverkehr gerichtet, um mit Präventionsarbeit und Verkehrssicherheitswochen für eine sicherere Teilnahme am Straßenverkehrs zu sorgen.

Der Ende 2021 vorgestellte Nationale Radverkehrsplan 3.0 der Bundesregierung hat ein durchgängiges Radwegenetz mit direkten, komfortablen, sicheren und möglichst kreuzungsfreien Radwegen zum Ziel, zudem ausreichende, moderne, sichere, beleuchtete und überdachte Abstellanlagen am Zielort und in unmittelbarer Nähe zu öffentlichen Verkehrsmitteln, bestenfalls mit Lademöglichkeit. Entsprechende Rahmenbedingungen stehen auch im polizeilichen Interesse, daher beteiligt sich die Polizei bei Fragen zu der Ausgestaltung und Optimierung der in den hieisgen ländlich geprägten Städten und Ortschaften vorhandenen Radwegenetze.

Unsere Arbeit 2021

Von Prävention über Busunglück bis zu Schiffsunfall auf der Weser

Die Polizeiinspektion Nienburg/ Schaumburg ist mit mehr als 570 Mitarbeitenden für die Sicherheit von fast 300.000 Einwohnerinnen und Einwohnern zuständig. Sie betreut eine Fläche von mehr als 2.000 Quadratkilometern, die sich über die Landkreise Nienburg und Schaumburg erstreckt. Um ihre Aufgaben zu erfüllen, sind in Nienburg die Inspektion und in den Mittelzentren der Landkreise die sechs Polizeikommissariate Bad Nenndorf, Bückeburg, Hoya, Stadthagen, Stolzenau und Rinteln inklusive ihrer zugehörigen 18 Polizeistationen sowie die Wasserschutzpolizeistation Nienburg für die Vor-Ort-Arbeit verantwortlich.
Somit haben die Bürgerinnen und Bürger immer direkte Ansprechpartnerinnen und -partner, die neben der Wahrnehmung der allgemein bekannten klassischen Einsatz- und Ermittlungsaufgaben auch eine Vielzahl an besonderen Aktionen für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in ihrer Region initiieren. Einige herausragende Einsätze und Aktionen der einzelnen Kommissariate und der Wasserschutzpolizei haben die Beamtinnen und Beamten im vergangenen Jahr besonders beschäftigt.

Hoya – Schlag gegen Drogenhändler und Festnahme eines Einbrechers

Das Polizeikommissariat Hoya führte im Jahr 2021 ein Strafverfahren wegen des gewerbsmäßigen Drogenhandels gegen einen damals 63-jährigen Wietzener. Die eingerichtete Ermittlungsgruppe (EG) konnte in enger Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft Verden bereits im Februar 2021 große Ermittlungserfolge verzeichnen: Durch umfangreiche, teilweise verdeckte Maßnahmen wussten die Ermittelnden von einer durch den Beschuldigten geplanten „Beschaffungsfahrt". Bei einer genau vorgeplanten Fahrzeugkontrolle konnten an einem Samstag in Leese diverse Betäubungsmittel in Form von verschreibungspflichtigen Tabletten im Auto aufgefunden und beschlagnahmt werden. Das Fahrzeug wurde ebenfalls sichergestellt. Parallel wurden an drei weitere Objekten Durchsuchungsbeschlüsse vollstreckt. Hierbei fanden und beschlagnahmten die Einsatzkräfte weitere Beweismittel – unter anderem einen sechsstelligen Betrag an Bargeld sowie weitere Substanzen, bei denen der Verdacht nahelag, dass sie ebenfalls gegen das Betäubungsmittelgesetz verstoßen. Der 63-jährige wurde festgenommen und anschließend einem Haftrichter vorgeführt.
Auf ganz andere Art erfreulich und bemerkenswert war das Ermittlungsgeschick mehrerer noch sehr junger, angehender „Kolleginnen und Kollegen". Das Polizeikommissariat Hoya nahm im Sommer an den Ferienpass-Aktionen teil und beantwortete interessierten Kindern alle Fragen rund um den Polizeiberuf. Dabei konnten die Mini-Polizisten bei einem fingierten Einbruch ermitteln und erfolgreich die Täterin stellen.

Stadthagen – Ältere Menschen vor Betrugsstraftaten schützen

In den vergangenen Jahren ist die Zahl der Betrugsstraftaten zum Nachteil älterer Menschen durch Anrufe sogenannter „falscher Polizeibeamter" sowie Schockanrufe auch anderer vermeintlicher Institutionen landesweit stark angestiegen. Die Täterinnen und Täter erfinden regelmäßig neue Geschichten, um die Gutgläubigkeit oder Sorgen der Angerufenen auszunutzen. Erfreulicherweise zeigen die zahlreichen Präventionsmaßnahmen Wirkung und bei immer mehr Taten bleibt es beim Versuch. Nichtsdestotrotz gelingt es den Täterinnen und Tätern in seltenen Fällen noch immer, teils hohe Bargeldsummen zu erbeuten. Aufklärung über dieses Phänomen ist darum weiter ein Schwerpunkt in der polizeilichen Präventionsarbeit.
Um hier dauerhaft erfolgreich zu sein, initiierte das Polizeikommissariat Stadthagen im Frühjahr 2021 in seinem Zuständigkeitsbereich eine Präventionsaktion besonderer Größenordnung: An fünf aufeinanderfolgenden Tagen im April verteilten Angehörige des Kommissariats knapp 7.000 Briefe mit Informationsmaterialien an die über 70-jährigen Bürgerinnen und Bürger in Stadthagen und den umliegenden Samtgemeinden. Tatkräftige Unterstützung erhielten sie dabei von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern der Kreisstadt und den zugehörigen Samtgemeinden, Ortsvorsteherinnen und Ortsvorstehern einzelner Stadtteile und dem Ordnungsamt. Unter pandemiebedingter Beachtung der geltenden Abstands- und Hygieneregeln fanden die Verteilenden auch Zeit für persönliche Gespräche. Von den Seniorinnen und Senioren gab es im Anschluss an die Aktion durchweg positive Rückmeldungen. Viele gaben an, die Broschüren, die wichtige Hinweise und Verhaltenstipps zu dem Betrugsphänomen enthielten, griffbereit neben ihr Telefon legen zu wollen.

Bad Nenndorf – „Gewalt kommt uns nicht in die Tüte"

Zu Beginn der Coronapandemie bestand bundesweit die Befürchtung, dass Fälle Häuslicher Gewalt in Zeiten von Home Office und Homeschooling steigen und darüber hinaus, aufgrund mangelnder sozialer Kontakte, häufiger unentdeckt blieben.
Nachdem im ersten Lockdown kein signifikanter Anstieg der Gewalt im häuslichen Umfeld verzeichnet wurde, waren in weiteren Verlauf steigende Fallzahlen erkennbar. Zusätzlich war durch den wiederkehrenden Wegfall der üblichen Sozialkontrollen in Schulen, Kindergärten oder am Arbeitsplatz sowie dem verstärkten Rückzug in die eigenen vier Wände von einem erhöhten Dunkelfeld auszugehen. Um für das Thema zu sensibilisieren, Nachbarn aufmerksam zu machen und den Betroffenen Hinweise zu Hilfsangeboten geben zu können, initiierte das Polizeikommissariat Bad Nenndorf die Aktion „Gewalt kommt uns nicht in die Tüte!".
Dabei handelt es sich um ein von der Kinderschutzallianz ins Leben gerufenes Projekt, bei der mit Informationen und Hilfstelefonnummern bedruckte Brötchentüten verteilt werden. Die Tüten waren mit einem QR-Code versehen, der die Betroffenen zu Internetseiten von Beratungsstellen führt. Auf diesem Weg können sich Betroffene schnell und ohne große Recherche informieren. Die Aktion, die ursprünglich für den Bereich des Polizeikommissariats Bad Nenndorf geplant war, fand schnell auch überregionales Interesse. Letztlich wurden 100.000 Brötchentüten über die Bäckereien im Landkreis Schaumburg sowie in Teilen der Region Hannover und bei Hannover 96 verteilt. Um ein solch großes Projekt umsetzen zu können, fand das Kommissariat unterstützende Netzwerkpartnerinnen und -partner. Neben den Präventionsräten im Landkreis Schaumburg beteiligten sich unter anderem die AWO, BASTA, der Weiße Ring, die Gewerkschaft der Polizei, die regionale Bäckerinnung sowie die Kinderschutzallianz.

Unsere Arbeit 2021

Rinteln – Straftaten verhindern und Sicherheitsgefühl stärken

Auch das Polizeikommissariat Rinteln legt großen Wert auf Präventionsarbeit und die Stärkung des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung.

Einen Schwerpunkt setzte das Kommissariat auf die Bekämpfung der Drogenkriminalität und richtete 2021 eine mehrere Monate aktive, initiativ ermittelnde Arbeitsgruppe (AG) für Rinteln und das Auetal ein. Da es sich um sogenannte Holkriminalität – also Straftaten, die fast ausschließlich durch polizeiliche Aktivitäten bekannt werden – handelt, war erklärtes Ziel, über das Bearbeiten von Hinweisen und Strafverfahren hinaus durch intensive Ermittlungen das Dunkelfeld aufzuhellen. Auf diesem Wege entstand ein klares Bild über die örtliche Drogenszene, inklusive sich eventuell entwickelnder Szenestrukturen. Erklärtes Ziel: Die Etablierung einer Szene von vornherein zu verhindern. Ein aufwendiger und mühsamer Blick „hinter die Kulissen", der aus polizei- und ermittlungstaktischen Gründen natürlich nicht konkretisiert werden kann, aber schlussendlich erfolgreich für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger sorgt. Zum Schutz älterer Menschen vor Betrugsstraftaten setzte auch das Polizeikommissariat Rinteln eine Briefverteilaktion um und versandte 4.750 Briefe mit Präventionstipps an Menschen

im Alter über 70. Zudem beteiligten sie sich an der Aktion der Kinderschutzallianz „Gewalt kommt uns nicht in die Tüte" und ließen im Zuständigkeitsbereich mit Unterstützung aller Bäckereifilialen 10.000 mit Hinweisen bedruckte Brötchentüten an die Bürgerinnen und Bürger verteilen. Für die Planung und Umsetzung der Aktion gewann das Polizeikommissariat Rinteln ihre Kooperationspartnerinnen und -partner von der Hilfsorganisation „Weißer Ring" und dem Präventionsrat.

Bückeburg – Mehr Sicherheit für Fahrradfahrende

Da in den vergangenen Jahren und insbesondere seit Beginn der Corona-Pandemie immer mehr Menschen das Fahrrad-, Pedelec- oder E-Bike-Fahren lieben gelernt haben, hat sich das Polizeikommissariat Bückeburg 2021 im Rahmen der Präventionsarbeit unter anderem auf Fahrradfahrende im Straßenverkehr konzentriert. In diesem Zusammenhang wurden im Sommer und im Herbst gezielte Präventionsmaßnahmen im Bereich der Bückeburger Innenstadt vorgenommen und eine Vielzahl an Radfahrenden kontrolliert. Dabei nicht ganz alltäglich: An zwei Tagen stand die Überprüfung der gefahrenen Geschwindigkeit der Zweiradfahrenden in der Fußgängerzone von Bückeburg im Mittelpunkt, da dessen leicht abschüssiger Verlauf dazu führt, dass viele Radfahrende schneller als mit erlaubter Schrittgeschwindigkeit fahren. Aufgrund dieser Tatsache gab es in der Vergangenheit bereits viele gefährliche Situationen und vereinzelt auch Zusammenstöße zwischen Fahrradfahrenden und Fußgängerinnen und Fußgängern.

Zur Bestimmung der Geschwindigkeit nahmen die Beamtinnen und Beamten eine handgestoppte Zeitmessung vor, um anschließend die Geschwindigkeit zu errechnen. Zur Veranschaulichung

wurde ein Aufsteller am Kontrollort postiert, auf dem die Geschwindigkeit tabellarisch dargestellt war.

Die Fahrradfahrenden wurden bei einer festgestellten Geschwindigkeitsüberschreitung angesprochen und in einem präventiven Gespräch auf die entstehenden Gefahren hingewiesen. Ziel war es, die Verkehrsteilnehmenden darüber zu sensibilisieren und eine Verhaltensänderung anzuregen.

Die Aktion fand großen Anklang in der Bevölkerung: Radfahrende sowie anwesende Fußgängerinnen und Fußgänger, die sich besonders freuten, gaben durchweg positive Rückmeldungen. Des Öfteren riefen diese den Kolleginnen und Kollegen mit Freude entgegen: „Gut, dass Sie hier kontrollieren!"

Stolzenau - Schwerer Schulbusunfall in Steyerberg

Am 8. November 2021 stießen auf der L349 zwischen Steyerberg und Anemolter gegen 13.50 Uhr ein Auto und ein mit 34 Kindern besetzter Schulbus frontal zusammen. Drei Kinder und die Autofahrerin waren schwer, sieben weitere Kinder sowie der Busfahrer leicht verletzt, sodass die Rettungsleitstelle erstmals im Landkreis Nienburg „MANV II" – Massenanfall von Verletzten, Stufe 2, bis zu 25 Verletzte – auslöste. Im Einsatz waren insgesamt 129 Feuerwehrkräfte, 50 Rettungskräfte sowie 15 Polizeibeamtinnen und -beamte. Neben den zahlreichen Einsatzfahrzeugen befanden sich zeitweise auch zwei Rettungshubschrauber an der Unfallstelle, die zwei schwer verletzte Kinder in Krankenhäuser flogen. Die Zusammenarbeit sämtlicher beteiligte Einsatzkräfte verlief reibungslos und wurde sehr positiv bewertet. Neben der Koordinierung und Bewältigung der unterschiedlichen Aufgaben, wie der schnellstmöglichen Versorgung der Verletzten, der Absperrmaßnahmen sowie der Aufnahme des eigentlichen Verkehrsunfalls mussten sich die Einsatzkräfte auch emotional aufgebrachten Angehörigen stellen, die innerhalb kürzester Zeit am Unfallort erschienen waren. Im Rahmen einer polizeilichen strukturierten Einsatznachbereitung wurde auch über die emotionale Belastung der Kolleginnen und Kollegen gesprochen. Eine Vielzahl verletzter Kinder, aufgebrachte Eltern und das persönliche Verständnis für die elterliche Sorge sowie der eigene Anspruch, bestmögliche Hilfe und Ermittlungsarbeit sicherzustellen, ergaben ein Spannungsverhältnis, das auch die eigene Belastbarkeit auf die Probe stellte.

Der Unfall wurde vom Polizeikommissariat Stolzenau zum Anlass genommen, gemeinsam mit den Verantwortlichen der Verkehrsbetriebe im Nord- und Südkreis des Landkreises Nienburg und den Schulleitungen der verletzten Kinder Handlungsempfehlungen zu erarbeiten und Maßnahmen zu diskutieren, wie derart schwere Unfallfolgen zukünftig verringert werden können.

Unter anderem wird die „Busschule", ein bereits bestehendes Präventionsprojekt, bei dem das richtige Verhalten von Kindern am und im Bus trainiert wird, nach pandemiebedingten Ausfällen wieder aufgenommen. Darüber hinaus plant die OBS Mittelweser zusammen mit der Polizei die Ausbildung sogenannter „Busscouts". Sie sollen insbesondere jüngeren Kindern als Ansprechperson dienen und mögliches Fehlverhalten ansprechen. Diskutiert wurde auch eine mögliche Geschwindigkeitsreduzierung der Busse von 80 auf 60 Stundenkilometer. Der Verkehrsservice des Landkreises Nienburg gab in diesem Zuge an, die Umsetzbarkeit einer dafür notwendigen, umfänglichen Fahrplanumgestaltung eingehend zu prüfen.

Alle Teilnehmenden waren sich darüber hinaus einig, den gemeinsamen, präventiv ausgerichteten Dialog auch in Zukunft noch weiter zu intensivieren, um mögliche Unfallfolgen und insbesondere den Schweregrad der Verletzungen bei künftigen Busunfällen zu reduzieren.

Wasserschutzpolizei Nienburg – Neue Herausforderungen

Die PI Nienburg/Schaumburg gehört zu den wenigen Dienststellen in Niedersachsen, die über eine Wasserschutzpolizeistation verfügen. Zwölf Kolleginnen und Kollegen versehen dort ihren Dienst und sind für zahlreiche wasserschutzpolizeiliche Aufgaben auf verschiedenen Gewässern zuständig.

In den vergangenen Jahren erfreute

Unsere Arbeit 2021

sich der Wassersport auch in der hiesigen Region stetig wachsender Beliebtheit. Mit dem Zuwachs an Wassersportfahrzeugen steigt auch das Risiko von Unfällen. Um es zu minimieren und größtmögliche Sicherheit auf den Gewässern zu gewährleisten, erstellten die Beamtinnen und Beamten der Wasserschutzpolizei (WSP) Anfang 2021 einen Ratgeber für Wassersportlerinnen und -sportler. Viele Aufklärungsgespräche folgten und sensibilisierten. Ein Beispiel: Vielen unbekannt aber rechtlich relevant: Auch Stand Up Paddle Bords sowie aufblasbare BBQ-Inseln gelten rechtlich als „Fahrzeuge", sodass auf diesen die 0,5 Promille-Grenze zu beachten ist.
Nach der Aufklärungsphase folgte dann die Kontrollphase. So kontrollierte die WSP in der Sommerzeit Sportboote sowie neue Wassersportgeräte und initiierte dafür im Juli auch eine Großkontrolle auf der Weser bei Achim-Bierden. Unterstützt von der Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt aus Hannover sowie dem Wasserschifffahrtsamt Weser aus Verden, überprüften sie Wasserfahrzeuge und nahmen Geschwindigkeitsüberwachungen vor. Nicht anders als auf der Straße ereignen sich aber trotzdem immer wieder auch Schiffsunfälle, deren Aufnahme ebenfalls in den Zuständigkeitsbereich der Wasserschutzpolizei fällt.

Schiffsunfall auf der Weser
2021 waren die Wasserschützerinnen und -schützer bei einem Schiffsunfall gefordert, der auch für die Erfahrensten unter ihnen herausragend war und für überregionale Schlagzeilen sorgte: Am 8. August kollidierten auf der Weser vor den Toren Nienburgs zwei Binnenschiffe im Begegnungsverkehr Bug an Bug, eines der Schiffe sank binnen kürzester Zeit auf Grund. Glücklicherweise kamen zwar keine Personen zu Schaden, die Besatzung des sinkenden Schiffes konnte unverzüglich durch zufällig in der Nähe befindliche Einsatzkräfte der Feuerwehr gerettet werden und auch die Besatzung des zweiten Schiffes blieb unverletzt. Allerdings mussten Feuerwehren und THW infolge des Ölaustritts tagelang die Gewässerverunreinigung bekämpfen. Die Weser war für eine Woche zwischen dem Nienburger Hafen und der Schleuse in Drakenburg gesperrt und allein die Schäden der Schiffe sowie die Bergungskosten lagen insgesamt im mittleren sechsstelligen Bereich.
Eine Herausforderung für die Polizei war die Sicherstellung der an Bord des gesunkenen Schiffes befindlichen Dokumente. Nachdem das Schiff geborgen war, zogen die Kolleginnen und Kollegen der Wasserschutzpolizei wichtige Beweismittel aus dem dickem Weserschlamm, säuberten Dokumente und legten sie trocken. Nach Abschluss der Ermittlungen wurde der Vorgang an das Schifffahrtsgericht in Bremen übergeben. Erfreulicherweise lief die Kommunikation zwischen Feuerwehren, THW, Landkreis Nienburg, Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt, Sachverständigen und der Polizei lösungsorientiert und reibungslos, wodurch die Folgen des Schiffsunfalls etwa durch Umweltschäden eingedämmt werden konnten.

Prävention in der PI

Präventionsteam reagiert flexibel und kreativ auf die Pandemie

Auch 2021 sah sich das Präventionsteam der PI Nienburg/Schaumburg mit der Frage konfrontiert, wie es die Bürgerinnen und Bürger zu Zeiten wiederkehrender Lockdowns, Schulschließungen und Kontaktbeschränkungen mit ihrer Präventionsarbeit bestmöglich erreichen und Projekte effektiv umsetzen kann. Die für die Präventionsarbeit so wichtige Interaktion vor Ort war abermals nur stark eingeschränkt möglich.

Aktion „Tippen tötet".

Das Team entschied sich, vermehrt auch auf digitale Angebote zu setzen. Dabei stand von vornherein fest: An der Professionalität sollte es nicht mangeln. Deshalb realisierten sie in gemeinsamer Anstrengung mit der Pressestelle der Inspektion sowie der Polizeiakademie Niedersachsen neue Projekte auf hohem Niveau, bei dem teilweise auch weitere Kooperationspartnerinnen und -partner beteiligt waren. Da die digitalen Angebote den persönlichen Kontakt nicht in Gänze ersetzen können, reagierten sie kreativ und flexibel, um sowohl alte Angebote fortbestehen zu lassen als auch neue Ideen umzusetzen.

In Zusammenarbeit mit der Pressestelle nutzte das Team die klassischen sowie die sozialen Medien zur Verbreitung wichtiger Präventionstipps. So konnten eine Vielzahl an Hinweisen durch Pressemeldungen über die Printmedien, aber auch verstärkt durch Posts, Bilder sowie Videos auf den Social-Media-Kanälen der PI veröffentlicht werden. Auf diesem Weg versorgten sie die Bevölkerung mit Informationen zu Themen wie Einbruchschutz, Betrugsphänomenen sowie Risiken im Straßenverkehr und gaben präventive Verhaltenstipps.

Darüber hinaus wurden die Inhalte der gemeinsamen Projekte mit dem Landkreis Nienburg/Weser zur Gewaltprävention an Schulen unter anderem im Podcastraum der Polizeiakademie in Nienburg digitalisiert. Die DVDs können inzwischen von den Schulen bestellt werden. Das Konzept sieht für die Lehrkräfte eine gemeinsame Erarbeitung mit den Schulkindern vor. Für die Verkehrserziehung der Kinder erstellte das Team in Zusammenarbeit mit der Polizeiakademie ein professionelles Schulungsvideo. Auch diese Videoinhalte können durch eingewiesene Erzieherinnen und Erzieher sowie Lehrkräfte mit den Kindern selbstständig erarbeitet werden.
Ende April startete zudem eine Telefonhotline zu aktuellen Themen der Kriminalprävention: Bürgerinnen und Bürger konnten sich telefonisch über besondere Betrugsformen, Straftaten gegen ältere Menschen, Einbruchschutz, Waffenrecht oder Nachbarschaftsstreitigkeiten informieren.

Als gesunkene Inzidenzen es zuließen, wurde die Verkehrserziehung kurzerhand ins Freie verlegt: Der Kontaktbeamte stand vor den Schulfenstern auf dem Schulhof und beschulte die neugierigen Kinder, während diese sich in ihren Klassenzimmern aufhielten. Das Präventionsteam setzte zudem auch Projekte mit ihren Kooperationspartnerinnen -partern um. Unter anderem gelang es mit der Verkehrswacht Nienburg und dem AFCD, ab August mehrere Fahrsicherheitstraining „Fit mit dem Pedelec" für Seniorinnen und Senioren anzubieten.

Sicherheits-partnerschaften

Gedenken an Gräueltaten des NS-Regimes: Polizei kooperiert mit Dokumentationsstelle Pulverfabrik

Die Erscheinungsformen von Kriminalität ändern sich fortwährend, im gleichen Zuge auch die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger an ihre Polizei. Die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und die Stärkung des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung ist aber eine umfassende Aufgabe, für die ein koordiniertes Zusammenwirken von kommunalen und staatlichen Institutionen, gemeinsam mit gesellschaftlichen Gruppen, von großem Wert ist.

In der Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg und ihren sechs Kommissariaten bestehen im Rahmen der Konzeption der Polizei Niedersachsen „Partnerschaft für mehr Sicherheit in unseren Städten" daher mehr als 30 Sicherheitspartnerschaften, Kooperationen und Präventionsgremien mit verschiedenen Institutionen. 2021 sind zwei weitere hinzugekommen. Eine dritte wird angestrebt.

Neu ist seit 2021 die Zusammenarbeit mit der „GBN Wohnunternehmen GmbH", die der Stadt Nienburg angegliedert ist. Durch die Polizei auf aktuellem Stand gehaltene Informationen über Einbruchschutz und Straftaten gegen ältere Menschen werden über die Mieterzeitungen und Online-Mietportale dieser Gesellschaft verbreitet. Weiterhin können Räumlichkeiten unter anderem bei Mietertreffen für gezielte Vorträge genutzt werden. Perspektivisch werden auch Aushänge in Treppenhäusern zu ausgewählten Themen angestrebt. Die Stadthäger „Versicherungshaus RKA Versicherungsmakler GmbH" konnte ebenfalls für eine Kooperation gewonnen werden. Dortige Mitarbeitende händigen durch die Polizei aufgelegtes Präventionsmaterial bei eigenen Beratungen und als Beilage für Anschreiben aus.

Aktuell strebt die PI Nienburg/Schaumburg eine Kooperation mit der „Dokumentationsstelle Pulverfabrik Liebenau e.V." an. Der im Jahre 1999 gegründete Verein dokumentiert auf eindrucksvolle Art und Weise die Machenschaften des NS-Regimes rund um die ehemalige Pulverfabrik in Liebenau und leistet mit seinen historischen Recherchen kontinuierliche Bildungsarbeit. Auf dem Gelände der Pulverfabrik befand sich unter anderem ein „Arbeitererziehungslager", geleitet durch die Gestapoleitstelle Hannover, in dem tausende Häftlinge unmenschlich und grausam behandelt wurden. Viele Menschen kamen in dem Lager, aber auch in der Pulverfabrik, zu Tode.

Da eine Tatbeteiligung der damaligen Polizei historisch belegt ist, hat sich die Inspektion dazu entschieden, eine Kooperation mit der „Dokumentationsstelle Pulverfabrik Liebenau e.V." einzugehen. So soll gemeinsam und langfristig die inhaltliche Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in der Region gefördert werden. Basis dieser Kooperation ist die geteilte Erkenntnis, dass die Todesopfer der NS-Zwangsarbeit in der Pulverfabrik Liebenau und des „Arbeitererziehungslagers" Liebenau zur Wahrung des Friedens und zu unveräußerlichen Menschenrechten mahnen. Infolge der Pandemie wurde eine für das Jahresende geplante Besichtigung der „Dokumentationsstelle Pulverfabrik Liebenau e.V." sowie die Unterzeichnung des Kooperationsvertrags ins Frühjahr 2022 verschoben.

Prävention

„Sign for help“: Polizeipräsidentin appelliert an Opfer häuslicher Gewalt, sich an die Polizei zu wenden und Hilfe zu holen

Die Bekämpfung von Gewalt im sozialen Nahraum ist Gwendolin von der Osten, Präsidentin der Polizeidirektion Göttingen, ein besonderes Anliegen. Einer der Schwerpunkte in den Dienststellen und dem Behördenstab der Polizeidirektion Göttingen liegt deswegen auf diesem Deliktsbereich. Daneben engagiert sich die Präsidentin auf vielfältige Weise, um auf das Problem steigender Fallzahlen aufmerksam zu machen und Opfer zu ermutigen, sich an die Polizei zu wenden, wenn sie Opfer von Gewalt im häuslichen Umfeld geworden sind. Häusliche Gewalt, so die Präsidentin, ist keine Privatsache oder eine Familienträgodie, sondern eine schwere Straftat, die mit allen der Polizei zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpft werden muss. Eine Aktion, an der sich die Präsidentin ebenfalls beteiligt hat, ist der Internationale Tag gegen Gewalt an Frauen.

> Zu Ehren dieser mutigen Frauen wurde 1981 auf dem ersten lateinamerikanischen feministischen Treffen in Bogotá, Kolumbien, ihr Todestag zum Internationalen Tag gegen Gewalt gegen Frauen ausgerufen.

Der Internationale Tag „Nein zu Gewalt an Frauen“ am 25. November erinnert an den Todestag der Schwestern Mirabal in der Dominikanischen Republik. Sie setzten sich für die politische Freiheit in ihrem Land ein, wurden immer wieder inhaftiert und verhört, gingen als Widerstandskämpferinnen in den Untergrund und wurden am 25. Novemder 1960 vom Geheimdienst ermordet. Zu Ehren dieser mutigen Frauen wurde 1981 auf dem ersten lateinamerikanischen feministischen Treffen in Bogotá, Kolumbien, ihr Todestag zum Internationalen Tag gegen Gewalt gegen Frauen ausgerufen.

Resolution der Vereinten Nationen

1999 verabschiedete auch die Generalversammlung der Vereinten Nationen eine Resolution, die den 25. November zum „International Day to Eliminate Violence Against Women“ erklärte. 2001 startete die Menschenrechtsorganisation Terre des Femmes die Fahnenaktion „frei leben ohne Gewalt“, die diesen Tag in Deutschland bekannt machte.

In vielen Städten und Gemeinden wird der 25. November als „Orange Day“ gewürdigt. Dieser Name wurde im Zuge der von den Vereinigten Nationen initiierten „Orange the World“-Kampagne festgelegt. Die Farbe Orange symbolisert dabei eine Zukunft ohne Gewalt gegen Frauen.

Opfern eine Stimme geben

In der Polizeidirektion Göttingen begleiten die Polizeidienststellen an diesem Tag traditionell die Aktivitäten von Gleichstellungsbeauftragten, von Frauenhäusern, der Beratungs- und Interventionsstellen und des Weissen Rings im Netzwerk Häusliche Gewalt. Alle Behörden und Institutionen stehen an diesem Tag gemeinsam für das Ziel, Gewalt gegen Frauen und Mädchen zu stoppen und den Opfern mit einem stummen Zeichen eine Stimme zu geben.

Stummer Hilfeschrei

Das Zeichen, mit dem Opfer auf sich aufmerksam machen können, hat auch Gwendolin von der Osten in ihrer Videobotschaft an alle von häuslicher Gewalt betroffenen Opfer gezeigt und damit geworben, dieses weltweit bekannte „Sign for help“ als stummen Hilfeschrei anzuwenden, wenn keine andere Lösung möglich ist.

Damit verbunden ist die dringende Botschaft an Familienangehörige, die Nachbarschaft, Arbeitskolleginnen und Arbeitskollegen sowie Freundinnen und Freunde, Zeichen von Gewalt zu erkennen, nicht wegzuschauen und zu helfen. Das Video, das auf allen Social Media-Kanälen im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Göttingen veröffentlicht wurde, ist Teil einer Kampagne, die daneben eine klassische Pressemitteilung sowie die Beteiligung an der Aktion „Zonta Says No“ des Zonta Clubs Göttingen umfasst. Die Facebook-Seiten Göttingen, Weserbergland und Hildesheim erstrahlten zudem im knalligen Orange der Aktion. In mehreren Polizeiinspektionen fanden anlässlich des Internationalen Tages zur Beseitigung der Gewalt gegen Frauen unterschiedliche Aktionen statt.

> „Wir haben die Entwicklung genau im Blick und werden auch künftig einen Schwerpunkt unserer polizeilichen Arbeit auf diesen Bereich legen.“

Eine besondere Aktion in diesem Rahmen fand im Bereich der Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden statt. Der Arbeitskreis der Gleichstellungsbeauftragten im Landkreis Hameln-Pyrmont, die Polizei, das Frauenhaus Hameln und der Weisse Ring stellten anlässlich des Aktionstages einen Tatort auf dem Senior-Schläger-Platz nach und luden dazu ein, den Tatort zu betreten und sich über das Thema Gewalt gegen Frauen und Mädchen zu informieren und das Thema weiter in den Fokus zu rücken.

„Straftaten im familiären Umfeld werden von uns sehr ernst genommen – damit wollen wir auch das Vertrauen in die Polizei stärken und Opfer motivieren, sich an uns zu wenden. Wir haben die Entwicklung genau im Blick und werden auch künftig einen Schwerpunkt unserer polizeilichen Arbeit auf diesen Bereich legen. Jeder Mensch hat ein Recht auf Respekt, Würde und Unversehrtheit. Es gibt keine Rechtfertigung für Gewalt“, sagt Gwendolin von der Osten.

Das Video, in dem sich Polizeipräsidentin Gwendolin von der Osten zum Thema häusliche Gewalt äußert, ist unter folgendem Link zu finden: https://www.facebook.com/polizeidirektion.goettingen

Prävention

Lena und Lilly möchten wieder in die Schule

Die anhaltenden COVID-19-Pandemie führte auch 2021 zu Einschränkungen, sodass dreiviertel der geplanten Präsenzveranstaltungen an Grundschulen im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Göttingen abgesagt werden mussten. Insgesamt gelang es aber immerhin, 1.230 Kindern aus 64 Schulklassen das aktuelle Medienstück der Präventionspuppenbühnen der Polizeidirektion Göttingen mit Standorten in Göttingen und Hildesheim zu präsentieren.

In der vorstellungsfreien Zeit entwickelte die Präventionspuppenbühne das Konzept „Zielgruppenorientierte Ausrichtung der Präventionspuppenbühne in der digitalen Präventionsarbeit". Ziel ist es, die Reichweite ihres Präventionsauftrags zukünftig auch digital zu gewährleisten und langfristig zu verstärken, indem aktuelle Schwerpunktthemen auf digitalem Wege in die Schulen gebracht werden. Digitale Prävention stellt damit eine Alternative zu Schulbesuchen dar, wird den Präsenzunterricht und präventive Workshops mit Schulklassen allerdings nicht ersetzen.
Erste Kurzvideos zur Thematik Cybermobbing wurden bereits 2020 erstellt und über die Sozialen Medien der Polizeidirektion Göttingen verbreitet.

Anlässlich des internationalen jährlichen ‚Safer Internet Day (SID)' im Februar 2021 erstellte die Präventionspuppenbühne am Standort Hildesheim ein kindgerechtes Video zum Thema „Wem glaubst du? Meinungsbildung zwischen Fakt und Fake". Dieses Thema ist für die übliche Zielgruppe im Bereich Mediensicherheit – Kinder im vierten Grundschuljahrgang – relativ schwer zu begreifen. Kettenbriefe sind allerdings ein in der Altersgruppe bereits weit verbreitetes Phänomen und sie gehören in die Kategorie „Fake-News". In voller Eigenarbeit ist so ein digitales Paket zum Thema „Kettenbriefe" entstanden, das den Grundschulen zum Safer Internet Day als Download zur Verfügung gestellt werden konnte. Es kann im Unterricht jederzeit ohne aufwändige Vor- oder Nachbereitung eingesetzt werden und erklärt sich durch ergänzende Moderation von selbst. Auf diese Weise erreichte die Präventionspuppenbühne zum SID nicht wie sonst nur wenige ausgewählte Klassen, sondern alle Schulkinder des vierten Jahrgangs des Einzugsgebietes mit insgesamt etwa 5.000 Kindern.

Fit im Netz

Hinter allen scheinbar einfachen und alltäglichen Verhaltensweisen im Internet stecken Gefahren, die Kinder kennen sollten, um sich selbst und andere schützen zu können. Polizeiliche Präventionsbotschaften werden deshalb durch Spielsequenzen in Verbindung mit zielgruppengerechter Moderation vermittelt. Während der Interaktion mit den Schülerinnen und Schülern werden Lösungsmöglichkeiten und praktische Hilfen erarbeitet. Die Präventionspuppenbühne widmet sich seit mehr als vier Jahren dem Thema „Fit und Fair im Netz: Auf dich kommt es an!" und wird durch die Beauftragten für Jugendsachen der Präventionsteams und durch die Kontaktbereichsbeamtinnen und -beamten vor Ort unterstützt. Jede Rückkehr nach pandemiebedingten Veranstaltungspausen hat bislang gezeigt, wie wichtig diese Arbeit ist. Insbesondere während der Corona-Pandemie ist das Thema Mediensicherheit nicht nur als Schlagwort, sondern als notwendige Fähigkeit zu betrachten.

Das Präventionsvideo zum Thema „Kettenbriefe" ist unter folgendem Link zu finden:

www.pd-goe.polizei-nds.de/praevention/puppenbuehne/saferinternetday2021_achtung_kettenbriefe/

Technik & Ausstattung

Auf alle Lagen vorbereitet

Klimafreundlicher Fuhrpark und moderne Einsatzmittel

Fast die Hälfte der Polizeifahrzeuge fährt inzwischen elektrisch

Auch im vergangenen Jahr hat die Polizeidirektion Göttingen in Technik und Ausstattung investiert. Neben Ausrüstungsgegenständen und IT-Technik lag ein besonderer Investitionsschwerpunkt erneut im Bereich des Fuhrparks.

Als einer der zentralen Bausteine steht die Elektromobilität für ein nachhaltigeres und klimaschonenderes Verkehrssystem. Gleichzeitig wird die mobile Weiterentwicklung als innovative Lösung verstanden, nicht zuletzt um die Herausforderungen und Probleme der Zukunft bewältigen zu können. So trägt die Beschaffung neuer Einsatzfahrzeuge in der Polizeidirektion Göttingen neben den Zielsetzungen der Klimaneutralität sowie der Bekämpfung der Auswirkungen der Corona-Pandemie auch einen maßgeblichen Anteil an der Steigerung der Verlässlichkeit der Polizei. Die Mittelzuweisung aus dem Konjunkturpaket 2020 ermöglichte den Behörden des Landes Niedersachsen die notwendige Investition in die ökologische und zeitgemäße Umgestaltung des Fuhrparks.

Insgesamt sind der Polizeidirektion Göttingen 4,42 Millionen Euro aus Mitteln des Konjunkturpakets zugeflossen, die landesweite Zuweisung betrug 37,5 Millionen Euro.

Nach Finalisierung der Bestellprozesse konnten hieraus im vergangenen Jahr 108 Fahrzeuge für die Polizeidirektion Göttingen beschafft werden: Dazu zählen 26 Funkstreifenwagen, davon 15 Plug-in-Hybrid Passat GTE, 19 zivile Funkstreifenwagen, davon 12 vollelektrische VW ID.3, sechs atypische Funkstreifenwagen, 21 zivile Fahrzeuge, davon 16 vollelektrische VW ID.3 und 36 Großraumfunkstreifenwagen/zivile Großraumfunkstreifenwagen. Dies entspricht einem Anteil an Elektrofahrzeugen von ca. 40 Prozent. Die Großraumfunkstreifenwagen finden insbesondere in den Verfügungseinheiten der Inspektionen Verwendung, da selbige im Rahmen einer Organisationsanpassung personell verstärkt wurden.

Ausbau der Ladeinfrastruktur

Zudem sind im Jahr 2021 weitere Voraussetzungen für die Ausweitung der Ladeinfrastruktur im Rahmen eines Landesprojektes geschaffen worden. Daran anknüpfend ist im Jahr 2022 der Ausbau zu den bereits vorhandenen Ladekapazitäten an den fünf Hauptstandorten Göttingen (Dienstgebäude Groner Landstraße sowie Dienstgebäude Otto-Hahn-Straße), Northeim, Hameln und Nienburg vorgesehen.

Der Begriff Mobilität wird auch im Bereich der zivilen Fahrten künftig neu definiert. Im Jahr 2021 wurden daher zusätzlich 16 VW ID.3 – vollelektrische Fahrzeuge ohne polizeispezifischen Ausbau mit Blaulicht/Martinshorn und Funk – aus Mitteln des Konjunkturpaketes für den neutralen Nutzungs-/Einsatzbereich beschafft. Die vollelektrischen Fahrzeuge können durch die Mitarbeitenden innerhalb der Polizeidirektion Göttingen für jede Art von dienstlichen Fahrten genutzt werden.

Laufleistung des Fuhrparks

Innerhalb der Polizeidirektion Göttingen werden insgesamt 547 Kraftfahrzeuge in verschiedenen Fahrzeugkategorien für die jeweilige Dienstverrichtung genutzt. Zusammengefasst haben alle Fahrzeuge im Jahr 2021 eine Strecke von etwa 9.750.000 Kilometern zurückgelegt – dies entspricht etwa 1.772 Umrundungen der Bundesrepublik Deutschland. Die Fahrleistung hat dabei Treibstoffkosten in Höhe von etwa einer Million Euro verursacht.

Schutzausstattung ergänzt

Die Schutzausstattung für Einsatzlagen mit hoher Eigengefährdung wurde im vergangenen Jahr weiter ergänzt: Neben den bereits flächendeckend zur Verfügung stehenden sogenannten Plattenträgern der Schutzklasse 4 wurden mehr als 1000 Funkstreifenwagen der Polizei Niedersachsen mit ballistischen Schutzhelmen ausgestattet. Diese verfügen zusätzlich über ein ballistisches Visier, wodurch der Schutz der Beamtinnen und Beamten nochmals verbessert wird. Mit etwa 1,6 Kilogramm (ohne Visier) ist der Helm für seine Schutzklasse relativ leicht. Durch ein intelligentes Verstell-System, bestehend aus einem Drehknopf, dem Gurtsystem sowie den Innenpolstern, ist es möglich, den Schutzhelm auf die individuelle Kopfgröße des Trägers bzw. der Trägerin in kurzer Zeit anzupassen. Für eine materialschonende Lagerung auf den Funkstreifenwagen sind Schutztaschen vorhanden.

Aus einer zentralen Beschaffung des Landes Niedersachsen hat die Polizeidirektion Göttingen darüber hinaus insgesamt 1.288 LED-Cliplampen erhalten. Diese wurden nach einem Verteilschlüssel auf die Dienststellen der fünf Polizeiinspektionen verteilt. Das Modell eignet sich vor allem als Lese- und Schreiblampe bei der Aufnahme von Sachverhalten bei Dunkelheit. Vorteilhaft sind besonders die zahlreichen Befestigungsmöglichkeiten an der Uniform, zum Beispiel an den Schulterschlaufen oder der Brusttasche. Eine Besonderheit der Lampe ist der integrierte UV-Modus, mit dem es möglich ist, amtliche Dokumente oder auch Banknoten anhand von latenten Sicherheitsmerkmalen auf Echtheit zu überprüfen. Mit Hilfe des UV-Lichtes können diese Merkmale sichtbar gemacht werden.

Neben den Cliplampen steht den Einsatzkräften zukünftig auch ein neues Taschenlampen-Modell zur Verfügung. Auch hier profitiert die Polizeidirektion Göttingen von einer Zentralbeschaffung des Landes und erhält insgesamt ca. 800 Stück. Mit 1.300 Lumen ist dieses Modell deutlich heller als sein Vorgänger. Außerdem ist es besonders robust und bis zu zwei Meter Tiefe wasserdicht. An der Linsenkrone sind drei eingelassene, besonders gehärtete Kugeln eingearbeitet, wodurch es möglich ist, in Notfällen mit der Taschenlampe eine Fahrzeugscheibe einzuschlagen. Durch den Lithium-Ionen-Akku kann sie einfach per USB-Kabel wieder aufgeladen werden. In hellster Stufe beträgt die Laufzeit zwei Stunden und 30 Minuten.

Aus einem anderen Blickwinkel

Um Verkehrsordnungswidrigkeiten und -straftaten insbesondere im Schwerlastverkehr besser dokumentieren zu können, beschafft die Polizeidirektion Göttingen sogenannte Action-Cams, die zur Beweissicherung außerhalb des Einsatzfahrzeuges, etwa an der Dachreling, angebracht werden können.

Speziell bei der Bekämpfung einer der Hauptunfallursachen – Ablenkung im Straßenverkehr – hat sich dieses Einsatzmittel in einem Pilotprojekt in der Polizeidirektion Oldenburg als sehr hilfreich erwiesen. Dem Anfangsverdacht eines Verstoßes folgend, wird die Kamera manuell aktiviert und damit die beweissichere Dokumentation gestartet. Die Aufnahmen werden auf ein mitgeführtes Tablet übertragen.

Schlusswort

**Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,**

der Sicherheitsbericht 2021 der Polizeidirektion Göttingen hat Ihnen nun einen umfassenden Einblick in die Arbeit unserer Dienststellen im vergangenen Jahr gewährt. Wir haben einerseits Resumee gezogen, andererseits aber auch einen Blick in die Zukunft gewagt.

Die Corona-Pandemie hat uns als Polizei nun schon im zweiten Jahr beschäftigt. Während es 2020 insbesondere darum ging, uns auf die neue Situation einzustellen und den Gesundheitsschutz unserer Mitarbeitenden zu gewährleisten, sahen wir uns im Verlauf des Jahres 2021 einer zunehmenden Welle des Protests gegen die bestehenden Regelungen zur Eindämmung des Corona-Virus gegenüber. Besonders zum Jahresende hin begleiteten unsere Einsatzkräfte eine Vielzahl nicht angezeigter Versammlungen sowie angezeigte Gegenversammlungen.
Besonders erschreckend: Die Teilnehmenden an den nicht angezeigten Zusammenkünften missachteten bewusst die geltenden Corona-Regeln, verweigerten eine Kooperation mit der Polizei, trugen zumeist keine Mund-Nasen-Bedeckung, hielten sich nicht an Mindestabstände und gefährdeten damit nicht nur sich selbst, sondern trieben die Ausbreitung des Virus noch weiter an – ein absolut inakzeptables Verhalten, das von uns in entsprechender Weise geahndet worden ist.
Die Proteste forderten uns und werden uns vermutlich auch in diesem Jahr noch begleiten. Gleichzeitig hat diese Vielzahl an Einsätzen aber auch gezeigt, dass die Polizei sich auf neue Herausforderungen schnell einstellen und sie bewältigen kann. Dafür und für ihren Einsatz für unsere Demokratie möchte ich mich ausdrücklich bei allen Mitarbeitenden der Polizeidirektion Göttingen bedanken.

Die Corona-Pandemie hat nicht nur Tausende Menschen auf die Straße gebracht, sie hat auch zum Teil dafür gesorgt, dass sich Kriminalitätsphänomene noch verstärken – etwa die Gewalt im sozialen Nahraum. Die Polizeidirektion Göttingen verzeichnet in diesem Bereich seit Jahren einen Anstieg der Fallzahlen, das Jahr 2021 bildete da keine Ausnahme. Wir haben die Bekämpfung der Häuslichen Gewalt deswegen zum Schwerpunkt gemacht und die Sachbearbeitung in diesen Fällen neu aufgestellt, um in einem breiten Schulterschluss mit Ämtern und Beratungsstellen Fälle von Gewalt im häuslichen Umfeld schneller identifizieren und den Betroffenen die nötige Hilfe zukommen lassen zu können, um aus der Gewaltspirale auszubrechen. Diese Arbeit werden wir auch im laufenden Jahr fortsetzen. Denn Gewalt im sozialen Nahraum ist keine Familienangelegenheit – es ist eine schwere Kriminalitätsform, die mitunter Leben kosten kann.

Die Corona-Pandemie hat uns mit all ihren negativen Auswirkungen gefordert, doch sie hat auch positive Entwicklungen nach sich gezogen – etwa in der Arbeitswelt. Sie war Motor für die Digitalisierung und hat auch in unserer Behörde neue Arbeitsmodelle hervorgebracht. Diesen Schwung wollen wir im neuen Jahr nutzen und weiter daran arbeiten, ein attraktiver Arbeitgeber für unsere Mitarbeitenden, aber auch für den Nachwuchs zu sein. Auch die Mobilität der Menschen hat sich durch die Pandemie zum Positiven verändert – das Fahrrad findet als umweltfreundliche Alternative zum Auto immer mehr Akzeptanz. Wir als Polizei werden künftig also verstärkt dafür sorgen, dass sich Radfahrende sicher auf den Straßen in unserem Zuständigkeitsbereich fortbewegen können.

Sie sehen – die Polizei ist eine lernende, sich stetig fortentwickelnde Organisation, die Trends erkennt und schnell auf neue Umstände reagieren kann. Und das ist auch unser Anspruch, dem wir für Ihre Sicherheit auch in Zukunft gerecht werden. Darauf können Sie vertrauen.

Gwendolin von der Osten

Impressionen

Impressum

Herausgeber
Polizeidirektion Göttingen
Polizeipräsidentin Gwendolin von der Osten

Groner Landstraße 51
37081 Göttingen
Tel.: +49 (0)551 / 491-0
www.pd-goe.polizei-nds.de

Redaktion/Koordination
SB Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Natalie Bornemann-Zarczynska

Layout
SB Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Natalie Bornemann-Zarczynska
Nicole Kappei

Bildnachweise
Die abgebildeten Fotos wurden von den folgenden Urheber/-innen freigegeben:
Polizeiakademie Niedersachsen,
Landeskriminalamt Niedersachsen
DEWEZET (S.71)
Pixabay (www.pixabay.com S.17-21, 32, 34,35,)
ProPK (S.36,38)
iStock/JovanGeber (S.17)
iStock/solarseven (S.39)
iStock/olemedia (S.42)
iStock/deepblue4you (S.46)
iStock/s-cphoto (S.47)
Veronika Zimina (Vektor Ilustration S.18, 19, 20, 21)
Ausgabe PI Göttingen
www.pixabay.de (S.58)
Stadt Göttingen (S.64)
iStock/Rklfoto (S.66)
Ausgabe PI Hameln-Pyrmont/Holzminden
www.pixabay.de (S.58)
Ausgabe PI Hildesheim
www.pixabay.de (S.61)
Ausgabe PI Nienburg/Schaumburg
iStock/JOHNGOMEZPIX (S.57)
Ausgabe PI Northeim
www.pixabay.de (S.53, 61)
iStock/MichaelJay
M. Radke (S.68)

Alle Rechte vorbehalten. Jede Form der Vervielfältigung bedarf der vorherigen schriftlichen Genehmigung durch die Herausgeberin.

Druck
Goltze Druck GmbH & Co. KG, Göttingen

Zuverlässigkeit

Jederzeit hilfsbereit, kompetent und partnerschaftlich

POLIZEIDIREKTION
GÖTTINGEN